

Der Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
Verantwortlicher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntag, den 5. Mai 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
Verantwortlicher: Amt I. Nr. 5121.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Nummern 5 Pf. Sonntags-
Nummern mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
Eingetragene in der Post-Verzeichnungs-
Liste für 1901 unter Nr. 7671.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Er erscheint täglich außer Sonntagen.

Die Insertions-Gebühren:

beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
jede oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Das Ministerium des Centralverbands.

Im Kanalkampf hat die Regierung vor Oelbien auf Gnade und Ungnade kapituliert. Wird sie die Beseitigung der Kanalstrage wenigstens zu einer irgendwie entschiedenen Haltung gegen die tollsten Forderungen der Junker ermutigen?

Die Art der „neuen Männer“ welche die drei ministeriellen Kanalleichen ablösen sollen, giebt hinreichenden Aufschluß über diese Frage, die jetzt den Vordergrund der vereinfachten politischen Situation erfüllt.

Der Ministererfahrer entbehrt nicht einer gewissen Originalität im rein Persönlichen. Aber er bestätigt unsere Meinung, daß die Regierung in ihrem Verhältnis zum konservativen Junkertum wahrhaft erhabene Ehrlichkeit beweist. Den Schlag, den ihr die Kanalleichen auf die rechte Wade verpackten, beantwortet sie, indem sie die linke zum ausgleichenden Schläge bietet.

Politisch ohne besondere Bedeutung, aber regierungstechnisch überaus anmutig ist der Ertrag des Landwirtschaftsministers v. Hammerstein durch — Herrn v. Pöddelski, den Staatssekretär des Reichs-Postamts. Der einstige Reiteroffizier scheint in sämtlichen Verwaltungsdressen gefallt zu sein und er wird sicherlich in eifriger Liebesgabenpende an seine agrarischen Freunde nimmer erlahmen. Er kann auch beim Kaiser als guter Jägersprecher viel für seine ehemaligen Parteigenossen wirken, denn er ist einer der Bevorzugtesten des Kaisers und hat ihn erst letzten nach dem Bremer Unfall als fröhlicher Gesellschafter über trübe Gedanken erheitert hinweggeführt.

Das Vicepräsidium des preussischen Staatsministeriums soll Graf Posadowsky erhalten, ohne dabei ein Nestort zu übernehmen; er mag die Ehreung vielleicht als Balsam auf der ihm durch die Socialdemokratie geschlagenen, noch immer schmerzenden 12000 Wunde empfinden. Finanzminister soll Herr v. Rheinbaben, der bisherige Polizeiminister, werden, an dessen Stelle Herr v. Bethmann-Hollweg rücken wird. Dieser, jetzt Oberpräsident der Provinz Brandenburg, ist ein hochkonservativer Herr, doch wohl frei vom vulgären Schmeichler, in dem Rheinbaben hohe Vollkommenheit erreichte. v. Bethmann-Hollweg ist gleich dem Herrn v. Pöddelski persönlicher Freund des Kaisers, Bonner Vorurtheile und Jagdamerade.

Als politisch bedeutsam erscheint allein die Ernennung des nationalliberalen Reichs- und Landtags Abgeordneten Möller zum preussischen Handelsminister an Bressels Stelle. Seit Jahrzehnten zum erstenmale in Preußen wird ein Fabrikbesitzer zu einem hohen Staatsamt erhoben. Die ungewohnte Vernachlässigung der Beamtenhierarchie, die in den Kreisen der Großindustrie nicht geringe Freude erregt, ist um so auffälliger, als Herr Möller nicht als Typus des „vornehmen Kaufmanns“ gilt. Er ist an allerlei Geschäften und Gründungen beteiligt und figt in ertragsreichen Aufsichtsratsstellen.

So erfüllt sich nun wunderbar das Sehnen des Nationalliberalismus. Was einem Vernünftigen, der doch eine große politische Bewegung in sich verkörpert, nicht zu teil wurde, das fällt den Fabrikanten zu, der im Parlament immer nur einer unter vielen galt.

Angesichts solchen Ministerwechsels spricht die „Voss. Zeitung“ von „neuer Lage“ und verbleibt in der aus allen Enttäuschungen nur immer gekräftigter hervorgehenden Glaubensfreudigkeit, daß die Konservativen nicht Anlaß zur Befriedigung haben, daß das politische Wetter eher die Liberalen begünstige. Die „Deutsche Tageszeitung“ bietet das Widerspiel solcher Hoffnungen, indem sie an einen Systemwechsel nicht glauben will, aber einigermaßen Mehlant die Lösung giebt: Abwarten!

Uns veranlaßt die Werbung des Herrn Möller das unverändert bleibende Bild einer bis zum äußersten reaktionären Regierung.

In einigen Nebenfragen, etwa in der Börsen-Gesetzgebung, mag Handelsminister Möller einige liberale Umwandlungen in sich spüren, aber im Allgemeinen, wirtschaftspolitisch sowie socialpolitisch dürfte selbst der konservative Beamte Bressels sich als weniger rücksichtslos erweisen, als der nationalliberale Fabrikherr Möller.

Herr Möller war bis zur Stunde neben Herrn Sted aus- schlaggebend im Centralverband deutscher Industrieller, der Vereinigung für Sammelpolitik und brutale Arbeitervergewaltigung. Vor einigen Jahren mußte der Generalsekretär des Centralverbands zum damaligen neuen Handelsminister Bressels gehen, um ihm socialpolitische Rathschläge anzutragen. Jetzt bezieht der Centralverband Wohnung im Handelsministerium selbst. Jetzt bedarf es keiner Enthüllungen mehr, um den intimen Verkehr zwischen Regierung und Kapitalistenklasse zu erweisen. Jetzt wird in Herrn Möller die Personalunion zwischen Staat und industriellem Ausbeutertum vollzogen.

In der Sozialpolitik wird Minister Möller auch die winzigsten liberalen Hoffnungen enttäuschen. Man müßte denn als Erfolg ansehen, wenn nicht alle Unmündigkeiten der Männer vom Bund der Landwirte williges Gehör finden. Der lauteste Schrei des ärmlichen Völkchens kann darüber nicht täuschen, daß die agrarische Gefahr nicht in diesen Egoisten, sondern in dem „nationalistischen“ Sammel-Minister der konservativen Parteien mit dem Centrum und den Nationalliberalen droht.

Diese Sammlung aller bösewärtigen Elemente war aber stets die Politik des nationalliberalen Centralverbändlers und jetzigen Handelsministers Möller. Wohl ist Herr Möller den extremen Agrariern ein wenig verdächtig als Mitglied des Zollrats bei Abschluß des russischen Handelsvertrags. Wohl hat er wiederholt den Schreibern nach einem 7/8 und 8 Mark-Zoll zugerufen: Sie werden

sich erheblich mäßigen müssen in Ihren Ansprüchen. Aber wenn Herr Möller 1894 an der Herabsetzung des Kornzolls von 5 Mk. auf 3 1/2 Mk. mitwirkte, so ist es nur ein nationalliberaler Befähigungsnachweis, daß er jetzt nicht nur eine Erhöhung des Kornzolls, sondern selbst den von den Agrariern erflachten Doppeltarif und Mindestzoll auf landwirtschaftliche Produkte befürwortet.

Wohl erklärte Herr Möller bei der handelspolitischen Diskussion am 13. Dezember 1900 im Reichstag, von der Aufrechterhaltung des Exports hänge die gesamte Wohlfahrt Deutschlands ab; wohl rief er zur „Mäßigung“ und er hielt es für eine unendlich schwierige Aufgabe, die „richtige Mittellinie“ zu finden. Doch welcherlei „Verständigung“ es ist, die Handelsminister Möller anstreben wird, das zeigt die Thatfache, daß sogleich nach seiner soeben citierten Reichstagsrede Graf Lindemann, der konservative Parteiführer, sich zu der Erklärung erhob, daß „man in der Hauptfrage mit dem, was Herr Möller angeführt hat, einverstanden sein“ könne.

Weiter giebt der Bericht über eine Rede, die Herr Möller am 20. April 1901 vor seinen Wählern hielt, die handelspolitische Stellung des nunmehrigen Ministers also wieder:

Bezüglich der Frage der Einführung eines Doppeltarifs (Maximal- und Minimaltarifs), wie er von gewisser Seite verlangt werde, erklärte Herr Möller die Vor- und Nachteile desselben, welche letztere nach seiner Ansicht überwiegen, da dieser Tarif sozusagen die Karten der Regierung aufdecke und diese in ihrer Bewegungskraft hemme. Einen Doppeltarif, wie ihn die Agrarier fordern, halte er deshalb für ungewinnlich. In gewisser Hinsicht sei er aber auch für Festlegung eines Minimaltarifs für bestimmte Objecte, zum Beispiel Brotgetreide, Vieh und Fleisch, nicht weil er dieses System für das richtige halte, sondern weil er das Zustandekommen eines Tarifs für ausgeschlossen erachte, wenn den Agrariern nicht eine gewisse Gewähr geleistet werde. An langfristigen Handelsverträgen sei unbedingt festzuhalten, dies sei für uns geradezu eine Lebensfrage.

So denkt Herr Möller bereits als nationalliberaler Parteimann und Vertreter industrieller Interessen. Wie wird er als Handelsminister des agrarisch beherrschten Preußens denken lernen?

Sollte aber, was wir nicht glauben, Herr Möller als Minister mehr an einer Milderung der agrarischen Zollanprüche als an ihrer Stärkung arbeiten, so würde ein geringer Erfolg auf diesem Gebiete gleichsam weggewaschen werden durch seine Socialpolitik, die alles Socialer verleugnet und die eifrigste Förderung kapitalistischer Interessen bedeutet wird.

Am 19. Januar 1899 bedauerte Herr Möller im Reichstag die Abschaffung des § 153 der Gewerbe-Ordnung gegenüber der Regierungsvorlage und erklärte:

„Ich habe der Regierung bereits (bei Abschluß der Gewerbe-Novelle) die Verantwortung dafür zugesprochen, daß sie diesen (verschärften) § 153, den die Regierung gewissermaßen als Compensation für die ganz erhebliche Belastung, die die Gewerbe-Ordnungs-Novelle damals brachte, in den Gesetzentwurf eingefügt hatte, hat fallen lassen, die Belastung für die Industrie aber hat bestehen lassen.“

Weiter forderte Herr Möller die Gerichte auf, den § 153, wie er nun einmal bestiehe, wenigstens mehr auszunutzen, und seine Rede gipfelte in der Erklärung, daß „weiter gegen den Terrorismus eingeschritten werden müsse“.

Am 26. Januar 1899 machte sich Herr Möller zum Vertreter der Angriffe der Vätermeister gegen den vom Bundesrat verordneten überaus milden Wälder-Arbeiterentzug:

Er hat den Ertrag dieser Wälderverordnung für überflüssig gehalten. . . . Nun bin ich der Ansicht, daß die Arbeiter den Schutz, den sie durch die Verordnungen bekommen haben, im wesentlichen nicht wieder verlieren können. . . .

Man wird auf der einen Seite anerkennen müssen, daß man die Begünstigungen der Arbeiter nicht wesentlich verkleinern kann, und auf der anderen Seite wird man doch die Uebelstände beseitigen müssen, die die mittleren Wäldermeister auf die Dauer vernichten könnten, wollte man die Verordnung pure durchführen. Da bleibt gar nichts anderes übrig, als daß die Arbeiterstatistik-Kommission als nächste Arbeit aufgelegt erhält — das ist wichtiger, als irgend etwas Neues zu erfinden — eine nochmalige genaue Untersuchung der Konsequenzen dieser Verordnung anzustellen, aus denen die nötigen Schlussfolgerungen gezogen werden können, wie man Abhilfe schaffen kann. Ich glaube allerdings, die Abhilfe wird nur darin liegen können, daß man eine Minimalarbeitszeit an Stelle der Maximalarbeitszeit setzt, in welcher Höhe, das muß sich aus den Verhandlungen ergeben.“

Es wäre ein verhängnisvoller Selbstbetrug, wenn jemand die Abweichungen in den Ministerämtern zum Anlaß irgendwelcher Hoffnungen auf einen auch nur winzig gemilderten Reaktionskurs nehmen sollte. Die deutsche Arbeiterklasse ist frei von solchen Täuschungen und weiß, daß nur durch ihre eigene Aktion eine heilsamere Richtung der deutschen und preussischen Politik erzeugt werden kann.

Die Landtags-Session.

Kaum jemals ist eine Session des Landtags so unfruchtbar gewesen, wie die soeben geschlossene. Außer dem Etat und einigen kleinen Gesetzen von lokaler Bedeutung ist kein Gesetz verabschiedet worden; eine Reihe von Vorlagen sind in den Kommissionen stecken geblieben, andre haben nur die erste und zweite Lesung erfahren oder sind nur von einem Hause des Landtags beraten worden.

Unter denjenigen Vorlagen, die durch den plötzlichen Abbruch der Verhandlungen unerledigt geblieben sind, ist abgesehen von der Kanalvorlage, nur die sogenannte lex Widess oder besser gesagt, die verklärte lex Widess von Bedeutung. Wenn auch dieser Gesetzesentwurf sich vorläufig nur auf die Stadt Frankfurt a. M. beziehen sollte, so kann man darin doch den ersten Schritt zu einer einigermaßen vernünftigen Wohnungspolitik erblicken, die — verständlich weitergeführt und auf andre Städte ausgedehnt — so manchen Mißstand auf dem Gebiet des Wohnungswesens hätte beseitigen können. Das Herrenhaus hatte diese Vorlage bereits angenommen, im Abgeordnetenhaus sollte sie am Freitag in erster Lesung beraten werden, sie ist aber zugleich mit dem in den letzten Tagen eingebrachten Entwurf eines Gesetzes betreffend Bewilligung weiterer Staatsmittel für Wohnungen für im Staatsdienst beschäftigte Arbeiter im Orkus verschwunden.

Nur nicht erst an den Landtag gelangt ist die von der offiziellen Presse angekündigte Sekundärbahn-Vorlage. In den Kommissionen stecken geblieben sind u. a. die konservativen Anträge betreffend Beseitigung der Mißstände beim Verschleiß der Kohlenproduktion und betreffend Einführung der obligatorischen Schlachtviehvericherung, sowie die Gesetzentwürfe betreffend die Sprengpräfektur und betreffend Veränderung einzelner Bestimmungen des allgemeinen Vergesetzes.

Aber so wenig fruchtbar die Session auch gewesen ist, so ist sie doch von hoher politischer Bedeutung. Die Vorgänge, die sich hinter den Coulissen abgespielt haben oder die Verhandlungen im Plenum haben die Versahrenheit der inneren Politik Preußens, die Unfähigkeit der leitenden Staatsmänner, der Junkerherrschaft ein Ende zu bereiten, dargestellt, sie haben gezeigt, daß Preußen unter die völlige Vormachtigkeit der „kleinen, aber mächtigen Partei“ geraten und dadurch an den Rand des Verderbens geführt ist.

Wohin wie auch blicken, auf allen Gebieten der Staatsverwaltung daselbe Schauspiel! Minister, die ihre Aufgabe nicht in der Fürsorge für das Wohl der Gesamtheit, sondern in der einseitigen Begünstigung von Klasseninteressen erblicken. Der Justizminister erklärt von der Tribüne des Reichstags herab, gleichsam als wenn die Verfassung nicht auch für ihn gelte, eine ganze Klasse der Bevölkerung ihrer Religion wegen für minderen Rechts, und die Mehrheit des Abgeordnetenhauses stellt ihm in ihrem Freudenrausch ein Vertrauensvotum aus. Der Handelsminister bezeichnet den Handel als „ein notwendiges Uebel“. Der Minister des Innern träumt von den längst vergangenen Zeiten des selig entschlafenen Socialistengesetzes und verlangt allen den Männern, die auch nur entfernt des Verkehrs mit Socialdemokraten verdächtig sind, die Festsetzung. Der Eisenbahnminister führt in seiner Verwaltung unter dem Jubelgeschrei des Hauses den Rasenendrun ein, er verbietet „feinen“ Beamten und Arbeitern, sich zu organisieren, er schreibt ihnen die Lebkühe vor, er zwingt sie, aus Konsumvereinen auszutreten, in deren Leitung Socialdemokraten sitzen, er unterlagert ihnen, sich petitionierend an die gesetzgebenden Körperschaften zu wenden. Der Landwirtschaftsminister ist ein Spielball in der Hand der Agrarier. Der Kultusminister steht es ruhig mit an, wie die preussische Volkschule, die sein Amtsvorgänger, der Schöneberger Voss, als das herrlichste Juwel in der preussischen Krone bezeichnet hat, elend verkommt.

Und kein einziger der leitenden Staatsmänner, auch nicht der Ministerpräsident, darf es wagen, den auf die Ausbeutung und die Anhebelung des Volks gerichteten Bestrebungen der Junker Widerstand zu leisten, selbst wenn sie wirklich dazu entschlossen wären. Sie alle haben sich mit Haut und Haaren dem Agrariertum verschrieben, das stärker als je sein Haupt emporhebt. In jeder Dreistigkeit verlangen die Hahn und Wangenheim, daß die Heilswahrheit des Bundes der Landwirte auf den Lehrstühlen der Universitäten gepredigt wird — der Kultusminister hat nicht den Mut, diesen unerhörten Angriff auf die Freiheit der Wissenschaft energisch zurückzuweisen. Die Agrarier fordern für sich Ausnahmetarife auf den Staatsbahnen — die Minister bewilligen sie, unbekümmert darum, ob der Handel dadurch geschädigt wird. Die Agrarier verlangen höhere Zölle — der Ministerpräsident erscheint in eigener Person im Landtag, um die „Kollektenden“ durch Versprechungen zu trösten. Und zum Dank dafür treiben sie in der Kanalkommission jene Komödie, die die Minister der Bäckerei preisgibt und der Autorität der Krone einen schweren Stoß versetzt.

Zu der Volksverdrummung und Volksausbeutung die Niedertrüebung der Arbeiter! Es ist unter dem Einbruch der Vorgänge der letzten Tage leider nicht genügend beachtet worden, daß Graf Kanitz in der letzten Session der Kanalkommission als Compensation für den Kanal die Wiedereinbringung der Zuchtanwaltschaft gefordert hat. Diese Forderung in Verbindung mit dem Versuch des Präsidenten v. Ardrer, die That eines Epileptikers zu einem neuen Ausnahmengesetz zu fraktifizieren, spricht Bände; es geht daraus hervor, daß die Junker nur darauf lauern, daß die Regierung Wege zur Unterdrückung der Arbeiterschaft einbringt, und daß sie selbst vor Lügen und Verleumdungen nicht zurückzusehen, wenn es gilt, ihre völkseigenen Pläne in die That umzusetzen.

Alles gegen die Arbeiter! Nichts für die Arbeiter! Das ist der einzige Gedanke, von dem sich die Mehrheit des Landtags leiten läßt. Und diesem Grundgedanke ist sie auch in der verflochtenen Session treu geblieben. Trotz der glänzenden Finanzlage ist kein Geld vorhanden, um die Löhne der Eisenbahnarbeiter und Bergarbeiter zu erhöhen oder das System der Fabrikinspektoren auszubauen; kein Geld, um durch Hebung der Volksschulen den Kindern der Armen eine bessere Bildung zu teil werden zu lassen und sie fähiger zu machen, den Kampf ums Dasein zu bestehen. Von der Förderung wirklicher Kulturaufgaben hat die preussische Regierung seit Jahren Abstand genommen, und das einzige Mal, wo sie den Versuch machte, ein Kulturwerk, den Mittelkanal, zu Stande zu bringen, hat sie elendiglich Schiffbruch gelitten.

Soll es anders werden in Preußen, soll endlich auch der größte Bundesstaat in die Reihe der Kulturländer rücken, so ist vor allem eines nötig: die Beseitigung der Junkerherrschaft. Das würde aber einen Bruch mit dem bisherigen System bedeuten, und dazu befähigt die Regierung weder die Kraft noch den Willen. Die Macht des Junkertums wird nicht von oben herab, sondern von unten, durch das Volk, gebrochen werden. Die verflochtenen Session wird hoffentlich auch diejenigen Schichten der Bevölkerung, die

bisher noch nicht von der Gemeingefährlichkeit der Jünger überzeugt waren, doch belehrt haben, daß im allgemeinen Kulturinteresse die Befreiung dieser gemeingefährlichen Gesellschaft durchaus notwendig ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Mai.

Der Reichstag.

erledigte am Sonnabend seine Tagesordnung in wenigen Stunden. Die Kriegsinvalidenversorgung wurde ohne jede Debatte in dritter Lesung en bloc angenommen.

Beim Unfallfürsorge-Gesetz für Beamte und Personen des Soldatenstandes setzte eine recht lebhaft diskutierte § 3 und bei einem dazu gestellten Antrag des Centrumsabgeordneten Dr. Opfergelt ein, der einen in zweiter Lesung abgelehnten socialdemokratischen Antrag in sehr abgeschwächter Form wieder aufnahm. Es handelte sich um die Entschädigung der Oekonomiehändler, die im Betrieb verunglückten. Die Regierung wollte ihre Rente nur nach dem 30fachen Betrage des für den Beschäftigungs-ort festgesetzten ortsüblichen Tagelohns berechnen. Wir hatten beantragt, den Arbeitern, die während des Militärdienstes verunglückten, dieselbe Entschädigung zu gewähren, die sie in ihrem Heimsort bezogen hätten, wenn sie in einem Privatbetriebe verunglückt wären. Herr Dr. Opfergelt wählte den Mittelweg, die Rente dieser Arbeiter nach dem Jahresarbeitsverdienst berechnen zu lassen, den ihre Kollegen in demselben oder in ähnlichen Privatbetrieben am Dienstage erhalten. Unsere Genossen Hoch und Mollenbuhr traten, da nicht mehr zu erreichen war, für diese Verbesserung der Kommissionsfassung ein. Die Regierungsvertreter wehrten sich mit Händen und Füßen. Generalleutnant v. Diebahn sah in dem Opfergelt'schen Antrag eine Zurücksetzung der Mannschaften, die mit der Waffe ihren Dienst thun, gegenüber den Oekonomiehändlern und Geheimrat Caspar jammerte über die Schwierigkeiten, die der Neuregelung der Militärpensions-Gesetze durch diesen Beschluß bereitete würden.

Ein Regierungsvertreter stieg zum Volke herab und ließ die Künste seiner Privatbereitschaft bei einer Gruppe Centrums-Abgeordneter spielen. Und er hatte wirklich einen kleinen Erfolg: die Herren Szmula und Konsorten ließen bei der Abstimmung ihren Parteigenossen Opfergelt in Stich. Um ein Paar hätte diese kleine arbeiterfeindliche Tücke den Verbesserungsantrag zu Falle gebracht. Zum Glück war die Rechte schwach besetzt, die konservativen Doppelmandatäre sind nach dem unerwarteten Ende der Landtagsession schleunigst zu den heimischen Ochsenställen zurückgekehrt, und so wurde, da die Linke gut besetzt war, der Antrag Opfergelt mit knapper Majorität angenommen.

Ohne weitere Debatte wurde die dritte Lesung des Gesetzes zu Ende geführt und die Vorlage in der Gesamt-Abstimmung erledigt.

Den Schluß bildeten Petitionen. Eine größere Debatte über eine Petition, die die Aufhebung des Differenz-einwandes im § 66 des Bürgergesetzes verlangte, blieb aus, da der Referent nicht zur Stelle war. Herr Büsing kündigte an, daß die erste That seines Parteifreundes, des zukünftigen Handelsministers Müller, eine Revision des Bürgergesetzes im Sinne der Petition sein werde. Nach den Wünschen des Oberagrariers Dr. Köpcke wäre das freilich nicht.

Eine längere Erörterung knüpfte dann noch an die Petition der Gastwirtschaftlichen, auf Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse. Der Herr v. Hedenberg machte Propaganda für die nichtsocialdemokratischen Kleinvereine. Genosse Mollenbuhr hob hervor, wie weit die von der Reichsregierung geplante Regelung hinter den Wünschen dieser auf das schlimmste ausgebeuteten Arbeiterkategorie zurückbleibt und betonte besonders, daß die Sonntagsruhe für sie nicht durch Bundesrats-Beschlüsse, sondern durch Gesetz geregelt werden müsse, eine Kritik, der sich der ultramontane Socialpolitiker Dr. Gipe im wesentlichen anschloß.

Die Petition wurde schließlich dem Reichskanzler fast einstimmig zur Erwägung überwiesen.

Diäten-Kerl.

Eine im Reichstag kolportierte Aeußerung hat jetzt ihren Weg auch in die Presse gefunden — allerdings nur zur Hälfte. Es soll nämlich unlängst gegenüber den auch in der Regierung befragten Wünschen, für die Reichstags-Abgeordneten Diäten zu bewilligen, das Wort gefallen sein:

„Den Kerl auch noch Diäten. Ich gebe den Kerl keine Diäten.“

Ueber den Ursprung und den Urheber des Wortes werden die merkwürdigsten Gerüchte verbreitet.

Der Reichstag kann jedenfalls aus der Wendung ersehen, daß man irgendwo seinen Diäten-Antrag stark mißverstanden haben muß. Denn der Reichstag hat niemals verlangt, daß irgend eine Person dem Reichstag Privatmittel in Gestalt von Diäten zur Verfügung stellen soll. Diäten wie alle anderen finanziellen Mittel in Staat und Reich gewährt keine Einzelperson, sondern bringt das Volk auf. Diäten werden schließlich aus keiner anderen Quelle gewonnen als Ministergehälter und Stenodotationen.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei übrigens bemerkt, daß jene Aeußerung nicht etwa von einem unartigen Arbeiter stammt, der allerdings einigen Anlaß hätte, den Kerl, die alle Militär- und Marineforderungen anstandslos bewilligen, nicht auch noch Diäten in den Schoß zu werfen.

Deutsches Reich.

Man will nicht Sieger sein. In der inneren Politik schlägt man zur Zeit eine entgegengekehrte Taktik ein wie in der Weltpolitik. Während man in China Vorbeereiten an großem rasst und vor lauter Siegen sich gar nicht zu retten weiß, lehnt man bei uns mit überwältigender Bescheidenheit die Siegespalmen ab. Die Sieger in der Kanalkampagne erklären feierlich, sie hätten gar keinen Erfolg errungen. So schreibt die parteilose „Konservative Korrespondenz“ in hervorstechendem Druck:

„Nachdem die Kanalvorlage nunmehr aus der parlamentarischen Erörterung entfernt ist, wird sie der übermächtigen politischen Bedeutung entkleidet, welche ihr durch eine wichtige Behandlung beigelegt worden war. Diesen Entschluß zu fassen, war nur ein stark und weise Regierung im Stande, und das Vertrauen zu ihr wird im Lande entsprechend wachsen.“

Milder und bescheidener hat schwerlich ein Sieger jemals dem niedergeworfenen Feind geredet.

Diese Zurückhaltung bewirkt, daß die Konservativen beflissen sind, die Regierung nicht zu reizen. Andererseits aber machen sie kein Geheiß daraus, daß sie mit ihrer bisherigen Taktik durchaus zufrieden sind und in ihr fortfahren gedenken. Denn in derselben Nummer der „Konst. Korresp.“ wird mitgeteilt, daß die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses dem kühnsten Vorkämpfer der Kanalkampagne, dem Grafen Limburg-Stürum, für seine „treue, gewissenhafte feste und taktvolle Leitung“ den Dank ausgesprochen habe.

Das ist deutlich.

Zur Charakteristik Miquels erzählt die „National-Zeitung“, wie er plamäßig gegen die Befreiung höherer Verwaltungsgestellten mit Leuten seiner früheren Parteirichtung gearbeitet habe.

Schon im Anfang der Miquel'schen Ministerthätigkeit hatte sich ein Anlaß geboten, der Aemterherrschaft der Konservativen bei Befreiung der Beamten in der höheren Verwaltung entgegenzuwirken. Es waren gleichzeitig drei Oberpräsidenten frei, und der Vorschlag, zwei derselben mit Konservativen, eines mit einem in den wichtigsten Verwaltungssachen bewährten National-liberalen zu besetzen, wurde an einflussreichen und berufenen Stellen gebilligt. Der Minister Miquel aber that — um den gelindesten Ausdruck zu brauchen — nichts, um den Vorschlag durchzuführen; er leistete dem konservativen Anspruch auf alle drei Oberpräsidenten, dessen in jenem Augenblick principieller Bedeutung auf der Hand lag, jedenfalls positive Assens, vielleicht auch thätige Hilfe, und die drei Oberpräsidenten wurden mit konservativen Politikern besetzt. Seitdem habe Miquel ohne Rücksicht auf seine politische Vergangenheit die Entschlossenheit immer deutlicher hervortreten lassen, seine Stellung durch möglichst enge Verbindung mit dem am Hofe und in der Verwaltung herrschenden konservativen Kreise zu befestigen.

Dieser rührenden Klage des national-liberalen Organs wäre nur noch ergänzend hinzuzufügen, daß jeder National-liberale des gegenwärtigen Schlags ähnlich handeln würde.

Die Kanalkampagne. Von Herrn v. Miquel haben wir gestern ausreißend gesprochen.

Freiherr v. Sammerstein-Loxen ist am 2. Oktober 1827 geboren. Nach Absolvierung der juristischen Studien trat er in den hannoverschen Staatsdienst ein. 1868 wurde er nach der Emergenz Hannover zur Disposition gestellt; er zog sich ins Privatleben zurück und widmete sich der Verwaltung seiner Güter. Zahlreich kämpfte er auf Seite der Weisen gegen die preussische Herrschaft, nahm aber schließlich (1885) die Ernennung zum Land-räte an. 1889 wurde er Landesdirektor der Provinz Hannover. 1894 wurde er zum Minister für Landwirtschaft ernannt.

Der bisherige Handelsminister Bresselt hat am 18. Juni 1896 dieses Amt als Nachfolger des Freiherrn v. Bresselt übernommen. Er war vorher Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten. An der Verstaatlichung der Eisenbahnen hat er hervorragend mitgewirkt, er war zu dieser Zeit die rechte Hand des Ministers Bismarck, mit dem er auch verhandelt hat. In Handelskreisen war man von seiner Ausübung nicht befriedigt, man gab ihm sogar den Spottnamen eines Ministers gegen den Handel. Sein Verhältnis zum Centralverband der Industriellen ist durch die Veröffentlichung des berühmten Dred-briefs im „Vorwärts“ enthüllt worden.

Agrarier-Trödlung. Die Agrarier, die ebenso kanalkindlich wie Fremde der neuen Eisenbahnverbindungen sind, waren recht unglücklich, daß durch den jähren Schluß des Landtags auch die bevorstehende Nebenbahnvorlage unter den Tisch gefallen ist.

Die amtliche „Berliner Korrespondenz“ bezieht sich nunmehr, den Agrariern Trost zu spenden, indem sie erklärt:

„Bei dem unerwartet eingetretenen Schluß des Landtags hat die Nebenbahnvorlage, deren Einbringung unmittelbar bevorstand, nicht mehr verhandelt werden können. Ihre Feststellung hatte in diesem Jahre besonders wegen umfangreicher Verhandlungen mit anderen Staaten längere Zeit erfordert. Da indessen, wie der letzte Bandbericht der Eisenbahnverwaltung ergibt, mehr als 300 Millionen Mark an gesetzlichen Krediten für neue Staatsbahnen noch offen stehen — ganz abgesehen von den großen Mitteln des Extraordinariums und der außerordentlichen Dispositionsfonds der Eisenbahnverwaltung — so wird die Verstaatlichung dieser Verwaltung keinerlei Unterbrechung erfahren. Uebrigens wird auch durch die Vornahme ausführlicher Vorarbeiten für besonders dringliche Linien, deren Aufnahme in die diesjährige Vorlage beabsichtigt war, eine Verzögerung der Vervollständigung selbst vermieden werden können.“

In dieser Umgebung des Regierungsorgans wird beständig recht naiv verraten, daß der Schluß des Landtags den Ministern ganz „unverwartet“ gekommen sei. Die Staatsregierung scheint also bis zum Augenblick doch die Absicht gehabt zu haben, zu den „zwecklosen Verhandlungen“ der Kanalvorlage ihre „Hand zu bieten“. Auch dem Grafen Bülow scheint die Erläuterung sehr plötzlich gekommen zu sein.

Eine treue Seele. Dem gestürzten Finanzminister Miquel werden bei seinem Abschied fast aus allen Lagern gar böse Nachrufe gewendet. Wenn man sich erinnert, mit welchem überaus persönlichen Hoffungsgefühl die Bourgeoisie bis in die Reihen der Demokratie hinein im Sommer 1890 die Ernennung Miquels begrüßt hatte, so bereichert sich die Geschichte des Scheiterns liberalen Regimes, der eine Geschichte der Genarrtheit und der getäuschten Hoffnungen ist, um ein neues interessantes Kapitel.

Nur zwei treue Freunde hat Miquel behalten: „Die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung“, die den fürchterlichen Verdacht hegt, daß ihr Gönner einem von der Börse angezogenen Ritual-mord zum Opfer gefallen ist, und Herr Schmeiburg, der während seiner ganzen Amtszeit als begeisterter Sänger des Kasanienwunders-Genies gewirkt hat.

Schmeiburg stellt einen ganzen Katalog Miquel'scher Annehmlichkeiten in einer Tabelle zusammen. Danach sind in den Jahren 1891/1900 beinahe 90 Gesetze aus dem Finanzministerium hervorgegangen. Als letzte Nummer erscheint die schlimmste Mißgeburt Miquel'scher Steuerherrschaft und Mittelstandsretterei: die Warenhaussteuer. So schließen die Gesetze Miquels ebenso traurig wie seine Ministerthätigkeit.

Für Schmeiburg's Zukunft ist sicher gesorgt, da ja durch die Krisis endlich eine Personalunion zwischen Centralverband und Regierung hergestellt ist. Früher wurden die Minister vom Centralverband Geld und Rat holen, jetzt hat der Centralverband selbst einen seiner leitenden Männer ins Ministerium entboten.

Von einer besonderen Ehrung Miquels, der Verleihung des neuerrichteten preussischen Verdienstordens und einer Standes-erhöhung wird gesprochen.

Auf diese Weise pflegt bei uns bezeugt zu werden, daß der Minister in Ungnade gestürzt sei. Auch Bismarck wurde mit solchen Ehren bedacht, als er in heftiger Feindschaft davon ging.

Verstaatlichung der Kohlengruben. Nach der „Alln. Stg.“ soll der jetzt entlassene Minister Bresselt ganz in der Stille den Kauf umfassen der Kohlengruben im Ruhrgebiet für den preussischen Bergbau vorbereitet und bis zum Abschluß gefördert haben.

Und war eine solche Mitteilung schon vor geraumer Zeit anonym gegangen.

Der Kommunal-Liberalismus will sich eine neue Blamage bereiten. In Danzig, dem Wahlkreise Heinrich Rickerts, wo sowohl im Magistrat wie in der Stadtverordneten-Versammlung die Anhänger der Freisinnigen Vereinigung den Ausschlag geben, soll eine Biersteuer neu eingeführt werden. In Danzig, das ein ganz besonderes Interesse daran hat, daß die Handelsbeziehungen mit Rußland nicht gestört werden, haben die Liberalen mit großem Eifer gegen die Erhöhung der Lebensmittelpreise Stellung genommen. Dieselben Leute gehen jetzt davon, das Bier zu verteuern. Mit keinem Wort hat die Rickertsche „Danziger Zeitung“ gegen die geplante Biersteuer Stellung genommen. In Danzig ist eine Vertretung des Biers besonders verwerflich, weil dort der Schnapskonsum einen besonders großen Umfang hat, was die Hauptursache der fast Tag für Tag vorkommenden Bierschmererei ist. Eine Biersteuererhöhung würde den Branntweinverbrauch und die Bierschmerz nur steigern.

In der Verlegenheit.

Aus Bayern wird uns geschrieben: Herr Dr. Auhland, der neueste „Landreisende“ (um im Flugblattjargon des Volksvereins für das katholische Deutschland zu reden) der ultramontanen und bismarckischen Agrarier in Bayern, hat bis zur Stunde über die durch den „Vorwärts“ ergänzten Mitteilungen der „Münchener Post“ bezüglich gewisser Vorgänge in früheren Jahren geschwiegen. Und

einige ganz bestimmte Umstände lassen es gewiß erscheinen, daß Herr Auhland auch weiterhin nicht berichten wird.

Unter diesen Umständen muß aber das ostentative Schweigen der bayerischen Zentrums-Presse auffällig erscheinen, die ihren Lesern die konstatierten Thatsachen völlig unterschlägt. Ueberhaupt hat sich die Presse der bayerischen Patrioten und allen voran das „führernde“ Organ in der letzten Zeit eine wahre Virtuosität im Verschweigen unangenehmer Thatsachen angeeignet. Verschiedene Centrumsblätter beklagen sich, daß sie die socialdemokratische Presse lesen müssen, wenn sie über die Vorgänge in ihrem eignen Parteilager unterrichtet sein wollen. Ein solcher Herr behauptete jüngst, es sei ein sicherer Gradmesser, je mehr sich das führende Blatt mit preussischen und andern „ausländischen“ Vorgängen beschäftige, desto mehr sei aus Bayern zu verschweigen.

Das kann stimmen.

Vorbereitung der Handelsverträge. Wie aus Rom verlautet, hat die deutsche Regierung um die Ernennung von Bevollmächtigten ersucht, behufs Vorbesprechung für die im Herbst in Berlin beginnenden Verhandlungen wegen Erneuerung der Handelsverträge.

Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar. Der weimarsche Landtag tritt Ende Mai zu einer kurzen Tagung zusammen, in welcher als einzige Vorlage über die Bahnbau-Angelegenheiten, soweit dieselben mit Preußen zum Abschluß gelangt sind, verhandelt wird. — Bei der Anwesenheit des deutschen Kaisers auf der Wartburg ist unter anderem auch der durch seine energische Socialistenbekämpfung bekannte Minister Hans Lange von Burm mit dem Kronenorden zweiter Klasse mit Stern ausgezeichnet worden.

Im württembergischen Landtag brachte die am Dienstag beginnende Beratung des Justizetats eine scharfe Zusammenstoß zwischen dem von der Mehrheit unterstützten Justizminister Breilling und der Socialdemokratie, deren Sache Genosse Keil führte. Der letztere hatte unter Ausföhrung vorgenommener Fälle den Nachweis geführt, daß auch in Württemberg vielfach die Meinung gestärkt werde, daß in der Rechtspflege zweierlei Maß üblich sei. Es fehlte dem Richterstand das nötige Verständnis für unsere socialen Verhältnisse und daraus resultierte die Noth, daß der Einbruch der Massenjustiz entstehen müsse. Weiter fragte Keil an, ob es zur Stärkung des Ansehens der Rechtspflege beitrage, wenn ein Rechtsanwalt einem Angeklagten mildere Beurteilung versprechen könne, wenn er auf die Vernehmung eines hochgestellten Zeugen verzichte (wie dies im Fall des früheren Ministerpräsidenten Schott v. Schottensfeld vorgekommen sein soll). Auch die Befähigung der Presse durch den ambulanten Gerichtsstand der Presse beachte Keil tadelnd zur Sprache. Der Justizminister ließ die Verhandlungen am Dienstag vorzeitig abbrechen und beehrte den stimmungsfreien Tag am 1. Mai, um seine Antwort den Ältern entsprechend festzustellen. Am Donnerstag ließ er seine Philippika los und pugte sie mit einer principiell feindlichen Attitude an die Socialdemokratie. Er erklärte es als seine Hauptaufgabe zu betrachten, stets auf dem Posten zu sein, wenn es gelte, die heutige Gesellschaftsordnung zu stützen und zu verteidigen; es bestohe zwischen dieser und den Anschauungen der Socialdemokratie eine tiefe Kluft. Keil gab darauf die richtige Antwort, indem er gerade die Ansichten des Ministers als eine Befähigung der Massenjustiz kennzeichnete. — Das Resultat des Zusammenstoßes ist allgemeine Befriedigung in der großen Masse der Bevölkerung, die der Minister durch seine Rede nur noch vergrößert hat.

Die deutsche Regierung und Transvaal.

In der Petitionskommission des Reichstags wurde leßthin über eine Petition der aus Südafrika ausgewiesenen Deutschen verhandelt. Die Petition führte zu sehr interessanten Mittheilungen des Vertreters des auswärtigen Amtes, Geh. Legationsrath v. Dirksen. Es ging daraus hervor, daß die Reichsregierung es sich nach Möglichkeit hat angelegen sein lassen, den Ausgewiesenen, deren Zahl 180 (darunter 66 Eisenbahn-Angestellte) beträgt, zu ihrem Recht zu verhelfen. Der Regierungskommissionar drückte sich dahin aus, daß, bei der Ausweisung stückweise mit einer Grausamkeit und Rohheit verfahren ward, die im höchsten Grade bedauerlich sei. Er erwähnte die bis dahin noch nicht bekannte Thatsache, daß die englischen Befehlshaber durch systematische Verdrängung der Zulu's die Leute, denen sie aus keinerlei Gründen sonst beikommen konnten, dem Verhungern nahe gebracht und ihnen dann freie Ueberfahrt nach Europa gewährt haben gegen Unterzeichnung eines Bekenntnisses, daß sie keinerlei Ansprüche gegen die englische Regierung weiter hätten. Für diese Leute lasse sich leider weiter nichts thun bei der englischen Regierung; ebenso könne die Reichsregierung nicht eintreten für die Schadenersatzansprüche der Leute, die der Reichsgerichtsbarkeit verlustig gegangen sind. Die Verhandlungen zögen sich leider un-absehbar in die Länge, da die englische Regierung die Glimmkommission, der sie die Untersuchung übertragen habe, erst zur Prüfung der Ansprüche nach Südafrika senden wolle. Die Reichsregierung habe es erwirkt, daß als ihr Vertreter Herr Dr. Sieveling aus Hamburg die Kommission nach Südafrika begleiten könne. Dagegen habe es die englische Regierung abgelehnt, einen Vorschlag von 5000 Pfd. (100 000 M.) der Reichsregierung zur vorläufigen Vinderung der Not unter den Ausgewiesenen zur Verfügung zu stellen.

In der Diskussion wurde allseitig anerkannt, daß die Reichsregierung in diesem Fall ihrer Pflicht, die Interessen der Reichsangehörigen im Auslande wahrzunehmen, voll und nachgekommen sei. Abg. Lebebour (Soz.) betonte, daß die Mittheilungen des Kommissionsberichts über das Ausweisungssystem bezeugen, daß die englische Regierung planmäßig darauf ausgeht, alle nicht-englischen Bevölkerungsbelegte aus dem Gebiet der südafrikanischen Republiken herauszubringen. Was die Unterstützung der Ausgewiesenen anbetrifft, so warf er die Frage auf, ob die Reichsregierung nicht darauf hinwirken könne, daß in der nämlichen Weise, wie deutsche Bankiers zu Westindien zur Vinderung der Hungersnot in Indien aufgefordert wurden, jetzt auch eine solche Aufforderung zur Vinderung der Not unter verhungerten ausgewiesenen Landleute erlassen würde. In beiden Fällen trage die englische Regierung die Schuld an dem Leiden der Hungernden. Da nur das deutsche Geld und doch näher sei als der englische Rod, so würde eine solche Aufforderung sicher wieder einen schönen patriotischen Eifer in der Aufbringung von Geldmitteln beweisen.

Der Regierungsvertreter erkannte die Schlussfolgerung Lebebour's als berechtigt an, daß die englische Regierung es auf die Verdrängung der nichtenglischen Elemente aus den südafrikanischen Republiken abgesehen habe, meinte aber, auf die letzte Aufgabe nicht eingehen zu können.

Die Petition wurde dann dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Eine Sympathieumgebung für die russischen Freiheitskämpfer, die für den 5. Mai in Budapest anberaumt war, ist wieder einmal polizeilich verboten worden. In der Provinz wurde in mehreren stark besuchten Volksversammlungen die internationale Sympathie-Resolution angenommen.

Frankreich.

Ueber den Ausstand in Montcaux-les-Mines berichtet das Wolff'sche Telegraphenbureau vom 4. Mai: Man erwartet die Wiederaufnahme der Arbeit für Montag. Die Ausständigen beginnen, sich im Hinblick auf die

Wiederaufnahme der Arbeit in den Bureau der Gesellschaften ein-
scheiden zu lassen und die entlassenen Arbeiter sind bereit, anderwärts
Arbeit zu nehmen. Die Beendigung des Ausstands wird dem Er-
gebnis des Referendums vom Sonntag zugeschrieben, in welchem
sich nur 30 000 Grubenarbeiter für den allgemeinen Ausstand aus-
sprachen.

Die Ausständigen richteten an den Ausschuss des nationalen
Vergarbeitsverbandes ein Ultimatum, in welchem sie verlangen,
dass ihnen befristete Fortsetzung des Ausstands eine tägliche Unter-
stützung von mindestens 2000 Frank gewährt werde.

Delcassé über die Petersburger Reise. Im Ministerrat er-
stattete Delcassé Bericht über seine Reise nach Petersburg und
erklärte, dass über alle Fragen, welche Russland und Frankreich
interessierten, ein vollständiges Einvernehmen zwischen den beider-
seitigen Regierungen herrsche.

Spanien.

Gesprenktes Anarchisten-Meeting. Das „Herold-Bureau“
meldet aus Barcelona:

Anlässlich des Jahrestags der Hinzunahme der Anarchisten von
Montjuich hielten die Anarchisten ein großes Meeting ab, auf welchem
heftige Reden gegen die Regierung gehalten wurden. Die Ver-
sammlung protestierte auf das energischste gegen die Haltung der
Regierung den Anarchisten gegenüber.

Im Verlauf der Versammlung kam es zwischen Anarchisten
und Polizei zu heftigen Zusammenstößen. Die Polizei
schritt mit blanker Waffe ein und nahm mehrere Verhaftungen
vor.

Athen.

Best-Murder in Britisch-Indien. Aus Kallutta wird
vom 3. Mai gemeldet:

In den Dörfern des Bezirks Sialkot im Pendschab, in
denen die Pest herrscht, ist die Bevölkerung sehr unruhig
geworden. Zwanzig Dörfer sehen vereint den
bedrohlichen Mächten planmäßigen Wider-
stand entgegen. In Jussawal wurde ein eingeborener
Offizier getötet und ein erster Angriff auf das
Pflanzepersonal unternommen. Es sind jetzt 200 Mann
Pendschab-Infanterie und 100 Mann Bengal-Panzer nach der
Gegend geschickt worden.

Ihr Kabinettsoffizier in Japan wird dem „Reuterischen Bureau“
aus Yokohama, den 3. ds. Mts., in Vertretung einer früheren
Nachricht gemeldet: Es scheint, dass alle Mitglieder des Kabinetts
von ihren Posten zurückgetreten sind mit Ausnahme des
Finanzministers, Vicomte Watanabe, der bleibt.
Marquis Satouji ist zum Vizepräsidenten des Kabinettspräsidiums er-
nannt worden. Es ist zweifelhaft, ob Marquis Ito vorgeschlagen
hat, dass Feldmarschall Yamagata die Kabinettsbildung übernehmen
sollte.

Der Boeren-Krieg.

Seine Unterhandlungen mit Botha.

Der Besuch der Frau Bothas bei ihrem Gatten wurde be-
kanntlich von der englischen Presse als neuer aussichtsreicher
Versuch der Annäherung an Friedensunterhand-
lungen gedeutet. Demgegenüber erklärt jetzt der Korrespon-
dent der „Times“ in Pretoria:

„Ich bin zu der Erklärung ermächtigt worden, dass dies
nicht der Fall ist und dass keine Absicht besteht, auf die Sache
zurückzukommen.“

Erfolge und Misserfolge.

General Ritchener telegraphiert aus Pretoria vom 3. Mai:
Seit meinem letzten Bericht sind von den verschiedenen britischen
Truppenabteilungen 10 Boeren getötet und 99 gefangen genommen
worden; 13 haben sich ergeben; erbeutet sind 280 000 Pakete Patronen,
100 Wagen mit der Bespannung und 2070 Pferde.

Eine Meldung aus Kimberley vom gleichen Datum meldet
dagegen:

Eine kleine Abteilung der Diamondfields-Reiterei
wurde von dem Boerenkommandanten Malan in der
Nähe von Cradock gefangen genommen. Die Mann-
schaften fielen tapfer und ergaben sich der Uebermacht erst, als alle
ihre Pferde erschossen und der kommandierende Offizier verwundet
waren. Oberst Scoobell vermochte sie später zu befreien.

Ferner wird aus Durban berichtet: Die Kolonne
Colville überquerte am 29. April bei starkem Regen das
Lager von Gans Botha. Die Boeren schickten und ließen den
Engländern ihre Dynamitvorräte zurück. Die Boeren erlitten
geringe Verluste, die Engländer hatten vier Tote.

Die Tagesverluste

vom 3. Mai beträgt 2 Tote, 13 Verwundete und 16 an Krankheiten
Verstorbene. 20 Offiziere und 451 Mann sind nach England zurück-
befördert worden.

Die französische sozialistische Partei und der Gesetzentwurf Miserandis.

Aus Paris, 30. April, wird uns geschrieben:

Das Generalkomitee der französischen Partei hat nach einer
langen Diskussion den Miserandis-Gesetzentwurf mit 29 gegen
9 Stimmen als „der Entwicklung und den Interessen der Arbeiter-
klasse schädlich“ verworfen.

Diese Abstimmung hat eine entscheidende Bedeutung, erstens
weil die Mehrheit Elemente aus allen sozialistischen Richtungen ver-
einigt, und zweitens weil die Abstimmung ohne Vorurteil, mit vollem
Bewusstsein vor sich gegangen ist, ferner bindet sie die sozialistischen
Abgeordneten, deren Haltung bei der Diskussion des Gesetzentwurfs
also bestimmt ist.

Die Erwägungen, denen das Generalkomitee bei seiner Ab-
stimmung gefolgt ist, sind mehr allgemeiner Art, als dass sie auf
das nähere Wesen des Entwurfs eingehen.

Der Hauptverteidiger des Gesetzentwurfs vor dem General-
komitee, Genosse Jaures, hatte in einer längeren Rede
als wichtiges Argument für ihn betont, dass er die
„parlamentarische Demokratie“ auf wirtschaftlichen Boden verpflanze.
Als zweiten Punkt führte er die Aufgabe des Staats an, diesen
wirtschaftlichen Parlamentarismus zu begünstigen und zu regeln.

Es scheint nun gerade, dass das Generalkomitee diesen doppelten
Gesichtspunkt habe verurteilen wollen, als es den Gesetzentwurf be-
dingungslos verworfen. Ging dies auch — dank der ziemlich großen
Verwirrung, die hier wie immer in einer bewegten Versammlung
herrscht — nicht deutlich aus der Diskussion hervor, so deutet doch
alles sonst darauf hin. Und die Entscheidung des Generalkomitees
scheint auch richtig zu sein.

Diese Gleichstellung der wirtschaftlichen und politischen Demo-
kratie ist vollkommen falsch. Sie bedeutet eine unbegründete Ana-
logie, eine eitle Formel. Als allgemeiner Grundsatz kann behauptet
werden, dass die Gesetze der wirtschaftlichen Demokratie denen der
politischen Demokratie diametral entgegengesetzt sind.

Die Basis der politischen Demokratie bildet der einzelne Bürger,
das Individuum, dessen Stellung schon an dem Vorhandensein an
und für sich beruht. Sie steht nur den idealen Menschen, indem sie
von der notwendigen Lösung ausgeht, dass alle gleichwertig sind
und dass alle die gleiche Wirkung ausüben sollen. Auf dieser Auf-
fassung beruht der Parlamentarismus. Die Regierung ist entscheidend,
eben weil alle Stimmen gleichwertig sind und weil die Mehrzahl
entscheiden soll.

Die Basis der ökonomischen Demokratie bildet aber nicht der
von den politischen Begriffen abstrahierte Einzelne, sondern hier sind
es wirkliche Menschen, die unter einander ebenfalls wirkliche und
bestimmte Beziehungen haben, die an seine Stelle treten. Alle
Individuen sind nicht gleichwertig. So haben durchaus nicht alle
Arbeiter dieselbe Kraft und dieselbe Fähigkeit, ihre Interessen zu ver-
teidigen. Nur die besten, die am meisten Klassenbewusstsein im
Proletariat haben diese Macht. Man darf also nicht alle Arbeiter
auf das gleiche Niveau stellen und von einer hier unnötigen und
falschen Voraussetzung absoluter Identität ausgehen.

Ferner ist die ökonomische Demokratie in erster Linie organischer
Art. Indem die Besten sich gruppieren, reifen sie die andern mit
sich und werden so das Klassenbewusstsein auf. Und so steht man
nicht mehr Individuen, sondern charakteristischen Gruppen gegenüber.

Diese Gruppen sind die organischen Vertreter der Arbeiterklasse.
Allmählich werden die proletarischen Interessen von diesen Berufs-
vereinigungen geleitet, die immer mehr danach streben, mit dem
Unternehmertum namens der Gesamtheit zu verhandeln und die
Gesamtinteressen des Proletariats regelmäßig zu verteidigen.

Die ganze Tragweite der Arbeiterbewegung liegt also in den
Berufsvereinigungen. Und diese Tragweite sieht in geradem Ver-
hältnis zu dem Stand ihrer gewerkschaftlichen Organisation. So
besteht auch das Interesse der Arbeiterklasse darin, dem Staat eine
gezielte Stärkung ihrer Vereinigungen und eine vollständige Be-
wegungsfreiheit zu erlangen. Nur zu diesem Zweck soll der Staat
überhaupt in die Bewegung eingreifen.

Der Miserandis-Gesetzentwurf tritt aber der Arbeiterbewegung
in den Weg. Er setzt alle Arbeiter untereinander gleich, leugnet die
Auswahl der Besten, die die Grundlage der Gewerkschaftsbewegung
ist. Er führt das allgemeine Stimmrecht, den Parlamentarismus
in eine Bewegung ein, die ihm geradezu widerspricht.

Die Verwirklichung des Entwurfs würde den Tod der Gewerks-
schaften bedeuten. Die Gewerkschaft beruht auf einer Gruppierung,
die durch die Wahl der Besten langsam vor sich gegangen ist. Sind
aber erst einmal organisierte und unorganisierte Arbeiter gleich-
gestellt, so hat diese Gruppierung keine Existenzberechtigung mehr.
Der Entwurf leugnet die Gewerkschaft, die keine Basis sein sollte,
gar nicht, er vernichtet sie.

Fretlich haben die Verteidiger des Entwurfs hervorgehoben, dass
in den Ausständen fast immer abgestimmt wird. Das ist richtig,
aber nur wenn keine Arbeiterorganisation vorhanden ist, so dass die
Abstimmung nur die organische Schwäche der Arbeiterbewegung be-
weist. Immer mehr haben die Organe der Arbeiterbewegung, die
Gewerkschaften, die Macht und das Recht, namens der Arbeiter zu
verhandeln.

Ebenso hat Jaures in seiner Rede die Gewohnheit der Arbeiter
angeführt, selbst das Schiedsgericht anzurufen, während die Unter-
nehmer es gewöhnlich zurückweisen. Und deshalb verlangt er, dass
das Gesetz unmittelbar durch das obligatorische Schiedsgericht ein-
schreite. Auch hier widerspricht es dem Sinne der Arbeiterbewegung,
die ja selbstständig und selbständig sein will. Wenn die Arbeiter
das Schiedsgericht sehr oft verlangen, so wollen sie doch deshalb
nicht, dass der Staat es ihnen auferlege. Sie fürchten im Gegen-
teil mit Recht die Vormundschaft der Centralgewalt und jede staat-
liche Regelung. Sie wollen nur selbständig handeln.

Diese allgemeinen Gesichtspunkte haben das Generalkomitee ge-
leitet. Der Entwurf erschien ihm als ein Widerspruch. Er steuert
seinem Zweck gerade entgegen. Gewiss muß die Arbeiterklasse vor
gefährlichen und schnellen Beschläffen geschützt sein. Aber das kann
nur durch eine gute Organisation der Arbeiter-
klasse erlangt werden. Und will der Staat eingreifen, so soll er
es nur thun, um diese Organisation zu begünstigen oder gar ins
Leben zu rufen, nicht aber um an ihre Stelle zu treten und sie zu
vernichten.

H. L.

Partei-Nachrichten.

Aus Gotha meldet ein Privattelegramm vom 4. Mai:
Genosse Voss ist als stellvertretendes Mitglied des Ver-
waltungs-Gerichtshofs vom Landtag gegen 2 Stimmen
gewählt.

Partei-Presse. Genosse Hendrich, der leitende Redakteur des
„Karlsruher Volksfreunds“, ist, wie der „Volksfreund“ berichtet,
mit erstem Mai von seiner Stellung zurückgetreten. Er befindet sich
zur Zeit krankheitsbedingt in der Schweiz. Genosse Hendrich,
der Mitglied der II. badischen Kammer ist, bleibt in Baden und wird
auch an den Parteiblättern weiter mitarbeiten.

Zur Waiseler in Württemberg wird uns noch folgendes
geschrieben: Die Waiseler verließ in unserem Lande in bester Weise.
Stuttgart, Cannstatt, Eßlingen, Heilbronn und Feuerbach demon-
strierten durch öffentliche Umzüge, woran sich in Stuttgart 5000 und
in Cannstatt 1000 Personen beteiligten. Die Vortragsveranstal-
tungen waren überall zahlreich besucht. In den übrigen Orten be-
schränkte man sich in der Hauptsache auf gut verkaufte Versammlun-
gen am Abend. Einzelne kleinere Orte werden am Sonntag die
Feier begehen.

**Ein Unterstützungsverein der österreichischen Partei-An-
gestellten** hat sich dieser Tage in Wien konstituiert. Genosse
Hueber, Vorsitzender der österreichischen Gewerkschaftskommission,
legte die Statuten vor, die einstimmig genehmigt wurden. Als
Vorsitzender des neuen Vereins wurde Genosse Victor Adler
gewählt. Der Wochenbeitrag wurde auf 2 Kronen (1,70 M.) festgelegt
und wird ab 1. Mai geleistet; bis jetzt haben 82 Personen ihren
Beitritt erklärt. Nach Erledigung der Tagesordnung hielt der Ob-
mann Genosse Adler eine kurze Ansprache, worin er die Ziele des
Vereins erklärte und unter anderem bemerkte: dass die Partei-An-
gestellten sich in einer eigenen Organisation zusammenfassen, ent-
spricht einem längst empfundenen Bedürfnis und liegt im wohl-
verstandenen Interesse der Partei wie der Gewerkschaftsorganisation.
Die Genossen, die sich in den unmittelbaren Dienst der Organi-
sation stellen, die unsere Zeitungen schreiben, die unsere Gewerks-
schaften verwalten, haben schwerere Pflichten als alle andern, ihre
Arbeitskraft ist schneller verbraucht, ihre Zukunft
und die ihrer Familie noch unsicherer als die anderer
Proletarier. Wenn sie sich durch eine Hilfsorganisation einige Zu-
versicht schaffen, wenn sie die schmerzlichen Sorgen einigermaßen
lindern, so wird dadurch die Arbeitskraft und Arbeits-
freudigkeit erhöht, was den Organisationen unmittelbar zu
Gute kommt. Die Leiter der Gewerkschaften und Partei-
institutionen, die den Zweck unseres Vereins durch dankenswerte Opfer
fördern, wissen also sehr gut, was sie thun, und werden hoffentlich
Nachahmung finden. Wir hoffen, dass unsere Organisation manches
dazu beitragen wird, mangelhafte Arbeitsbedingungen zu
bessern. Aber eine Kompensationsorganisation im Sinne der Ge-
werkschaften wird „Die Gewerkschaft“ nicht sein, denn unsere „Aus-
beuter“, das sind wir selber. Mit vollem Bewusstsein und aus
freiem Entschluß geben wir alle unsere Arbeitskraft her, weit
mehr, als uns in unserem Lohn ersetzt wird; gern
und mit Begeisterung schaffen wir „Mehrwert“ und verbrauchen
Kerv und Mühe im Dienste unseres Arbeitgebers, des Klassen-
bewusstes Proletariats. Ihm besser dienen zu können, dazu wird
unser Verein beitragen, und das wird immer sein Ziel sein. Nach-
dem Genosse Adler unter dem Beifall der Anwesenden geendet,
wurden noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Als
Vereinslokal wurde vorläufig die Kanzlei der Gewerkschaftskommission
bestimmt. Alle Zukunfts- in Vereinsangelegenheiten sind bis auf
weiteres an Genosse Anton Hueber, Wien VI., Mariabörsstraße
Nr. 89A, zu richten.

Totenliste der Partei. In Altona ist der Genosse Frei-
herr v. Firls im Alter von 80 Jahren gestorben. Der „alte
Baron Firls“ war Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre Mit-
arbeiter des „Anter Volksblattes“ und der „Nordwest“; auch
als Redakteur der „Nordwest“ ist er längere Zeit thätig
gewesen. Außer dieser Mitarbeiterzeit hat er mehrere
Professuren geschrieben wie: „Mitten ins Schwarze“, „Die
Dynamite Wismar“. Die edlen freien Firlsen. Beiträge
lieferte er auch für den „Schiffbauernboten“ und den „Verstarbeiter“,
die Organe der Verstarbeiterorganisation. In weiteren Parteifunk-
tionen ist Firls weniger bekannt geworden. Als Vorgesetzter war er in
der vormärzlichen Zeit Mitglied des Bundes der Gerechten, jener
geheimen, revolutionären Gesellschaft, aus welcher der Bund
der Kommunisten hervorging. Vor der deutschen Revolution ging
er nach Amerika, durchquerte zu Pferde das Land der Prärien
vom Atlantik bis nach Mexiko, wurde in dem zu jener Zeit
loobenden Kriege zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko von
den Mexikanern gefangen genommen und war nahe daran, als
Spion erschossen zu werden. Nach vielen Jahren seines bewegten
Lebens kam er in den 70er Jahren nach Hamburg-Altona, wo er
sich niederließ und dann mit der Sozialdemokratie und der Gewerk-
schafts-Bewegung häufig suchte und auch fand. Der letztere hat
er hauptsächlich dadurch gebildet, dass er die Kongressberichte der
englischen Trades-Unions übertrug und Wortschatz aus der
englischen Gewerkschaftsbewegung zugänglich machte.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Mit 50 Mark Geldstrafe wurde eine Beleidigung ge-
ahndet, der sich Genosse Mischke, Redakteur des „Offenbacher
Abendblatts“, gegenüber einigen Privatpersonen angeblich zu Schulden
hatte kommen lassen.

Der Heiterkeitserfolg der Hunnenbriefe.

Otto Graf Rahgah, einer der im Stabe des Ober-
kommandos befindlichen chinesischen Kriegsbefehlshaber, dessen
amüsantes Pseudonym beim Erzählen der traurigsten Dinge wie
bereits wiederholt kennen gelernt haben, verbreitete sich unlängst im
„Berliner Tageblatt“ über die Frage der Hunnenbriefe.
Er beklagt uns, wie grenzenlos leichtgläubig und leicht-
fertig die Blätter gewesen sind, die derartige Indianer-
geschichten ernst genommen und veröffentlicht haben. Nicht
nieder schlecht kommen bei ihm die Reichstags-Abgeordneten weg,
die sich den fragwürdigen Scherz gemacht haben, diese „Pro-
duktionen kranthafter Phantasie einem hohen Hause nochmals zum
Besten zu geben.“ Dem die sog. Hunnenbriefe waren nichts als
frivol erfundene „Gintertreppen-Grußelgeschichten“,
mit denen man den Angehörigen imponieren und die Leicht-
gläubigen äffen wollte. Ja, Graf Rahgah wittert hinter
den Briefen nicht nur großartigen Soldatenhumor, sondern
auch infame Mährchen. Andererseits aber geht die ungeteilte Ansicht
darüber hier dahin, dass diese schriftstellerischen Kunst-
werke verzweifelt banal ausfallen, als ob sie
nicht auf Chinas Boden geboren wären.“ Kein
Wunder dem, dass die Hunnenbriefe und ihre Kommentierung unter
den Chinatruppen „jederzeit einen durchschlagenden Heiter-
keits-Erfolg erzielt haben.“

Aber Otto Graf Rahgah begnügt sich nicht mit einer der-
artigen Verhöhnung und unschuldigen kleinen Demütigung der
Hunnenbriefe, sein Retterdrang verführte ihn sogar dazu, die ge-
sammte internationale Soldateska von dem Vorwurf der
Grausamkeit zu reinigen.

Jeder, welcher hier draußen Augenzeuge sein konnte von
der Art und Weise, wie von Seiten der Truppen der ver-
bündeten Mächte, gleichviel welcher Nation gegen die
Chinesen aufgetreten worden ist, kann ebensowohl sein Urteil
dabin abgeben, dass hier eigentlich mit einer fast unverständ-
lichen Humanität und Rücksichtnahme Krieg geführt worden ist
und dass nicht den beteiligten Chinesen wohl die
Baronin v. Suttner die größte Freude daran
gehabt hätte, wenn sie hier gewesen wäre.

Dass aber die bestialische Grausamkeit namentlich der Russen
Zeugnisse einwandfreier Augenzeugen vorliegen, welche
schildern, wie die entmenschten Banden Weiber mordeten
und Kinder spießten, hielt den edlen Grafen nicht ab,
selbst diesen Horden eine „fast unverständliche Humanität“ nachzu-
rühmen.

Wir, die wir uns auch des Verbrechens schuldig gemacht haben,
Hunnenbriefe abzugeben, nicht zwar, um jedes Wort derselben
für lauterste Wahrheit anzugeben, wohl aber, um die
fittliche Verwilderung durch den Chinarrieg
dokumentarisch zu belegen, waren nach dieser Zeugenschaft des
Grafen völlig gedemütigt, wenn nicht der Herr Graf selbst
trotz seiner eignen Humifizierung so gutmütig gewesen wäre, uns
einen kleinen Trost zu spenden. Den Trost nämlich, dass gerade die
Veröffentlichung der Hunnenbriefe die Militärbehörden
veranlasst hat, gegen die hunnische Exzesse mit der erforder-
lichen Strenge vorzugehen. Graf Rahgah schreibt
nämlich:

Schließlich darf aber nicht unerwähnt bleiben, dass gerade
jene Partei, welche im Reichstag sich das zweifelhafte
Bergnügen gemacht hat, aus ihren Blättern „Hunnen-
briefe“ zu verlesen, den deutschen Soldaten hier
draußen damit schlecht gedient hat. Die Folge da-
von war eine sehr verstärkte Disziplin, und gar mancher hat
ein unter andern Verhältnissen vielleicht nicht so schwer be-
urteiltes „Vergehen gegen Chinesen“ nach der
Schärfe der Kriegsgesetze durch empfindliche
Freiheitsstrafen büßen müssen.“

Die Veröffentlichung der Hunnenbriefe hat also bis zu einem
gewissen Grade den beabsichtigten Erfolg gehabt. Mit der Intelligenz
dieses über das Schandliche spähenden Grafen und der „freistündigen“
Redaktion, die seine Behauptungen ausnahmslos angenommen hat,
muß es aber nicht weit her sein, wenn die braven Leute gar nicht
gemerkt haben, daß in der letzteren Mitteilung nicht nur eine
Rechtfertigung der Veröffentlichung der Hunnenbriefe, sondern
auch eine Art Bestätigung ihres Inhalts enthalten ist. Wenn ein
solcher Widerspruch in sich selbst passieren konnte, so wird es um so
weniger jemand erlauben, daß aus dieser hunnischen Hunnen-
leugnung aber das allgemeine Dementi nicht hinauskommt und
sich wohl hilft, irgend eine bestimmte in den Briefen behauptete
Thatsache zu bestreiten.

Doch lassen wir die „Hunnenbriefe“ einmal ganz beiseite, halten
wir uns nur an den Inhalt der Mitteilungen anderer
China-Korrespondenten und solcher Chinarbeiter, die in gut staats-
erhaltenden Blättern unter Bekanntgabe ihres Verfassers ab-
gedruckt worden sind, um uns den Geist der „fast unverständlichen
Humanität“, die die ostasiatische Kriegsführung nach Otto
Graf Rahgah kennzeichnet, ein wenig deutlicher vor Augen zu
fassen.

Da schrieb z. B. der Kriegsbefehlshaber der billow-
offiziellen, maßbegeisterter „Römisches Zeitung“:

„Ich habe von Fällen abgelesenen Gerichtsverfahrens
gehört — von den beschuldigten Offizieren selbst gehört — die
bei ruhiger Ueberlegung wohl einen andern Ausgang
gefunden hätten. Aber es scheint, als ob die unerhörte Ver-
wüstung Tientsins, die Tientsin und alles andere
weit, weit hinter sich läßt, nicht ohne bedenklichen
Einfluss auf den Seelenzustand derer bliebe,
die in dieser granzuständigen Umgebung leben müssen.
Der auf Sturm — sei es nun russisch, deutsch,
französisch, hindustanisch oder japanisch —
nicht steht, wird abgeschossen. Der tägliche Anblick ver-
worfener aufgebundener Menschenleichen, die auf offener Straße
von Ungeziefer zerfressen und von wilden Hunden zerfetzt
werden, kann natürlich auf die Dauer nur abtölpelnd und
verrohend wirken, und die Gelegenheit, Möglichkeit oder
(durch Befehle gegebene) Notwendigkeit, auf wehrlose Menschen

anzulegen, wird nur Ausnahmefällen menschlich feilsch ungeschädigt lassen."

Von der „fast unverständlichen Humanität“ weiß also dieser Kriegsreporter leider nichts zu berichten!

Aus der Kriegs-Berichterstattung der „Frankfurter Zeitung“ erzählt von den Mitleiden eines Chinesen, der auf ihn den Eindruck eines hochintelligenten Mannes gemacht habe, das folgende:

„Der chinesische Gewährungsmann versicherte nämlich auf das positivste, daß die Soldaten Frauen und Mädchen verewaltigt hätten. Ich fragte einen Herrn vom Kriegsgericht, ob er so etwas von deutschen Soldaten für möglich halte, und erhielt leider eine bejahende Antwort. Der Herr äußerte sich sehr bitter über einen Teil der deutschen Reservisten, die zum Teil als Abenteurer nach China gegangen seien, ohne jedes höhere Interesse. Von Offiziersseite wurde mir dies ebenfalls bestätigt, mit dem Hinzufügen, daß diese Leute auch die Disziplin bedenklich gefährdeten. Höchst erfreulicherweise geht man gegen diese Soldaten auf das energischste vor, und zwar ist dies in erster Linie dem Corpskommandeur General von Vessel zu danken, der nicht müde wird, alle Auswüchse bis in die Wurzeln zu verfolgen.“

Nichts weniger als eine „fast unbegreifliche Humanität“ atmet auch folgende Stelle des in der „Ostpreuß. Ztg.“ veröffentlichten Briefes eines Theologen, des Predigants-Kandidaten Erich Braun, die die Behandlung chinesischer Sklaven bei der Verladung des Gepäcks schildert:

Das schlimmste dabei war, daß bei dieser Arbeit mit den Sklaven alles nervös wurde. Da wurde geschimpft, gewettert und mit dem Knüttel dreinschlagen. So ungern man zu diesem Mittel greifen wird, es hilft nicht, mit der Gesellschaft ist anders kaum fertig zu werden.

Das „Gärtner Tageblatt“, amtliches Publikationsorgan, veröffentlicht ein Schreiben des Kanonikers Ernst Deiter; es heißt in ihm:

„Bei einem Gefechte am 6. Oktober war ich auch nicht der Feind, denn ein Bogen, den ich erschoss und der nicht gleich das Leben ließ, wurde durch mein Seitengewehr ins Jenseits befördert. Am 4. Oktober ist ein Gefreiter von uns fast gemacht, warum sollen wir da Rücksicht üben? ... An den Ufern der Flüsse liegen viele Leichen und die Knochen liegen wie die Steine umher. Die Hunde kommen und fressen an den Leiden.“

Ein in den konservativen „Flensburger Nachrichten“ veröffentlichter Brief des Unteroffiziers Wilh. Petersen aus Wandersloh vom 29. November enthält folgende Stelle:

„Die Chöre waren eingesperrt, und mit Hurra ging es ans Werk. Das Schießen wurde eingestellt und mit dem Bajonett mußten wir und den Weg bahnen. Ihr könnt's Euch nicht vorstellen, wie da getobt wurde; ein allgemeines Handgemenge entspann sich — wohl manche Chinesen Seele hat drau glauben müssen. Auf der Mauer suchten die Chinesen zu entfliehen; mancher wurde die 30 Meter hohe Mauer heruntergeworfen und vergaß das Wiederkommen.“

Während herrschte in unserm Lager, trotz der schrecklichen Nachrichten, die man gesehen, ganz vergnügte Stimmung.“

Etwas vom Geiste der Rauhhaushen „fast unverständlichen Humanität“ wird man in diesen traurigen Dokumenten schwerlich entdecken!

Aber Otto Graf Rauhhaus hat dankenswerterweise selbst einige Proben eines fast unbegreiflich humanen Empfindens abgelegt. In einem früheren im „Berl. Ztgbl.“ veröffentlichten Brief gab er von der Todesangst der in eine Kartoffelgrube geflüchteter Weiber folgende „humoristische“ Schilderung:

„Die Sache (die vor Ralte bereits inwischen 'Geschöpfe' herausgezogen) war aber leichter befohlen als gethan. Denn zwei stämmige Artilleristen hatten unter mit Ausbietung aller Kräfte voll auf zu thun, um den in einander verkrüppelten Knäuel zunächst zu entwirren und dann die zappelnde und kreischende Ware Stück für Stück hinaufzuheben, wo sie von herabblühenden Armen in Empfang genommen und ins warme Gefäß wurden. Wer beim Schweinefleisch mal zugegen gewesen ist und das Angstgeschrei des zum Tode verurteilten Vorstentiers gehört hat, kann sich ungefähr eine Vorstellung machen von dem Konzert, welches die holde Weiblichkeit mit Auhang hier aufführte und das noch geraume Zeit andauerte, als sie schon längst in dem ihnen zugewiesenen Raum allein unter sich waren.“

Schon nach diesen wenigen Stilproben wird man die Kronzeugenschaft des Grafen Rauhhaus ebenso zu beurteilen wissen, wie den „fragwürdigen Scherz“ derjenigen, die durch Abbild der „Kulturdokumente“ eine elementarste Kulturpflicht erfüllen zu sollen glauben. Die Ausübung dieser journalistischen Ehrenpflicht hat anscheinend ihren Zweck erfüllt, die Militärbehörden sind mit der erforderlichen Strenge eingeschritten. Besser wäre es freilich gewesen, der Kulturmenschen wäre das beschämende Schauspiel überhaupt erspart geblieben. Die Weltpolitik hat die Verantwortung für die geschehenen und die leider — wie die Kolonialgeschichte beweist — auch in Zukunft unausbleiblichen Unthaten zu tragen!

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Arbeitsvertrag im Berliner Maurergewerbe, wie er nach dem Schiedsspruch des Einigungsamts geändert wurde, ist nunmehr vom Centralverband der Maurer unterzeichnet, von den Unternehmern gegengezeichnet. Den Arbeitern werden Arbeitszettel unterbreitet werden, die eine schriftliche Anerkennung der Vertragsbedingungen enthalten. Da die Lokalorganisation der Vertragschließung abgelehnt hat, wird die Schlichtungskommission, die neun Mitglieder aus Arbeiterkreisen stellen muß, von dem Centralverband der Maurer besetzt werden. Dieser Kommission müssen zunächst alle Streitigkeiten unterbreitet werden.

Ueber die Lage des Berliner Arbeitsmarktes im Monat März erstattet der Centralverein für Arbeitsnachweis folgenden Bericht: Nach den Angaben aus 68 Arbeitsnachweisen gestaltete sich die Lage des Berliner Arbeitsmarktes im Monat März günstiger als im Februar. Die Zahl der verlangten Arbeitskräfte ist absolut und relativ gewachsen. Auch im Centralverein wurden 500 Stellen mehr gemeldet als im Februar. Trotzdem ist der Unterschied gegen den März vorigen Jahres noch sehr bedeutend. Im März 1900 beliefen sich die gemeldeten Stellen auf 2453, in diesem Jahre aber nur auf 1548. Die Zahl der eingeschriebenen Arbeitsuchenden betrug um diese Zeit 2841 gegen 1811 im Berichtsjahre. Bei den Männern gestaltete sich das Vermittelungsgegesch ebenfalls lebhafter, bei dieser Abteilung kann ein Plus von 523 offenen Stellen verzeichnet werden; auch bei den Klempnern und Schlossern ist eine kleine Steigerung der gemeldeten Stellen eingetreten; dieselbe Erscheinung macht sich auch bei der weiblichen Abteilung bemerkbar, vorzüglich ist das bessere Resultat durch die Wuchsrinder und Papierbranche hervorgerufen.

Die Abgeordneten-Versammlung des Vereins der Zimmerer beschloß am 3. Mai die Unterstützung der durch die Kaiserliche Gemahrgesetzten mit 66 gegen 10 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen. Alle diejenigen, welche am Montag, den 6. Mai, nicht wieder auf ihre alte Arbeitsstelle zurückkehren dürfen, haben sich im Laufe des Monats im Bureau, Dragonerstr. 15 zu melden. In der Diskussion wurde noch besonders betont, daß der Beschluß des Arbeitgeber-Verbands zum größten Teil seine Wirkung verfehlt habe, da die Aussperrung nur den kleineren Teil der Organisierten betroffen hat, obgleich der größere Teil nicht arbeitet. Die Zahl der als gemahrgesetzten Gemeldeten hat 317 nicht überschritten, dagegen sind Neu-Einstellungen vom Donnerstag ab schon erfolgt.

Zur Mat-Aussperrung ist den hiesigen Unternehmern im Vorgeverbe von der städtischen Verwaltung keine Vergünstigung gewährt worden. Seitens verschiedener Bau-Arbeitgeber, welche städtische Bauten ausführen, war an die Bauverwaltung die Anfrage ergangen, wie sich die Behörde zu einer eventuellen Aussperrung der am 1. Mai feiernden Arbeiter für mehrere Tage stellen würde und ob sie nicht dagegen habe, daß während dieser Zeit die Arbeit auf den städtischen Bauten ganz oder teilweise ruhe. Wie in der Generalversammlung des Verbands der Baugeschäfte Berlins und der Vororte mitgeteilt wurde, hätten die Magistratsbehörden in Berlin und Charlottenburg daraufhin erklärt, daß sie hinsichtlich der Mat-Aussperrungen den Arbeitgebern keine Vergünstigungen gewähren und ihnen in keiner Weise entgegenkommen könnten.

Deutsches Reich.

In Preigwall befinden sich die Zimmerer im Streik. Die Streikenden bitten ihre Berufskollegen, durch die in den Zeitungen erscheinenden Annoncen sich nicht zur Annahme von Arbeit nach Preigwall verleiten zu lassen.

Achtung, Pianofortefischer! Nachdem die Firma Gebr. Zimmermann, Pianofortefabrik, Leipzig-Mölkau, 17. Zusammenfeger wegen Beteiligung an der Kaiserfeier ausgesperrt hat, sucht die Firma in den Tageszeitungen Ersatzkräfte für die ausgesperrten heranzuziehen. Es ist Pflicht aller Pianofortefischer, den Zugang zu obengenannter Firma zu vermeiden.

Ausland.

Streiks in Frankreich im Jahre 1900. Die „Direction du Travail“ des Handelsministeriums veröffentlichte folgende den Streiks über die im Jahre 1900 stattgehabten Streiks. Die 902 Streiks, die insgesamt im Jahre 1900 zum Ausbruch kamen, umfaßten insgesamt 222 714 Streikende (180 591 Männer, 29 753 Frauen und 12 370 Jugendliche); die Zahl der betroffenen Betriebe betrug 10 253. Die Streiks erstreckten sich auf insgesamt 3 760 577 Arbeitstage; davon entfielen 1 115 824 Tage auf 26 767 Personen, die nicht direkt am Streik beteiligt waren. Im Durchschnitt war jeder Streikende 11 Tage ausständig.

Von den einzelnen Industrien ist die Textilindustrie der Zahl der Streiks nach am stärksten beteiligt, nämlich mit 26,2 Proz. Sodann folgen das Berg- und Hüttenwesen mit 11,8 Proz., Transport mit 14,2 Proz. Nach der Zahl der Beteiligten kommt ebenfalls die Textilindustrie mit 22,2 Proz. an erster Reihe; sodann folgt der Bergbau mit 18,8 Proz. und das Transportgewerbe mit 21,2 Proz.

Das Streikobjekt war in 64,3 Proz. das Verlangen nach Lohn-erhöhung, in 7,3 Proz. handelte es sich um Abwehr von Lohn-reduzierung, Arbeitszeitverkürzung 11,1 Proz., Lohnauszahlungs-tragen 6,3 Proz., Arbeitsvertrag 4,6 Proz., Abschaffung der Stütz-arbeit 2,9 Proz., Werkstattdrängung 4,6 Proz., Abschaffung der Strafen 4,1 Proz., Verabschiedung oder Wiedereinstellung von Arbeitern, Aufheben, Direktoren usw.: 21,4 Proz., Verlangen nach Ent-laffung von Frauen 0,8 Proz., Verminderung der Löhne 0,1 Proz., Unterstützungsanstalten 4,8 Proz., verschiedene Gründe: 4,8 Proz.

Was die Erfolge anlangt, so haben 203 Streiks mit 24 216 Personen für die Arbeiter erfolgreich geendet; 390 Streiks mit 140 358 Teilnehmern endeten durch Vergleich; 337 Ausstände mit 58 140 sind verloren gegangen. — In 552 von den 902 Streiks waren die Arbeiter sämtlich oder teilweise organisiert, 23 Arbeiter-organisationen entstanden während oder kurz nach dem Ausstande.

631 Streiks beschränkten sich auf je ein Establishment, 91 auf 2—5, 53 auf 6—10, 73 auf 11—25, 31 auf 26—50, 15 auf 51—100 Betriebe. Folgende Streiks erstreckten sich auf mehr denn 100 Betriebe: Der Baderstreik von London 110; Lokführer in Nordsee 250; Bogenlader in Paris 350; Zillweber in Calais 380; Schuhmacher in Marseille 550; Bäcker in Marseille 700; Wäcker und Bleicher des Seinedepartements 812; Frachtführer von Marseille 2500.

Dauer der Streiks. 579 haben je eine Woche oder weniger gedauert, 8 Ausstände dauerten 100 Tage und mehr.

Finnlands schwedischer Arbeiterverband hielt kürzlich seine zweite Jahresversammlung ab. Im letzten Jahre hat der Verband außerordentlich gute Fortschritte gemacht, was sich unter anderem auch in dem Aufschwung zeigt, den die Zeitung „Arbetaren“, das Organ der schwedisch sprechenden Arbeiter Finnlands, genommen hat.

Da in letzter Zeit der Bildung von Arbeitervereinen seitens der Behörden größere Schwierigkeiten bereitet werden, wurde beschlossen, auch Organisationen finnischesprechender Arbeiter als Abteilungen in den Verband aufzunehmen, wodurch der Verband zweisprachig wird.

Am Abend fand eine Festlichkeit statt, bei der auch mehrere männliche und weibliche Vertreter der finnischen Arbeiterorganisationen Anwesenheit nahmen und das Ganze gestaltete sich zu einem Verbrüderungsfest, auf dem nicht ein Schimmer von den Sprachstreitigkeiten zu spüren war, die die bürgerliche Gesellschaft Finnlands entzweit.

Aus Rußland. In Ojelski stießen 130 jüdische Arbeiter und Arbeiterinnen der Cigarettenfabrik von Janowitsch; sie verlangten eine Erhöhung des Lohnes um 1/2 Kopeken (etwas über 1 Pfennig) für 100 Stück Cigaretten. Der Streik endete mit einem Siege der Arbeiter. In Wilna streikten 200 jüdische „Tondett-Schneider“ (Schneider, die auf Magazin arbeiten); sie fordern eine Lohn-erhöhung und Beteiligung der Zwischenmeister. In Siedletz streikten 50 Porzellanarbeiter, auch sie fordern eine Lohn-erhöhung von 65 Kopeken (1,40 M.) die Woche.

Sociales.

An Milzbrand-Vergiftung starb im Rürnberg Krankenhaus eine Heimarbeiterin einer Wäsche- und Wurstfabrik. Ein drei Monate altes Kind, das die Arme an der Brust nährte und an dem sich verdächtige Symptome zeigten, wurde unter ärztliche Beobachtung gestellt. In Schopfloch, wo die Vereinigten Wäsche- und Wurstfabriken eine Fabrik unterhalten, erkrankte eine Arbeiterin ebenfalls an Milzbrandvergiftung, wurde aber durch rasches Eingreifen des Arztes außer Gefahr gebracht. In beiden Fällen erfolgte die Ansteckung durch Ziegenhaare, für die kein Desinfektionszwang besteht. Ärztliche Autoritäten hatten seiner Zeit erklärt, daß Ziegenhaare nicht mit Milzbrandsporen befallt sein können. Das Gegenteil ist hier erwiesen.

Versammlungen.

Lichtenberg. In unserm sich immer mehr zum Industriecorridor entwickelnden Vorort Berlins fand am 1. Mai im Saal der „Seeterrasse“ zum erstenmal eine Maidemonstration der Gewerkschaften statt, die von 807 Personen besucht war. Mit regem Interesse folgte die Versammlung den trefflichen Ausführungen des Genossen Stadthagen und nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die Versammelten geloben auf neue, den Kampf für den Achtstundentag, für Arbeiterschutz, für die Organisation der Arbeiterklasse, für ihre Befreiung durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und gegen die Ausbeutung in jeder Form, für den Völkerefrieden durch Verbrüderung der Arbeiter aller Länder, gegen den Kapitalismus und seine Folgeerscheinungen zu führen.“

Sie sprechen ihren Absichten gegen die Grenz in China, Afrika und Rußland und ihre volle Sympathie mit den Opfern der herrschenden Gesellschafts- und Unterdrückungs-Ordnung am heutigen Weltfeiertag der Arbeit aus.

Erfolglosigkeit der Schanhsi-Expedition.

Unser Feststellung der Ueberflüssigkeit und Erfolglosigkeit der Schanhsi-Expedition, die selbst die von christlicher Liebesbrunst überfliegenden deutschen Blätter in einen wahren Siegeslaurel versetzt hatte, ist jetzt ein Zeuge erstanden, dessen Anerkennung deshalb um so wichtiger ist, als sie die militärische Kritik eines Militärs darstellt. Während

wir die Schanhsi-Expedition als erfolglos bezeichneten, weil sie selbst den glänzendsten Augenblickserfolg voraussetzt, an der militärischen Gesamtlage nicht das mindeste ändere und auf die Entwicklung des chinesischen Abenteuers höchstens insofern von Einfluß sein könne, als sie die Animosität der übrigen Mächte gegen das deutsche Oberkommando zu steigern im Stande sei, führt der militärische Sachverständige sogar den Nachweis, daß nicht einmal von einem wirklichen Augenblickserfolg die Rede sein könne.

Geben wir demselben, einem „alten preussischen Offizier“, selbst das Wort, indem wir die in Frage kommende Stelle aus seinem in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichten Artikel wiedergeben:

Was den Erfolg der deutschen Truppen selbst anbetrifft, so wird wohl kein Zweifel darüber bestehen haben, daß es diesen Truppen gelingen würde, die Chinesen aus ihren Stellungen zu vertreiben. Die deutschen Soldaten werden viel mehr nur eins befürchtet haben, nämlich, daß sich die Chinesen rechtzeitig zurückziehen könnten, und daß man auf diese Weise um einen Kampf käme. Daraus erklärt sich denn auch einzig und allein, daß man den Franzosen weglief. Nun, man hat erreicht, was man wollte. Man hat die Chinesen eingeholt und einen blutigen Sieg erzwungen. Ob aber die erbeuteten Gefschütze alter und neuer Konstruktion — der Chinesen läßt fast immer seine Geschütze im Stich — den Menschenverlust aufwiegen, das ist eine Frage, die ich nicht unbedingt mit ja beantworten möchte, da durch den sofortigen Rückmarsch den Chinesen Gelegenheit geboten ist, die geräumten Stellungen wieder einzunehmen. Man kann sich freilich diesen eiligen Rückmarsch aus Mangel an Lebensmitteln erklären. Die in China zurückgelassenen Streifen sind so groß, der Rückmarsch von Peking durch die mangelhaften Wege so erschwert, daß für jede Expedition, selbst wenn sie in Gegenden geht, wo man hoffen darf, mit Erfolg requirieren zu können, doch ein ganz unverhältnismäßig großer Train fast unvermeidlich ist.

Eigentümlicher als der Rückmarsch selbst berührt meines Erachtens die militärische Meldung, daß den Franzosen, zur Deckung der Pläne der zurückgehenden Deutschen, ein längerer Verweilen in ihrer Stellung anbefohlen sei, weil die Franzosen beim Kampfe selbst nicht Gelegenheit gehabt hätten, an den Feind zu kommen. Das klingt so, als ob man den Chinesen zutraute, daß sie die zurückgehende Expedition zu verfolgen versuchen würden. Hat man das aber tatsächlich erwartet, so ist für jeden Kenner chinesischen Militärs damit zweifellos festgestellt, daß die chinesische Niederlage in den Schanhsien sicherlich keine gründliche gewesen sein kann. Chinesische Truppen pflegen jedes Zusammentreffen mit einem einmal siegreichen Gegner erfahrungsgemäß gründlich zu vermeiden. Wir sehen aus dem Gefagten, daß die Schanhsi-Expedition in mehr als einer Beziehung eine Kritik herausfordert, und wir können uns deshalb auch eigentlich nicht wundern, wenn die englische Presse — darunter verheißt ich in diesem Fall in erster Linie das „Bureau Reuter“ und die „Times“ — die Expedition höchst abfällig beurteilt.

Die Auffassung des „alten preussischen Offiziers“ wird vollends bestätigt durch Meldungen der englischen Presse aus Peking:

Generalmajor v. Kettler verläßt Peking am 5. d. M. und begibt sich nach Japan. Er sagt, die deutschen Truppen dürften binnen drei Wochen zurückgezogen werden. Man glaubt, die Chinesen seien bereits in die Wege zurückgeführt, aus denen sie soeben vertrieben worden waren. Die französischen Truppen dürften demnach aus Peking zurückgezogen werden und es dürften nur einige Compagnien zum Schutze der Eisenbahn zurückgelassen werden.“

Daß Russ Truppen wirklich gesprengt worden seien, behaupteten ja selbst die deutschen Siegesberichte nicht. Man halte dieselben lediglich über die große Mauer hinaus zurückgezogen, ihnen einen „Denkzettel“ gegeben. Dieser „Denkzettel“ war derart, daß man sich der französischen Truppen zu einer Plankendeckung bei dem alsbald angetretenen Rückmarsch nach Peking bedienen zu müssen glaubte, daß man also mit der Möglichkeit rechnete, die soeben in die Pläne gehauenen Chinesen würden dreist genug sein, dem mit seiner Vorbeereife heimkehrenden Sieger gegenüber die Offensive zu ergreifen. Der „Denkzettel“ ist ferner so nachhaltig gewesen, daß man annimmt, die geschlagenen Truppen Russ hätten sofort nach Abzug der Deutschen ihre alten Stellungen wieder eingenommen! So schrumpft also auch dieser Renommierkrieg unserer Truppen, was seinen Effekt anlangt, zu einem völligen Nichts zusammen.

Rußland verlangt Kompensationen.

und zwar Kompensationen für seine Anwesenheit der Mandchurien! Ueber diesen neuesten blutigen Biß Rußlands wird dem „Standard“ unterm 2. Mai aus Shanghai telegraphiert:

Hier verlautet, Rußland habe als Kompensation für die Beilegung der chinesischen Regierung, das Mandchurien-Abkommen zu unterzeichnen, von China folgendes verlangt:

1. Grenzberichtigung zwischen Rußland und dem russischen Gebiet;
2. Abtretung eines Gebietsstreifens im westlichen Tibet;
3. eine Konzession für die Ausbeutung der Goldminen südlich des Amur.

Welcher Hohn: Rußland verlangt die Abtretung der Mandchurien durch einen Friedensvertrag. China wird von den übrigen Mächten gezwungen, in diese formelle Abtretung der Mandchurien nicht zu willigen. Rußland erklärt hierauf, daß es trotzdem die Mandchurien annektiere. China muß sich, da ihm ernstlich keine Wahl beizugehen gewillt ist, gefallen lassen. Und nun verlangt, indem der Shanghai-Druckung zu trauen ist, Rußland wegen der Verweigerung des Mandchurien-Abkommens weitere Gebietsabtretungen. Welcher Hohn China abermals, so wird sich Rußland wahrscheinlich ein noch größeres Stück nehmen.

Neue China-Nachschäbe.

Aus Kiel wird gemeldet: Der zur Disposition gehörende Teil des am 5. d. Mts. mit dem Dampfer „Rhein“ ausgehenden Ablosungs- und Transportes für Ostasien ist heute früh in Stärke von 900 Offizieren und Mannschaften mit Sonderzug nach Bremerhaven abgegangen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Brüssel, 4. Mai. (B. G.) Die belgische Hauptstadt wird nunmehr auch einen Sternberg-Prozess bekommen. Die Polizei verhaftete nämlich eine in dem vornehmsten Viertel der Stadt wohnende Witwe, Mutter dreier umhänbiger Kinder, welche, angeblich aus Rot, unter dem Deckmantel eines Vermittelungsbureaus junge Mädchen mit Herren der besseren Gesellschaft zusammenbrachte. Infolge Anzeige der Nachbarn wurde das Treiben der Witwe aufgedeckt, welches in den vornehmen Kreisen Brüssels große Entrüstung hervorrief.

Jacksonville (Florida), 4. Mai. (W. T. U.) Der durch die gestrige Generalbrand in Wische gelegte Stadtteil ist etwa zwei Meilen lang. Viele städtische Gebäude sind zerstört. Der Bürgermeister veranschlagt den Schaden auf 15 000 000 Dollar, 10 000—15 000 Menschen sind obdachlos. Es sind viele Hagelstfälle vorgekommen. Militär ist aufgestellt, um Plünderungen zu verhindern.

Reichstag.

88. Sitzung vom Sonnabend, den 4. Mai 1901; nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Söller, v. Posadowsky.

Zunächst wird die Vorlage betr. Verordnung der Kriegsinvaliden in dritter Lesung ohne Debatte auf Antrag des Abg. Graf Drölla (nall.) en bloc angenommen. Ebenso in der Gesamtabstimmung.

Es folgt die dritte Beratung des Unfallversicherungsgesetzes für Beamte und Personen des Soldatenstandes.

In der Generaldiskussion wird das Wort nicht verlangt. Es folgt die Spezialdiskussion.

§ 1 bis 2 werden debattiert.

§ 3 bleibt Bestimmungen über die Berechnung der Rente. Nach Absatz 1 soll, wenn das jährliche Dienstverdienst nicht den dreifachen Betrag des für den Beschäftigungsort festgesetzten ordentlichen Tagelohns erwachsener Tagelöhner erreicht, dieser Betrag der Berechnung zu Grunde gelegt werden.

Abg. Dr. Oppergelt (C.) beantragt einen Zusatz, wonach, wenn der nach Absatz 1 zu Grunde zu legende Betrag hinter dem Jahres-Arbeitsverdienst zurückbleibt, den während des letzten Jahres vor dem Unfall Personen bezogen haben, welche mit Arbeiten derselben Art in demselben Betriebe oder in benachbarten gleichartigen Betrieben beschäftigt waren, dieser Jahresarbeitsverdienst der Berechnung zu Grunde zu legen ist. Der 1500 M. übersteigende Betrag soll nur zu einem Drittel zur Berechnung kommen.

Abg. Dr. Oppergelt (C.):

Unser Antrag befähigt die Gärten, die Absatz 1 zur Folge haben könnte, wenn ein Arbeiter während seiner Dienstzeit nach einem Orte kommandiert wird, wo der ordentliche Tagelohn besonders niedrig ist, und hier im Betriebe verunglückt. Die Fassung des Antrags schließt sich eng an das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz an.

Abg. Söller (C.):

Ausreichend wäre die Unfallversicherung erst dann, wenn die Arbeiter, die während des Militärdienstes verunglücken, dieselbe Entschädigung erhalten, die sie in ihrer Heimat bezogen hätten, wenn sie in einem Privatbetriebe verunglücken. Das wollte unser Antrag in der zweiten Lesung. Der jetzt vorliegende Antrag Oppergelt geht nicht so weit. Auch nach ihm wird der Lohn der Rentenberechnung zu Grunde gelegt, der dort ordentlich ist, nach dem der Betreffende zu fällig abkommandiert wird. Eine Verbesserung der Kommissionsfassung gegenüber bedeutet der Antrag Oppergelt immerhin.

Generallieutenant v. Viebahn:

Die Tendenz des Antrags geht dahin, eine neue Befreiung derjenigen Mannschaften in der Unfallversicherung herbeizuführen, welche in Betrieben tätig sind, gegenüber der Versorgung der Mannschaften, welche mit der Waffe in der Hand ihren Dienst thun. Aus diesem Grund muß seitens der Militärverwaltung dem Antrag entschieden widersprochen werden. Die Annahme desselben würde nur der Neuordnung der Pensionsgesetze erhebliche Schwierigkeiten in den Weg legen. Es kommt doch nicht so sehr auf diejenigen an, die die Stiefel und die Waffen machen, sondern auf diejenigen, die in den Stiefeln und mit den Waffen gegen den Feind marschieren. Die letzteren dürfen auf keinen Fall schlechter gestellt werden.

Abg. Mörike-Deffau (W.D.):

Der Antrag Abrecht aus der zweiten Lesung hätte zur Folge gehabt, daß zwei Soldaten, die in demselben Betriebe verunglücken, eine ganz verschiedene Rente bezögen, je nach dem Lohne, den sie in ihrer Heimat bezogen hätten. Diese Ungleichheit befähigt den Antrag Oppergelt. Für eine Verbesserung der Militär-Pensionsgesetze werden wir gern eintreten, das kann uns aber nicht abhalten, schon bei dieser Gelegenheit eine tatsächlich bestehende Ungerechtigkeit zu beseitigen.

Geheimrat Caspar bittet gleichfalls um Ablehnung des Antrags Oppergelt.

Abg. Wollenbuhr (C.):

Wenn die Hauptpersonen beim Militär die sind, die die Waffen tragen, so sollte man doch die anderen Nebenpersonen überhaupt nicht einziehen. Wenn man das aber tut, muß man ihnen auch, wenn sie verletzt werden, die gleiche Entschädigung zahlen, die sie im Privatbetriebe bekommen hätten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie gesagt, wir halten den Antrag Oppergelt für besser wie das Gesetz und werden für ihn stimmen.

Abg. Hofmann-Dillenburg (nall.) bittet um Ablehnung des Antrags Oppergelt. Eine praktische Bedeutung würde er ohnehin nicht haben, da nur ganz wenige Fälle derart jährlich in Betracht kommen.

In der Abstimmung wird hierauf der Antrag Oppergelt angenommen; ebenso § 3 in der so erweiterten Fassung. Der Rest des Gesetzes wird debattiert, genehmigt, und die Vorlage auch in der Gesamtabstimmung angenommen.

Es folgen Petitionen.

Eine Petition verlangt Abänderung des § 66 des Wörfengesetzes in dem Sinne, daß bei Vermingelungen von Personen, welche nicht ins Wörfen- oder Handelsregister eingetragen sind, die bestellte Sicherheit und die abgegebenen Schuldanerkenntnisse durch das Gesetz für rechtsverbindlich erklärt werden.

Abg. Wallendorf (C.) beantragt Absehung der Petition von der Tagesordnung, weil der Referent nicht anwesend ist.

Abg. Wülfing (nall.): Die Sache ist so oft verhandelt worden, daß wir auch ohne Anwesenheit des Referenten in die Besprechung eintreten können, aber wir wollen uns doch dem Antrag auf Absehung nicht widersetzen, da mit Sicherheit zu erwarten ist, daß die Regierung die schleunigste Initiative zur Abänderung des § 66 des Wörfengesetzes ergreifen wird.

Abg. Mörike-Raiserslautern (W. D.): Auch wir haben nichts gegen die Absehung, aber nicht in der Erwartung des Abg. Wülfing, sondern in einer ganz anderen Erwartung.

Die Petition wird hierauf von der Tagesordnung abgesetzt.

Eine Petition betreffend Abänderung des Vogelstuhlgewetzes wird ohne Debatte gemäß dem Antrag der Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Ebenso eine Petition betreffend den Schutz deutscher Interessen im Ausland.

Eine Petition betreffend die gewerblichen Verhältnisse der Bahnkassierer beantragt die Kommission ebenfalls durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen.

Abg. Dr. Endemann (nall.) beantragt, die Petition dem Herrn Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Ferner beantragt die Kommission eine Petition betreffend Regelung der Arbeiterverhältnisse im Gastwirts-gewerbe dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Hosenberg (Welle):

Das Beste wäre, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, aber ich möchte einen solchen Antrag nicht stellen. Es ist ersichtlich, daß alle Parteien den Forderungen der Gastwirtsgehilfen ihr Interesse entgegenbringen. Die Gastwirtsgehilfen haben erkannt, daß sie sich nicht allein auf Staatshilfe verlassen dürfen, sondern daß es auch auf die Selbsthilfe ankommt. Ihre Organisationen wirken nach dieser Richtung. Der Verband der Gastwirtsgehilfen ist ja ausgesprochen sozialdemo-

kratisch, aber es giebt andre Verbände, wie den Deutschen Kellnerbund, die auf rein gewerkschaftlichem Boden stehen und mit der Parteipolitik nichts zu thun haben wollen. Sie fordern unter andern den Befähigungsnachweis für ihre Mitglieder und stellen Forderungen auf, die dem sozialdemokratischen Programm durchaus widersprechen. Ich möchte besonders die Herrn vom Centrum und von der Rechten auf diese Verbände hinweisen. Denn wenn ihren berechtigten Wünschen nicht entgegengekommen wird, so liegt die Gefahr nahe, daß sie ins sozialdemokratische Lager übergehen. Ferner möchte ich darauf hinweisen, daß Staat und Gemeinde bei der Regelung der Verhältnisse der Gastwirtsgehilfen mit gutem Beispiel vorangehen können. Leider ist das jetzt nicht der Fall. In den Restaurationen der Bahnhofe herrschen noch vielfach außerordentlich schlechte Verhältnisse, und in der Berliner Rathhausrestauration z. B. waren die Schlafräume früher wenigstens ganz ungenügend. An die Regierung möchte ich die dringende Bitte richten, daß sie mit den in Aussicht gestellten Bundesrats-Verordnungen recht bald kommen möge, und daß etwas ordentliches geschieht.

Abg. Wollenbuhr (C.):

Schon vor einem Jahrzehnt, als hier die Verhältnisse, die im Gastwirtsgehilfenstande bestehen, zur Sprache gebracht wurden, hat die Regierung diese Verhältnisse anerkannt und versprochen, durch die Gesetzgebung auf diese Verhältnisse regelnd einzugreifen. Seitdem ist aber weiter nichts geschehen, als daß sich die Kommission für Arbeiterstatistik mit der Frage befaßt hat. Ihre Untersuchungen haben ergeben, daß die Verhältnisse nicht nur in Privatgastwirtschaften und in Lokalen bestehen, die von öffentlichen Behörden an Private vermietet werden, sondern auch in Gastwirtschaften, die direkt von öffentlichen Behörden verwaltet werden. So haben die himmelschreienden Verhältnisse im Münchener Hofbrauhaus meine Parteifreunde im bayerischen Landtag veranlaßt, die Regierung aufzufordern, dort wenigstens regelnd einzugreifen, aber auch dort ist diese Forderung auf Widerstand gestoßen.

Die Ermittlungen der Kommission für Arbeiterstatistik haben ergeben, daß alles, was über die Dauer der Arbeitszeit usw. behauptet wurde, durchaus richtig war, in vielen Fällen haben sich sogar noch schlimmere Verhältnisse herausgestellt als man erwartete. Nun ist vor kurzem ein Entwurf des Bundesrats veröffentlicht worden. Vielfach herrscht die Meinung, als ob dieser Entwurf infolge einer Bundesrats-Verordnung erlassen werden solle. Nach meiner Meinung ist dagegen die Regelung dieser Materie nur durch eine Novelle zur Gewerbe-Ordnung angängig. Ich will hier nur noch kurz andeuten, in welcher Richtung meine Freunde den Entwurf verändert wissen möchten. Die ganze Grundlage des Entwurfs ist verfehlt, da er sich lediglich mit Kellnern und Köchen befaßt. Dadurch trifft er nur den geringsten Teil des Personals in Gast- und Schankwirtschaften. Zugabe, daß für dieses Personal der Entwurf eine Erleichterung schaffen würde, so wäre damit für die 150 000 Köche, Hausknechte usw., die neben den 100 000 Kellnern und Köchen im Gastwirtsbetriebe in Betracht kommen, nichts gethan, und gerade diese bedürften des Schutzes am allermeisten.

Unter ihnen befindet sich gerade eine große Anzahl weiblicher und jugendlicher Angestellter unter 18 Jahren. Man behauptet nun für diese könne die Gesetzgebung nicht sorgen, da sich unter ihnen auch eine große Anzahl Dienstmädchen befinden. Die Form des Arbeitsvertrags kann doch aber nicht maßgebend sein. Schließlich könnte ja ein Konfektionsfabrikbesitzer einfach seine Arbeiterinnen als Dienstmädchen annehmen. Eine solche Umgehung des Gesetzes wäre möglich. Hier würde der Gewerbe-Inspektor einschreiten, aber im Gastwirtsgebetriebe könnte eine große Reihe von Arbeiterinnen einfach von Dienstmädchen getrennt werden. Das Reichs-Gesundheitsamt hat anerkannt, daß die Arbeit in den Gast- und Schankwirtschaften eine überaus ungesunde ist, und daher ist es die Aufgabe der Gesetzgebung, hier vorab eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Söller (C.):

Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich dem Beschluß der Kommission anzuschließen. Meine Freunde wünschen dringend eine Regelung der Verhältnisse im Gastwirtsgebetriebe. Das Entscheidende ist für uns der Inhalt; ob die Regelung durch Bundesrats-Verordnung oder Gesetz geschieht, erscheint uns nebensächlich. Wenn allerdings die Sonntagruhe im Gastwirtsgebetriebe geregelt werden sollte, und das ist dringend notwendig, wäre der Weg der Gesetzgebung der einzig mögliche. — Was sonst den Entwurf des Bundesrats anbetrifft, so kann ich mich in Bezug auf die Wegweisung des Schutzes den Ausführungen des Herrn Vorredners im allgemeinen anschließen. Zu weit würde es allerdings gehen, auch alle Dienstmädchen unter die Neuordnung einzubeziehen.

Damit, daß eine Person ein Dienstmädchen erhält, wird sie übrigens nicht etwa zum Beispiel aus einer Kellnerin ein Dienstmädchen. Darin irrt der Herr Vorredner, hier entscheiden die besonderen Verhältnisse. — Ich hoffe, die Regierung wird recht bald zum Abschluß ihrer Erwägungen kommen; eine Novelle zur Gewerbe-Ordnung wird ja ohnehin sehr bald nötig werden.

Damit schließt die Diskussion. Das Haus beschließt dem Antrag der Kommission gemäß.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr (Weingese).

Schluß 3/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Dem Bundesrat ist im Originaltext und in Uebersetzung zugegangen: 1. die von mehreren Staaten zu Paris am 20. März 1883 geschlossene Uebereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums, 2. das dazu verbindliche Protokoll über die Ausgestaltung des internationalen Bureaus des Verbands für den Schutz des gewerblichen Eigentums, 3. die Zusatzakte d. d. Brüssel, 14. Dezember 1900, betr. die Abänderung des Pariser Uebereinkommens, zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung wegen des Beitritts des Reichs zu den genannten Vereinbarungen.

In einer erläuternden Denkschrift wird mitgeteilt, die Vereinigung führe den Namen „Union internationale pour la protection de la propriété industrielle“. Ihr sind folgende Staaten beigetreten: Belgien, Brasilien, Dänemark, Dominikanische Republik, Spanien, Vereinigte Staaten von Amerika, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Norwegen, Niederlande, Portugal, Serbien, Schweden, Schweiz, Tunis. — In Deutschland ist die Bedeutung der Vereinigung von vornherein gewürdigt worden. Wenn das Reich gleichwohl sich zunächst nicht angeschlossen hat, so beruht dies auf der Thatfache, daß einzelne wichtige Bestimmungen des Vertrags mit dem System der deutschen inneren Gesetzgebung, namentlich auf dem Gebiete des Patentrechts, nicht wohl in Einklang zu bringen waren. Deutschland sah sich daher darauf angewiesen, in thunlichster Anlehnung an die Grundgedanken der Union, aber unter Berücksichtigung der bei uns obwaltenden besonderen Einrichtungen und Bedürfnisse, durch Sonderverträge mit einzelnen Staaten einen internationalen Zusammenschluß anzubahnen. Verträge dieser Art sind außer mit Österreich-Ungarn noch mit Italien, der Schweiz und Serbien vereinbart. Während entsprechende Verhandlungen mit andern Staaten schweben, trat innerhalb der Union die Gerechtigkeit hervor, durch Abänderung der für uns nicht annehmbaren Vertragsbestimmungen dem Reich den Beitritt zu ermöglichen. Auf Konferenzen, welche 1897 und 1900 unter Beteiligung von deutschen Delegierten in Brüssel geflogen worden sind, ist eine volle Verständigung er-

reicht worden. Die gewünschten Veränderungen sind in der Zusatzakte vom 14. Dezember 1900 von den Vertretern sämtlicher Unionstaaten angenommen worden. — Zu den Kosten des internationalen Bureaus in Bern wird das Deutsche Reich einen jährlichen Beitrag von etwa 3000 M. zu leisten haben.

Die Stoffsack-Kommission beendete in der Sonnabend-Sitzung die erste Lesung des Stoffsack-Gesetzes. Es wurden die einzelnen Paragraphen nach der Regierungsvorlage angenommen mit der einen Änderung, daß die Steuer statt 80 M. pro Kilo 60 M. und der Zoll statt 8000 M. 6000 M. pro Doppelcentner betragen solle. Die Sozialdemokraten bekämpften natürlich jede Besteuerung des Sochharins, wie sie Tags zuvor in entschiedener Weise sich gegen den § 5 gewandt hatten, der durch die Beschränkung des Verkehrs auch den Verkauf des Sochharins unmöglich macht und es durch die hohe Besteuerung so verteuert, daß, wenn das Gesetz zu Stande kommt, es den ärmeren Klassen unmöglich sein wird, das Sochharin fernhin zu kaufen. Das Centrum hatte erst weitgehende Anträge gestellt, das Gesetz zu verbessern, zog aber dann jedesmal die Anträge zurück und kam so den Forderungen der Regierung und der Agrarier meist entgegen. Eine vom Centrum beantragte Resolution, auch den Kartoffelzucker der gleichen Steuer zu unterwerfen wie den Rübenzucker, wurde gegen die Stimmen des Centrums abgelehnt.

Donstag folgt die zweite Lesung des Stoffsackgesetzes, am Mittwoch wird sich dann die Kommission der Beratung des Branntweinsteuer-Gesetzes zuwenden.

Petitionen. In der letzten Sitzung der Petitionskommission des Reichstags wurde unter andern über eine Petition zum Schutz gegen Straßenbahnen verhandelt.

Der Verband deutscher Lohn-Fuhrunternehmer petitioniert um Ausdehnung der Haftpflicht der Straßenbahnen auf zufällige Sachbeschädigungen. Die Petition weist nach, daß eine Lücke in der Gesetzgebung besteht, die es den Straßenbahn-Gesellschaften ermöglicht, sich der Leistung eines Schadenersatzes für Sachbeschädigungen durch ihre Wagen völlig zu entziehen, sofern sie nur nachweisen können, daß sie bei Auswahl der Angestellten die übliche Sorgfalt haben walten lassen. Die Geschädigten können dann allenfalls gegen den Wagenführer klagen, der sei aber selten in der Lage, eine Entschädigungssumme zu zahlen. So könne es kleineren Fuhrwerkbesitzern passieren, daß sie durch derartige Beschädigungen völlig ruiniert würden. Der Regierungskommissar, Herr Geh. Oberregierungsrat v. Lenth, gesteht die Richtigkeit der juristischen Darlegungen der Petition zu, führt aber an, daß diese Materie bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Landesgesetzgebung vorbehalten sei, da die wirtschaftliche Entwicklung in den verschiedenen Reichsteilen verschiedene Fortbewegungsarten für Straßenbahnen in Vorschlag bringen könne. In Hessen, Braunschweig, Lübeck und einigen thüringischen Kleinstaaten sei auch bereits damit ein Anfang gemacht. Der Referent Lebebour führte dagegen aus, daß es durchaus unangebracht sei, daß die Angelegenheit der Landesgesetzgebung vorbehalten bleibe, weil die Einzelstaaten alles andere eher seien als wirtschaftliche Einheiten und Fortschritte im Verkehrsleben, wenn sie auch irgendwo zuerst eingeführt würden, die Tendenz hätten, sich mit Blüheschnelle über das ganze Reichgebiet auszubreiten. Es würden ganz unhaltbare Zustände sich herausbilden, wenn in den einzelnen Staaten die Frage verschieden geregelt würde. Er verwies nur auf Frankfurt a. M., wo der Verband der Deutschen Lohnfuhrunternehmer seinen Sitz habe. In das Stadtgebiet grenze unmittelbar im Norden wie im Süden heftiges Gebiet. Da könne es sehr leicht vorkommen, daß eine Wohngegend, deren Straße dort preussisches und heftiges Gebiet durchschneide, für einen auf letztem Gebiet angerichteten Schaden haftbar sei, während sie zehn Schritt weiter auf preussischem Gebiet frei ausginge. Da schließlich die Forderung durchaus begründet sei, empfehle er, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Unterföhl wurde der Antrag vom Abg. Thiele (C.) durch den Hinweis darauf, daß bisher nur kleinere Staaten an die landesgesetzliche Regelung der Frage herangegangen seien, während das Bedürfnis gerade in den größeren Staaten fast hervortrete. Die Berücksichtigung dränge sich da auf, daß es dem Einfluß der großen Straßenbahn-Gesellschaften — er erinnere nur an die „Große Berliner“ — gelingen könnte, eine befriedigende Regelung der Sache zu hinterziehen. Von anderer Seite wurden sachliche Gründe gegen die Petition gar nicht geltend gemacht, die Vertreter des Centrums, der Konservativen und Nationalliberalen wollten aber an dem bestehenden Rechtszustande, der die Sache den Einzelstaaten überweist, nicht gerüttelt wissen und stimmten deshalb für einen Antrag auf „Erwägung“, während der Antrag des Referenten auf Berücksichtigung außer den sozialdemokratischen nur die Stimmen eines Antisemiten erhielt.

Ueber die Maifeier im Ausland.

liegen uns nach folgende Berichte vor:

Belgien. In Brüssel war des Morgens um 10 Uhr eine Massenversammlung auf dem „Grand Place“ abgehalten, zu der sich einige Tausend Personen eingefunden hatten. Nachdem die Genossen Vandervelde und Van Zoo Ansprachen gehalten hatten, zogen die Teilnehmer gruppenweise ab nach den Vororten. Um 7 Uhr abends formierte sich der Demonstrationzug auf den äußeren Boulevards. An der Spitze marschierte das Gewerkschafts-Komitee mit einem großen Transparent mit der Aufschrift „May für das Volk!“ Sodann folgten die Deputierten. Hieran schlossen sich die Partei- und die Gewerkschaftsgruppen mit ihren Bannern und Transparenten; die Transparente, die zum Teil wahre Kunstwerke darstellten, enthielten Inschriften, die sich auf den Achtungstag, die Mission des Proletariats usw. bezogen. Auch eine Frauen- und eine Kindergruppe marschierten im Zuge mit. Der Demonstrationzug wurde auf dem ganzen Wege durch bengalische Feuer beleuchtet und Tausende von Menschen bildeten Spalier. Um 10 Uhr trat der Zug im „Maison du Peuple“ ein. Die Straßen in diesem Viertel waren glänzend illuminiert. Hier schloß das Fest mit einer Rede des Genossen Vandervelde.

In Antwerpen, in Gent und Lüttich fanden des Morgens Umzüge statt, an denen sich Tausende beteiligten. Am Abend wurden Versammlungen abgehalten, an die sich Festlichkeiten anschlossen. An der Arbeitstische beteiligten sich mehr, denn in früheren Jahren.

Ueber die Feiern in Italien wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben: Wo die Arbeiter Italiens den Tag gefeiert haben — was nur in beschränktem Umfang geschehen ist — ist die Maifeier geordnet und ruhig verlaufen. Mit ganz unbedeutenden Ausnahmen hat die Polizei, die angewiesen war, den Versammlungen, Meiden und friedlichen Kundgebungen kein Hindernis in den Weg zu legen, nirgends Ursache zum Einschreiten gefunden und gewiß hat zur Vermeidung auch geringfügiger Zusammenstöße und zur beinahe durchweg sehr friedlichen und gemäßigten Haltung der Volkstheiler und ihrer Führer die behördliche Duldung sehr viel beigetragen. Die Massen wollten, daß diesmal dem freiesten Ausdruck ihrer Gefühle und Wünsche kein Hindernis entgegengesetzt und daß nur gegen thätliche Gewaltthaten und Ordnungstörungen eingeschritten werden würde, und dies hat genügt, um sie mehr als sonst in Schranken zu halten.

England. Die Londoner Parteigenossen hatten den „Arb. Hall-Ball“, ein Riesentabernakel außerhalb Londons, gemietet. Schon in den frühen Morgenstunden trafen die Festteilnehmer gruppenweise dort ein. Auch eine Anzahl der „neuen“ Trade-Unions waren mit ihren Fahnen zur Stelle. Zwei Plattformen waren

errichtet, von denen herab Ben Tillet, Pete Curran, Frau Gray, Quetch, Louise Michel und andre Ansprachen hielten. Eine Resolution, in welcher die Solidarität mit dem Proletariat aller Länder betont wird, und welche die Forderungen der englischen Genossen an die Regierung enthält, findet einstimmige Annahme. — Für Erwachsene und Kinder sind allerlei Spiele, Konzert usw. arrangiert. Des Abends fand in der großen Halle eine Festversammlung statt, in welcher Geo. Barnes, Sekretär der Vereinigten Maschinenbauer, präsidiert. Er äußert seine Befriedigung über die Beteiligung der jüngeren Trade-Unions und hofft, daß auch die alten Gewerksvereine diesem Beispiele nach folgen werden. Nach ihm sprechen Macdonald, Bolshorsky (für Rußland), Vintel (für Belgien), Potteker (für Deutschland), Hyndman usw. Namens der sozialdemokratischen Partei der Vereinigten Staaten Nordamerikas sprach Alfred Hicks über die großen Erfolge der Partei bei der Verfassung und den voraussichtlich noch größeren für die kommenden Präsidentenwahlen, — unter den Ansprüchen der bevorstehenden Partei-Einigung drähen.

In dem großen Theateraal des Krystall-Palastes kam Gerhard Hauptmanns Drama „Die Weber“ zur Aufführung und machte einen großen Eindruck auf die Massen. — Im ganzen haben in diesem Jahre 10 000 Personen an der Feier im Krystall-Palast teilgenommen.

In Dänemark, besonders aber in Kopenhagen gestaltete sich die Maifeier zu einem allgemeinen imposanten Volksfest. Ein großartiger Demonstrationszug bewegte sich am Nachmittag durch die Straßen der Hauptstadt; Guelanden waren angebracht zwischen den Häusern und von manchen Fenstern wurden Blumen herabgestreut auf die massigen Arbeiter. An der Spitze des Zuges marschierten J. Jensen und Weber Knudsen als Repräsentanten der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung. Im Zuge bemerkte man viele Fahnen und Embleme, teils als Protestkundgebungen, teils als Sinnbilder der Macht der Organisation. So trugen die Vertreter der Kriegsmarine ein großes Tuch, auf dessen Mitte ein mächtiges Kriegsschiff abgebildet war mit der Aufschrift: „Der Staat hat 7 Millionen dazu gebracht, aber die Arbeiter kriegen keine 2,40 Kr.“ Die Kutscher trugen ein Bild, auf dem man zwei Pferde töpfe gewahrte, die einem organisierten, wohlgeordneten und selbstbewußten Kutscher zuzuschauen, dann zwei andre Pferde, die recht betrübt einen andern unorganisierten, verhungert und elend aussehenden Kutscher anblicken, der Hut und Peitsche verloren hat. — Der Zug marschierte hinaus nach „Ballede“, wo Massenversammlungen stattfanden. Ein Besuch „Frederiksborg-Garten“ und „Sondermarken“, wo die Heilsarmee, die „Innere Mission“ und die „Liberale Wählervereinigung“ Feste und Versammlungen abhalten dürfen, für das Maifest freigegeben, war vom Minister Juul-Nielsen abschlägig beschieden worden. Nachdem der Zug vorüber war, war die Stadt wie ausgetrocknet.

In Schweden war die Beteiligung an der Maifeier diesmal sehr stark. In Stockholm beteiligten sich an dem großartigen Demonstrationszug ca. 18 000 Personen, darunter auch viele Frauen, und bei den Massenversammlungen waren sogar 80 000 Menschen anwesend. Auch in vielen andern Städten des Landes wurden große Umzüge veranstaltet; in Göteborg zählte man 5000 Teilnehmer mit 47 Fahnen und 8 Musikchören, in Malmö 6000 und in Gefle 8000 Teilnehmer.

Auch in Norwegen beteiligte sich eine große Anzahl Arbeiter an der Maifeier. In Christiania wurde die Feier dadurch eingeleitet, daß das Musikkorps des sozialdemokratischen Vereins morgens um 6 Uhr vom Dach des Arbeiterhauses aus den Sozialistenmarsch und andre Musikstücke vortrug, wozu sich ein zahlreiches Publikum eingefunden hatte. An dem Demonstrationszug nahmen etwa 5000 Personen teil, 61 Vereine mit 17 Musikchören. In Bergen zählte der Zug 1000 Teilnehmer, in Trondhjem 900, in Kristiansand 600, und auch in mehreren andern kleineren Städten fanden Demonstrationen unter verhältnismäßig zahlreicher Beteiligung statt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Den Mitgliedern der Lokalkommissionen Berlins und der Umgegend zur Nachricht, daß am Sonntag, den 12. Mai, die nächste Lokalliste erscheint. Wir ersuchen daher dringend alle Mitglieder, in ihren Kreisen und Ortschaften dafür zu sorgen, daß eine klare und gewissenhafte Liste erscheint. Dies ist um so notwendiger, als die Liste die Leiterin für alle Ausflüge sein soll. Wendenungen über Renaufnahmen resp. Streichungen sind bis spätestens zum 7. Mai an folgende Genossen zu senden. Für Teltow-Bezirk: Hermann Quitt, Rixdorf, Gohrdorfstr. 82, IV. Für Niederbarnim: Paul Kette, Friedrichshof, Dichtenberger Brunn-Allee 20a. Für Potsdam-Ost-Havelland: Albert Reue, Spandau, Jagowstr. 9. Diverse Orte: G. Stein, Briesen a. O., Frankfurtstr. 32. Für Berlin: G. Scholz, Wrangelfstr. 110. — Spätere Einsendungen können nicht berücksichtigt werden.

Zweiter Wahlz. 10. Die Parteigenossen und Genosseninnen werden auf die am 10. Mai, abends 8 Uhr, im großen Saal der Volkshaus, Hübnerstr. 3, stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Das Referat hat Genosse Ed. Bernstein übernommen über das Thema: Der Sozialismus und die Arbeiter in England. Um recht zahlreichen Besuch ersuchen Die Vertrauensleute.

Eingegangene Gelder für das Liebeskuchentanzmal vom 28. April bis 4. Mai 1901:

Wert und Anzahl: Abstellung von Ulrich u. Co. 9,55. Schenkungsfahrt von Schilling 10.—. Arbeiter von Schwedten durch Mey 20,20. Stader 1.—. Meiermann —50. Schleifischer Wilhelm aus Bayern 2.—. A. K. 2.—. Karl Ritt 3.—. A. S., für Mitglieder abschreiben —50. Dem Andenken untes Allen einen Malerges 3.—. Von Patienten der Lungenheilstation aus Grabowsee, durch Karl Richter 14,45. Randstüb 61a Schleier, Gürtelstr. 62, 3.—. Karl Reuter —50. Beitrag 641 8,20. Beitrag 560 4,50. Beitrag 627, 2. Rate bei Lindstedt 7.—. II. Kreis: Jungewohl 5.—. Werstatt Hölzer 6,35. 8. Abteilung durch G. Lindemann 8,40. Brandt 1.—. Durch Friedländer 9.—. VI. Kreis: Organisierte Brauer, Schultze I 9,20. Norddeutsche Säger 10.—. Weiser —30. J. A. J. Farr, Putzstr. 10.

Waldmanns Lust. Der Wahlverein hält am Sonntag bei Ruhn seine Generalversammlung ab. Genosse Karl Lantow spricht über „Wahlsonnen und urchristlichen Kommunismus“. Bericht des Vorstands sowie Neuwahl.

Wilmerdsdorf. Mittwochsabend 8 1/2 Uhr findet die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins im „Volksgarten“, Berlinerstraße 40, statt. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Ing. Grempe über: „Technische Fortschritte im Verkehrswesen“. Gemeinderats-Verordnungen und Abrechnung. Delegiertenwahl zur Generalversammlung.

In Werder stehen jetzt die Lokale von Koch, Fischerstr. 98, und Martin, Kugelweg 58, den Parteigenossen zu Verfügung. Die Berliner Parteigenossen, welche zur Wahlhilfe kommen, wollen diese Mitteilung besonders berücksichtigen. Die Lokalkommission.

Kommunales.

Die städtische Verkehrsdeputation beschloß gestern unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters, sich durch den Stadtrat E. Scholz auf der am 8. d. M. stattfindenden Generalversammlung der Elektrischen Straßenbahn-Gesellschaft (die Siemens u. Halske'schen Linien Behrenstraße-Treptow und Mittelstraße-Pankow), deren Aktien im Besitz der Stadt sind, vertreten zu lassen. Es soll ein neuer Aufsichtsrat, bestehend aus dem Verkehrsinspektor (Stadträte Bohm und Weigert, Magistrats-Meffor Albert und den Stadtv. Dinske, Esmann, Jacobi und Singer) eingesetzt werden, der die Liquidation der Gesellschaft in die Wege zu leiten haben wird. Die Große Berliner Straßenbahn-

Gesellschaft beantragt eine Veränderung der Geleise und Stromzuführungsanlagen in der Friedrich Wilhelmstraße und will hierzu einen 4 Meter hohen Mast aufstellen, der an der Spitze einen 7 Meter weit in die Straße reichende Spannung hat. Der Antrag wurde wegen der ungeschönten das Straßenbild beeinträchtigenden Art des Projekts abgelehnt. Die Große Berliner und die Charlottenburger Straßenbahn-Gesellschaft haben für die Umwandlung des verträglich zu verlaufenden Accumulatorenbetriebs in Oberbetrieb die Stadt zu entschädigen. Es wurde beschloßen, für die Bewilligung der Betriebsänderung — bei der die Gesellschaften erhebliche Vorteile haben — drei Mark pro Jahr und tausenden Meter der statt mit Accumulatoren mit oberirdischer Stromzuführung betriebenen Strecken festzusetzen.

Der Antrag der „Großen“, eine einseitige Straßenbahn durch die Kammerstraße zu führen, wurde unter der Bedingung genehmigt, daß die Gesellschaft der Stadt das unbefruchtete Mitbenutzungsrecht der Straßen Kammer- und Vorhofsstraße zufließt. Der Verlegung der Linien Charlottenburg-Moosmarkt, Halensee-Spittelmarkt und Schöneberg-Schlesisches Thor, die zum Zweck der Entlastung der Leipzigerstraße von der Lützowstraße an eine andre als die bisherige Trasse erhalten sollten, wurde von der Deputation zugestimmt. Diese drei Linien werden für die Folge über den Hasenpflug, Königsgräberstraße usw. den Dönhofsplatz erreichen, wobei die Leipzigerstraße von diesen Linien befreit bleibt.

Der Antrag der „Spree-Havel-Dampfschiffahrtsgesellschaft“ um Ermäßigung der Ankerungsgebühren für die Dampfer-Anlegestellen wurde abgelehnt und der Wunsch ausgesprochen, eine Reform und Verbilligung des Wasserstraßenverkehrs anzubahnen.

Der Antrag auf Einlegung einer Verbindungskurve an der Ecke der König- und Spandauerstraße, von der Großen Straßenbahn gestellt, wurde in Rücksicht auf die dadurch entstehende Beeinträchtigung des Fußgängerverkehrs abgelehnt. Die Charlottenburger Straßenbahn und die Große Berliner beabsichtigen einen Gemeinschaftsbetrieb zur Verlängerung der Linie Charlottenburg-Lützowplatz in das Innere der Stadt Berlin einzurichten und beantragen hierzu die Verbindung ihrer Geleise am Lützowplatz. Die Deputation hat den Antrag genehmigt, aber nur unter der Bedingung, daß auch für die ganze verlängerte Linie der 10 Pfennig-Tarif eingeführt wird. Die Berlin-Charlottenburger Straßenbahn-Gesellschaft hat die Bedingungen, unter denen ihr die Linie Charlottenburg-Bellvue Allee-Königsgräberstraße-Prinz Albrechtstraße-Zimmerstraße-Dönhofsplatz (unbeschränktes Mitbenutzungsrecht) genehmigt ist, angenommen und wird mit dem Bau sofort nach Eingang der staatsbehördlichen Genehmigung beginnen.

Die Endstation der nach Treptow gehenden Straßenbahnen vor dem Jennerischen Lokal ist infolge des überaus starken Verkehrs ungemein belastet und kann bei dem jetzigen Zustand leicht erhebliche Gefahren für das Publikum herbeiführen.

Die zur Beseitigung des gefährlichen Zustands gemachten Vorschläge werden, soweit möglich, von der Verkehrs-Deputation unterstützt werden.

Lokales.

Das Kinderasyl.

In der Rüstfaherstraße steht der Neubau, der das Kinderasyl aufzunehmen bestimmt ist, jetzt endlich fertig da. Die Anstalt soll besonders eine Zufluchtsstätte für Säuglinge sein, die der elterlichen Fürsorge vorübergehend oder dauernd entbehren müssen. In erster Linie wird dabei an aufgeworfene Kinder gedacht, deren Eltern unbekannt und nicht zu ermitteln sind, also an sogenannte Findlinge. Es werden jedoch auch Kinder ehelicher und unehelicher Abkunft berücksichtigt werden, deren Eltern zwar bekannt sind, aber sich aus irgendwelchen Gründen befinden, oder ausgewandert oder verstorben sind. Weiter soll die Anstalt auch solche unehelichen Kinder zur Pflege und Erziehung übernehmen, deren Mütter darum nachsuchen.

Alle diese Kinder konnten auch bisher schon im städtischen Waisenhaus Aufnahme finden. Das Kinderasyl unterscheidet sich aber infolge von dem Waisenhaus, als jenes getrennt ist von der öffentlichen Armenpflege, von der ja die städtische Waisenpflege einen Teil bildet. Das Kinderasyl ist eine Stiftung, hervorgegangen aus einem der Stadt angefallenen privaten Vermächtnis. Aus dem Kapitalvermögen dieser Stiftung ist das Grundstück Rüstfaherstr. 21/22 angekauft und das Haus erbaut worden, aus den Zinsen des Kapitals wird auch die Unterhaltung der Anstalt bestritten. Die Verpflegung und Erziehung auf Kosten der Anstalt hat also für die Kinder oder für deren Angehörige nicht die bekannten Folgen hinsichtlich des Erbschafts bezw. des Waisentums wie die Ueberweisung an die städtische Waisenpflege. Das hindert natürlich nicht, daß die Kinder im Punkte der Pflege usw. genau so wie die städtischen Waisenkinder behandelt werden. Auch für die Verwaltung des Kinderasyls sind dieselben Grundsätze wie für die des Waisenhauses maßgebend, und die Bureauarbeiten beider Anstalten werden sogar gemeinschaftlich durch die städtische Waisenverwaltung besorgt. Es bleibt auch nach den Bestimmungen der Stiftung dem freien Erweisen des Magistrats vorbehalten, eben diejenigen Schritte zu thun, die notwendig sind, um die Persönlichkeit der Erzeuger oder anderer zum Unterhalt der aufgenommenen Kinder gesetzlich verpflichteten Personen festzustellen und diese zur Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten.

Die Stifter des Kinderasyls sind ein Berliner Rentier Friedrich Wilhelm Schmidt und dessen Ehefrau geb. Göbe. Sie hatten durch wechselseitiges Testament vom Jahre 1879 bestimmt, daß, sofern eines ihrer Kinder ohne eheliche Nachkommenschaft sterben sollte, das von diesem Kinde aus dem elterlichen Nachlaß ererbte Vermögen der Stadt zur Errichtung eines „Findelhauses“ zufallen sollte. Nachdem der Rentier Schmidt im Jahre 1879 und seine Frau im Jahre 1887 gestorben war, trat mit dem im Jahre 1890 erfolgten Tode eines unverheirateten gestorbenen Sohns des Schmidt'schen Ehepaars, des Theaterdirektors Gust. Alb. Schmidt, der Erbanspruch an die Stadtgemeinde ein. Die landesherrliche Genehmigung zur Annahme der Erbschaft wurde 1891 mit der Bedingung erteilt, daß die zu errichtende Anstalt nicht ein eigentliches Findelhaus sein und nicht so genannt werden dürfe. Der Magistrat entschied sich dann für den in der Genehmigungs-urkunde vorgeschlagenen Namen „Kinderasyl“. Es scheint, als ob man gegen ein Findelhaus moralische Bedenken gehabt hat. Zudem diesen Bedenken Folge gegeben wurde, ist die Absicht, von der sich die Stifter leiten ließen, zum Teil vereitelt worden. Wenn wir recht unterrichtet sind, so gingen die Stifter von dem Gedanken aus, daß nur durch Schaffung eines wirklichen Findelhauses den Kindesauslegungen und Kindesstiftungen erfolgreich entgegengeordnet werden kann. Das Stiftungsvermögen belief sich auf 1153 000 M., kam aber infolge eines von Schmidt'schen Verwandten gegen die Stadt erfolglos angestrengten Prozesses erst nach einigen Jahren zur Auszahlung. Es wurde noch um 271 000 M. vermehrt durch ein Vermächtnis des im Jahre 1891 verstorbenen Berliner Rentiers Franz Rud. Ed. Wallisch, der sein Vermögen gleichfalls der Stadt zur Errichtung oder weiteren Ausdehnung eines Findelhauses hinterließ. Die Stiftung führt daher den Namen „Schmidt-Wallisch-Stiftung“.

Nach den Satzungen soll das Kinderasyl für die aus seinen Mitteln erzogenen Kinder bis zum 14. Lebensjahre sorgen. Die Anstalt in der Rüstfaherstraße wird aber nur die Kleinsten der

Kleinen beherbergen, die des Schutzes am meisten bedürfen. Sie ist als bloße Durchgangsstation gedacht, so daß, wenn die Verpflegung im Hause selbst nicht mehr notwendig erscheint, die Kinder für Rechnung der Stiftung in Kostpflanze untergebracht werden. Das Haus bietet Raum für 50 Kinder. In der Rüstfaherstraße liegt nur die Hinterfront des nach den Entwürfen des Stadtbaurats Hoffmann als Zubau in gefälligen Formen ausgeführten Gebäudes. Mit seiner Vorderfront grenzt es an den Waldplatz, so daß den Räumern eine reichliche Zufuhr guter Luft gesichert ist. Von der Eröffnung der Anstalt wird eine wesentliche Besserung der Zustände in der städtischen Säuglingspflege erwartet. Wünschenswert ist also ungenügend über die wirklichen Vorkommnisse unterrichtet und die Arbeiter sind auch keineswegs mit den heutigen Bestimmungen zufrieden.

Die Zeitung des Verbands der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter schreibt uns: „Die Direktion der städtischen Wasserwerke behauptete in einer Aufschrift in Nr. 101 des „Vorwärts“, daß bisher den Anträgen der Arbeiterkraft auf Einberufung des Arbeiter-Ausschusses stets Folge gegeben sei. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Erst kürzlich beantragte der Arbeiter-Ausschuss des städtischen Wasserwerks „Am Müggelsee“ die Einberufung einer Sitzung des Arbeiter-Ausschusses. Der Leiter des genannten Werks, Herr Betriebsingenieur Anklam, lehnte jedoch die Einberufung ab. Als die Arbeiterauschuss-Mitglieder seine Stellungnahme und die Bestimmungen des Reglements daher ihm gegenüber abfällig kritisierten, antwortete er: „Wenn ich jedesmal den Ausschuss zum Kommen berufen soll, sobald Sie dieses beabsichtigen, dann könnte es passieren, daß Sie auch die Einberufung verlangen, wenn ich einmal ein schiefes Gesicht gemacht habe.“ — Die Direktion der Wasserwerke ist also ungenügend über die wirklichen Vorkommnisse unterrichtet und die Arbeiter sind auch keineswegs mit den heutigen Bestimmungen zufrieden.

Der Gerichtsvollzieher ist zu Ehren der Kirche gestern gegen die Stadt Berlin mobil gemacht worden. Wegen der Summe von 40 000 M. wurde nämlich die Stadt-Hauptkasse von Berlin von einem Vollstreckungsbeamten besucht. Es geschah dies auf Veranlassung des Oberpräsidenten v. Bethmann-Hollweg wegen einer verweigerten Einstellung dieser Summe in den städtischen Etat für Kirchenbauzwecke. Dem Magistrat hätte bei freiwilliger Zahlung des Betrages nur der Verschweheweg offen gestanden, während er jetzt bei der Zwangsvollstreckung den Rechtsweg beschreiten kann.

Ueber bedenkliche Zustände in einer Berliner Gemeindeschule berichtet das „Berl. Tageblatt“. Zu Befragten giebt die Heizungsanlage der am 1. Oktober v. J. in der Dunderstraße eröffneten neuen Gemeindeschule Nr. 215 Anlaß. Wie wir feststellten, erfolgte gestern früh während der Frühstückspause in der 6. Mädchenklasse eine Gasexplosion, die den Gasofen zertrümmerte und die Lehrerin Fräulein Matthesius nicht unerheblich verletzte, so daß letztere in einer Droschke nach ihrer Wohnung geschafft werden mußte. Da die Kinder vorher über Ralte klagten, bemerkt das Fräulein die Pause, um den Ofen zu erwärmen. Kaum hatte sie jedoch den Gasofen geöffnet und ein Streichholz entzündet, als eine heftige Detonation erfolgte. Stichflammen schlugen in das Zimmer, ebenso rückwärts nach dem Schornstein, und mit lautem Krachen flog der Ofen nach oben in die Zimmerdecke, beim Niederfallen die Lehrerin am Kopf verwundend. Zudem drohte der ganze Ofen einzustürzen. Ueber der Heizungsanlage dieser Schule scheint überhaupt ein Unstern zu walten. Schon mehrfach haben Gasexplosionen in dem Neubau stattgefunden. Ebenso fand kürzlich in dem Baderraum eine Explosion in dem Augenblick statt, als Knaben badeten. Die Kinder kamen jedoch mit dem bloßen Schreck davon. Lehrer und Schüler leiden unter diesen Umständen. Wiederholt mußte der Unterricht ausgesetzt werden, weil entweder einzelne Zimmer nicht erwärmt oder mit Gas angefüllt waren.

Das Königl. Polizeipräsidium teilt mit: Die berechtigten Klagen, welche über unvorsichtiges und zu schnelles Fahren von Fuhrwerken an den Straßenbahn-Haltestellen geführt werden, geben Veranlassung, nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis zu bringen: Nach § 4 der Polizei-Verordnung über den Betrieb der elektrischen Straßenbahnen vom 11. Juli 1898 haben die Wagenführer den Straßenbahnwagen sowohl Raum zu geben, daß die Fahrgäste beim Ein- und Aussteigen nicht behindert oder gefährdet werden. Entwidelt sich an den Haltestellen ein lebhafter Verkehr zu- und absteigender Personen, was während der Hauptverkehrsstunden an wichtigen Verkehrspunkten, beispielsweise beim Potsdamerplatz, dem Spittelmarkt, den Kreuzungen der Leipziger- und Mauer-, Friedrichs- und Charlottenstraße, dem Stadtbahnviadukt am Alexanderplatz, der Potsdamer- und Westendallee regelmäßig der Fall ist, so kommt außerdem § 54 Nr. 4 der Straßenbahn-Verordnung vom 31. Dezember 1899 zur Anwendung, welcher den Fuhrwerkführern das Schrittfahren vorschreibt. Die Straßenaufsichtsbeamten sind angewiesen, die Befolgung der vorstehend erwähnten Bestimmungen streng zu kontrollieren. Im Interesse der Sicherheit des Straßenverkehrs wird das Publikum ersucht, die Beamten hierin zu unterstützen.

Die neue Klinik für Chronikerne auf dem Grundst. Luisenstr. 13a ist gestern vormittag feierlich eröffnet worden.

Zur Warnung vor Kautionswindeln. Die leicht junge Leute oft bei der Hand sind, gewissenlosen Gamern Kauttionen darzubieten, zeigt die Angelegenheit des städtischen Direktors Kossad, der hier ein Detektiv-Institut unterhalten hat. Einer der Angestellten des Direktors hat sich 2000 M., ein anderer 300 M. als Kauttion abgeben lassen. Als die Betrogenen dieser Tage die Kauttion und das Gehalt, welches der Betrüger ihnen schuldig geblieben war, beim Gewerbeamt einklagten, wurde sowohl Kossad als seine hier noch wohnende Ehefrau, die für den Lohn haftet, zur Zahlung verurteilt. Da jedoch die Dame vorgiebt, ohne Mittel zu sein, werden die Gläubiger wahrscheinlich nicht einmal den Lohn erhalten, geschweige denn die Kauttion, für welche nur der entlassene „Detektiv“ haftet.

Durch Absturz mit einem Hängegerüst sind gestern, Sonnabendvormittag, zwei Maler verunglückt. Das Haus Krennenerstraße 4 wird gestrichen. Dazu werden mehrere Hängegerüste benutzt. In einem, das an der äußersten Westecke angebracht war, fiel der Bod um, weil er auf schlechtem Holz stand. Die Folge war, daß das Gerüst aus dem dritten Stock in die Tiefe stürzte und unten das Schuttdach durchschlug. Die beiden Maler, die darauf arbeiteten, Karl Schmidt aus der Reinholdsdorferstr. 56a und Hugo Döring aus der Prinzessinallee, fielen mit herab und zogen sich einen Armbruch und schwere Kopfverletzungen zu. Die Unfallstelle blieb bis zur Beseitigung durch eine Baukommission in unverändertem Zustande.

Ein gefährlicher Fabrikbrand veranlaßte Sonnabendnachmittag die Alarmierung von 9 Löschzügen nach Lützowstraße 44. Hier hat die Trockenplattenfabrik von Dr. J. Klein Schneider sämtliche Etagen des Quergebäudes gemietet und beschäftigt eine größere Zahl von Personen. Bald nach 5 Uhr kam in dem parterre gelegenen Badraum Feuer aus, das durch den anliegenden Fußbodenbrand die oberen Räume in wenigen Minuten derart verqualmte, daß die dort beschäftigten Arbeiterinnen nur durch schleunige Flucht das Freie gewinnen konnten. Die Feuerwehr war in großer Stärke zur Stelle und verhielt, daß der Brand die oberen Etagen ergriffe, sonst wäre unabsehbares Unglück entstanden, weil dort Benzin und andre explosive Stoffe lagerten. Wenn auch der verursachte Schaden erheblich ist, so findet doch eine Betriebsstörung nicht statt. — Im übrigen hatte die Feuerwehr in den letzten Tagen vollständige Ruhe.

Durch Anhängen an einen Steinwagen verunglückte gestern, Sonnabendmittag um 12 Uhr der 6 Jahre alte Sohn Siegfried des

Arbeiter Weidmannsdorf vom Ostbahnhof 7 auf dem Heimwege von der Spielbank. Er riefte am Gröbenweg ab, wurde von einem nachfolgenden Müllwagen überfahren und zog sich einen Bruch des linken Oberschenkels zu. Die Unfallstation VIII am Gröbenweg 17 leitete ihm die erste Hilfe und ließ ihn mit einer Droschke nach der eiserneisenen Wohnungen bringen.

Übermals ein Opfer der Straßenbahn. Schon wieder ist eine Frau von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren. Gestern abend um 9 Uhr wurde die Ehefrau S. in der Gorkistraße bei den Eisenbahnüberführungen in der Nähe der Kaiserstraße von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren und lebensgefährlich verletzt. Nach der Ankunft der alarmierten Feuerwehr wurde die Frau befreit und sofort nach der nächsten Unfallstation gefahren, wo man schwere Verletzungen feststellte, weshalb die Frau nach einem Krankenhauses überführt werden mußte.

Ein großer Modelldiebstahl ist in der Nacht zum Freitag in der Fabrik für Gas- und Wasserzähler von H. Reijner in der Stalshreierstr. 41/42 verübt worden. Einbrecher, die sich wahrscheinlich abends hatten einschließen lassen, schnitten an der Werkstatthür eine Klinker herab und drangen so vom Hausflur in die Werkstatt ein. Hier fanden sie an einem Regal einen Schlüssel, mit dem sie das Modellspind öffneten. Es fielen ihnen 300 Modelle von Gas- und Wasserzählern im Werte von 1500 bis 1800 M. in die Hände. Die ganze Beute packten sie in die Kisten, die die Arbeiter in der Werkstatt zurückgelassen hatten, und schafften sie dann auf einen mit der Geschäftsbezeichnung versehenen Handwagen, der auf dem Hofe stand, weg. Der Wagen wurde am Freitagabend vor dem Hause Bernauerstr. 16 gefunden und dem Eigentümer wieder zugestellt. Nur noch eine Arbeitsblase lag darauf. Von den Dieben fehlt jede Spur. Der Verlorene setzt auf ihre Ermittlung eine Belohnung von 100 M. aus.

Vom Vorst. im Kuratorium der Unfallstationen ist Direktor Knoblauch zurückgetreten. An seine Stelle tritt Braueredirektor Haase. Dresden, der seinen Wohnsitz nach Berlin verlegt hat.

Eine Schreckenszene, hervorgerufen durch einen Automobilwagen des Tiedrichs Warenhauses, ereignete sich am Freitagabend in der Köpenickerstraße. In der Nähe der Michaelkirchstraße wurde ein im schnellen Tempo fahrender Radfahrer plötzlich von einem Automobilwagen von hinten erfasst, dessen Führer augenblicklich die Herrschaft über das Lenkrad verloren hatte. Ein vielmöglicher Angriff des Publikums machte den Radfahrer auf die Gefahr, die ihm drohte, aufmerksam. Mit Witzgeschwindigkeit schwenkte er die Lenkstange vom Rad und im nächsten Augenblick hatte der Automobilwagen das Rad auch schon zertrümmert. Die Passanten nahmen eine sehr drohende Haltung gegen den Führer des Automobils ein.

Selbstmord einer Greisin. Durch einen Sturz aus dem Fenster hat sich die 80 Jahre alte Hospitalistin Witwe Bartels geb. Nadowski, die in dem Friedrich-Wilhelms-Hospital in der Wallfadenstraße 37 mit anderen Frauen zusammen ein Zimmer bewohnte, das Leben genommen. Die Greisin, die geistig nicht ganz gesund war, stand nachts heimlich auf und stürzte sich, ohne daß ihre Zimmergenossinnen etwas merkten, aus dem Fenster des ersten Stocks in den Vorgarten hinab. Morgens fand man sie tot daliegen.

Bei der Kaiserin ist ein Armband gefunden worden, welches bei G. Raschke, Grünhaldenstr. 65, part., abgeholt werden kann.

Samariterkursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Morgen, Montag, den 6. und über acht Tage, am 13. Mai, beginnt ein neuer Kursus zur Ausbildung in der ersten Hilfe bei Unglücksfällen. Trotz dem Sanitätswagen, Unfallstationen und Rettungsgesellschaften einander überbieten, dem Verunglückten möglichst schnell zur Hilfe zu eilen, kommt es besonders in abgelegenen Stadtteilen und zu gewissen Tageszeiten noch immer vor, daß geraume Zeit vergeht, ehe ein Arzt zur Stelle ist. Welche segensreiche Tätigkeit in der Zwischenzeit ein Samariter ausüben kann, zum Nutzen des Verletzten und zur Erleichterung der ärztlichen Tätigkeit, wird wohl jedem einleuchten und ist von den Ärzten auch anerkannt worden. Namentlich ist ein Samariterkursus für Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen, sowie für Bauarbeiter von Wichtigkeit. Obwohl die Fabrikbetriebe gezwungen sind, Verbandsstellen aufzustellen, ist sehr häufig niemand vorhanden, der im Gebrauch desselben unterrichtet ist. Für den geringen monatlichen Beitrag von 25 Pf. ist es jedem ermöglicht, sich im Samariterkursus die Kenntnisse anzueignen, welche ihn zu thätigster Hilfeleistung befähigen. Den Teilnehmern steht eine reichhaltige Bibliothek, sowie Anschauungs- und Verbandsmaterial zur Verfügung. Die Ausbildung wird durch theoretische Vorträge und praktische Übungen erreicht. Der Besuch der ersten Lehrstunde steht jedem als Gast frei und verpflichtet zu nichts. Alles weitere siehe heutiges Inserat.

Die Vorstände der Vereine und Gewerkschaften, welche zu ihren Sommerfesten eine Sektion der Arbeiter-Samariterkolonne wünschen, werden ersucht, dies rechtzeitig dem Vorstehenden G. Stein, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 40, mitzuteilen. Auch wird vom Vorstehenden jede Auskunft bereitwillig erteilt.

Im Zoologischen Garten ist heute 25 Pfennig-Sonntag. Von nachmittags 4 Uhr ab wird von drei Kapellen konzertiert.

Der Berliner Aquarium sind in vier Sendungen aus den nördlichen und südpazifischen Meeren außer andern Meeres nicht weniger als zwanzig Arten Seefische eingeführt worden. Unter diesen sind die durch außerordentlichen Reichtum und Glanz der Färbung und durch ihre feine, zierliche Gestalt auszeichneten, in mehreren Hundert Arten die warmen Meere bewohnenden Toppische mit zwei wertvollen Spezies vertreten; die eine derselben ist zum erstenmal hier vorhanden, wissenschaftlich noch nicht festgestellt und weder hier noch auf der biologischen Station Havanna, durch deren Frachthaus sie erbeutet wurde, bekannt; die andere ist eine der schönsten aller Fische, nämlich der in prächtigem Blau, Rot, Grün und Braun gefleckte Platanusfisch.

Freie Volksbühne. Heute nachmittag sind um 2 1/2 Uhr in zwei Theatern Vorstellungen. II. Abteilung: im Festung-Theater: Figaros Hochzeit. VII. Abteilung: im Carl-Weiß-Theater: Der Vögelzug. Nachten Sonntag. I. Abteilung: im Carl-Weiß-Theater — 10. Serie — „Der grüne Kaktus“ von Schnitzler und „Scherz und Ernst“, Szenen und Lieder moderner Autoren.

Aus den Nachbarorten.

Radfahrer, welche durch Potsdam fahren, werden darauf aufmerksam gemacht, daß dort die Brandenburgische Straße für Fahrräder verboten ist.

In Johannishof kommt die berühmte Turnhallen-Angelegenheit jetzt in Fluß. Auf das Gesicht der Gemeindevertretung, zu dem geplanten Turnhallenbau eine größere Beihilfe zu gewähren, hat die Regierung die Gemeindevertretung ersucht, einen Kostenaufschlag einzubringen. Gemeindevertreter Baumeister Schmidt wurde beauftragt, einen solchen anzufertigen. Für die auf dem Schulbau beschäftigten Arbeiter verlangte der Vertreter Ostwald, welcher den Bau ausführt, eine Summe zum Nachschuß. Der Bau wird jetzt von arbeitswilligen Accordmännern fertiggestellt, nachdem die früheren Maurer wegen nichttarifmäßiger Bezahlung und Rohrleitung die Arbeit niedergelegt haben. Die Vertreter Angst, Rehbein und Mann sprachen gegen die Bewilligung; mit 6 gegen 5 Stimmen wurde indes die Bewilligung beschlossen. Unser Parteigenosse Mann beantragte nunmehr für jeden Arbeiter 50 Pf. festzusetzen; um einen Beschluß in diesem Sinne zu erreichen, verließ der Schöffe Knappe den Saal, worauf die Versammlung beschlußfähig wurde. Als Mann daran zweifelte, daß der Bau solide ausgeführt werde, meinte der Unternehmer Ostwald, die Accordmänner könnten ihm ja gelegentlich von der Solidität ihrer Arbeit einen Beweis geben.

In eine auf Wunsch der Regierung gewählte Gesundheitskommission wurde auch unser Parteigenosse Mann gewählt.

Aus Rixdorf. Durch einen Dummheitsstreich ist die 15jährige Arbeiterin Frieda Lorenz, Hohenzollernplatz 11 wohnhaft, schwer verletzt worden. Das Mädchen sah über den Baum des Realgymnasiums, wofür ein 16jähriger Zimmerknecht damit beschäftigt war, den Baum mit Carbolöl anzustreichen. Als er das Mädchen bemerkte, spritzte er demselben einen Pinsel voll der ätzenden Flüssigkeit ins Gesicht, wobei namentlich beide Augen der L. schwer verletzt wurden. — Ein gewerbemäßiger Fahrraddieb wurde hier in der Person des 31 Jahre alten „Arbeiters“ Gustav Schenk aus Balz, Kreis Landsberg a. W., festgenommen, als er mit einem fieberhaften Fieber davonfuhr. Schenk ist wegen Fahrraddiebstahls schon wiederholt bestraft.

In Spandau hat die Stadtverordneten-Versammlung den Antrag unserer Parteigenossen auf Gründung eines Obdachlosen-Azyls, Aufnahme einer Wohnungskasse, Bildung eines Wohnungsamts und event. Unterbringung gemeinnütziger Bauwerkstätten debattiert. Die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, nachdem Stadtv. Krieger den Antrag begründet hatte. Gleichsam als bittere Ironie mußte die Begründung klingen, welche kurz darauf einer Magistratsvorlage: „Bewilligung von 1000 Mark für die Städte-Ausstellung in Dresden“, vom Magistratsrat aus gegeben wurde. Danach ist die Beteiligung Spandaus an der Ausstellung nötig, um das Ansehen der jetzt so sehr verfallenen Stadt zu heben; dadurch nur könne auch Grund und Boden an Wert gewinnen. Genosse Krieger geistelte denn auch den bedenklichen Ehrgeiz, in Angelegenheiten glänzen zu wollen, die in Spandau arg genug daniederliegen. Der Antrag wurde, wenn auch nur mit knapper Mehrheit, angenommen.

Die Abschaffung der Kolonnenarbeit, als eines zu vielen ungerechten Härten führenden Systems, erstreben die Arbeiter in den Staatsbetrieben Spandaus schon seit langem. Auf ein Gesuch des Arbeiterausschusses in der Geschäftszentrale ordnete die Direktion eine Abstimmung der beteiligten Arbeiter an. Die Abstimmung, welcher eine Ermahnung seitens des Betriebsleiters, zu bedenken, daß ein jeder einmal alt (und weniger leistungsfähig) werde, vorausging, hatte das Resultat, daß sich die große Majorität der Abstimmenden für Abschaffung des Kolonnen- und Einführungs des Einzelarbeit-Systems erklärte. Mit Recht beklagten sich die staatlichen Arbeiter darüber, daß die leistungsfähigen, jüngeren Arbeiter bei dem Kolonnenystem die minder leistungsfähigen und alt gewordenen Arbeiter mit unterhalten und so der Direktion ihre Pflicht, für ihre invalide gewordenen Arbeiter zu sorgen, abzunehmen gezwungen sind.

Kunst und Wissenschaft.

Große Berliner Kunstausstellung. Die Große Berliner Kunstausstellung 1901 wurde am Sonnabendmittag in dem Glaspalast am Lehrter Bahnhof in der üblichen Weise eröffnet. Der allgemeine Eindruck, den man bei einem Rundgang erhält, ist diesmal trübselig. Was ist das, daß bei genauerem Zusehen hier und da noch Oasen in der Wüste zu entdecken sind, an dem Gesamtbild würde dies kaum etwas ändern. Es war ja auch im vorigen Jahre in den vorderen Sälen, die nach alter Gewohnheit den Berlinern zuliegen, nicht recht geheimer, aber man hatte doch immer die Möglichkeit, in die hinteren und seitlichen Säle zu den Schweden, und wollte man etwas noch Feineres sehen, zu den Dänen zu fliehen. Diese unangenehme Konkurrenz haben die Berliner sich diesmal weise vom Hofe zu halten gewußt. Eigentlich war in diesem Jahre sogar eine internationale Ausstellung an der Reihe, aber mit edlem Geschäftssinn hat man davon abgesehen, den süßlichen Zirkus inmitten, und die Internationalen möglichst draußen gelassen. Dafür machen sich Berliner mit ganz ungläublichen Kollektionen breit. Zahlen beweisen. Von Ernst Henseler sind netto 100 Bilder ausgestellt, von Franz Hoffmann-Gallert 72, von Werner Schuch 33, von Konrad Lessing 32, von Konrad Müller-Kurzwelt 27, von Adolf Schlabig 21; dazu gesellen sich Carl Salzmann, Julius Jacob und der Hamburger Ascan Lutteroth. Von den Ausländern ist lediglich der glatte und konventionelle Bridgman, ein in Paris lebender Amerikaner, mit einer Sonderausstellung bedacht. Auch die Plastik ist schwach vertreten. Am interessantesten sind noch die üblichen Nebenausstellungen des Verbands deutscher Illustriatoren und der Architekten, die eine besondere Sorgfalt auf die Ausstattung ihrer Räume verwendet haben; vom Kunstgewerbe ist bis jetzt noch nicht viel zu sehen. Eine Ueberraschung und in jedem Fall das wertvollste von allem ist eine Architekturausstellung der Stadt Berlin, die den größeren Teil der Aufgaben umfaßt, die die städtische Hochbauverwaltung in den letzten Jahren bearbeitet hat. Sie ist abgeordnet von dem übrigen in der großen Westhalle untergebracht und führt die städtischen Arbeiten im ganzen und in den Details in Modellen und Zeichnungen vor.

Theater des Westens. Eine der best angelegten und best durchgeführten musikalischen Darbietungen, die seit langem in Berlin vorgekommen sind, hatten wir vorgestern (Freitag) dem Theater des Westens zu danken. Es handelte sich um eine neue Herausarbeitung von Bellinis „tragischer Oper“ „Norma“. Kann ein Werk, das so sehr wie dieses auf den historischen Sinn erzieherisch einwirkt! Denn in ihm ist höchste, wahrhafte Kunst so eingepreßt in eine für verdorbene Gegenwartsgeschmack kaum mehr erträgliche, oft beinahe lässelhaft wirkende traditionelle Sonderart, daß man Schritt für Schritt innerlich das rein zeitlich Vergangene und andererseits das wenigstens vorerst darüber hinausliegende je für sich unterscheiden muß. In dem Maß, als dies gelingt, begreift und fühlt man auch den zunächst wunderlichen Ansinn, daß diese Oper aus den weiten Reichen italienischer Musikprodukte herausgehoben worden ist durch das enthusiastische Lob zweier Deutscher, denen man gerade das nicht zutrauen möchte: A. Schopenhauers und R. Wagners. Jenem ist dieses Stück, — ganz abgesehen von seiner vorzüglichen Musik,

wie auch andererseits von der Diktion, welche nur die eines Operntextes sein darf, — und allein seinen Motiven und seiner inneren Oekonomie nach betrachtet, ein höchst vollkommenes Trauerspiel“ usw. Für R. Wagner hinwieder war an „Norma“ das ihn Entzückende, der einfach edle und schöne Gesang; und er hatte 1837 als Kapellmeister in Pisa das Stück zu seinem Benefiz gewählt, mit Hinweis darauf, wie es „neben der reichsten Melodienfülle die innerste Gut mit tiefer Wahrheit vereint“.

Einem solchen schwerwiegenden Bestandteil musikalischer Geschichte nun auch noch eine Welt persönlicher Musikgeschichte zugefügt, mußte einen ganz besonderen Eindruck schaffen. Frau Lily Lehmann war es, die dies durch ihre Darstellung der Titelfigur erreichen ließ. Der ganz einzige künstlerische Charakter, zu dem sie in den drei Jahrzehnten ihrer Wirksamkeit herangereift ist, war sozusagen in dieser einen Rolle entfaltet. Ich glaube, ihr großes Können, an dessen Anerkennung auch noch so viele einzelne Augenblicke des Zweifels nichts abzubrüdeln vermögen, griff auch in ihre Umgebung hinein. Wenigstens schien Elsa Salvi (Walska) in den mehrfachen Duetten mit der Titelfigur sich beträchtlich dem Gesang der Meisterin anzunähern. Daß der zweite „Gast“, Herr Emil Fischer, die inhaltstarke Rolle des Drobist reichlich verschönte, bedarf wohl nur einer Erwähnung. — Neben einigen dekorativen und szenischen Wunderlichkeiten war wiederum die Regie Felix Ehrlich eine Glanzleistung. —

oo. Neues Theater. Im „Amerikaseppel“, den die Schliersee gestern aufstießen, haben wir es mit einem nicht ganz legitimen Kinde von Charles Xante zu thun. Der stramme Junge ist turkotisch in den bahriichen Bergen zur Welt gekommen, aber an seinem ganzen Gebahren merkt man, daß großstädtisches Theaterblut ihn zu seinen Puzelbäumen antreibt. Wie in der glücklichen zu Grabe getragenen Pötte des Adolf Ernst-Theaters werden dem Komiker in Weiberrollen die tollsten Abenteuer zugemutet, und die Zerrungen und Würgungen, die er anrichtet, sind womöglich noch berber und verhängnisvoller als in dem damaligen Kassenbild. Der Unhold Xaver Zerofal verstand es aber, selbst über kritische Stellen mit naiver Feinsinnigkeit hinwegzutrotzen, und da der „Amerikaseppel“ von seinem der Mißspiel verlangt, daß er den Horizont bahriichen Volkshumors übertrage, so kam ein Schwan aus einem Guß zu stande. —

Gerichts-Beifung.

Im Militärbesetzung-Prozess zu Ebersfeld verdient die Anklage des Staatsanwalts Beachtung. Der Erste Staatsanwalt Dr. Jönne sagte u. a.: Ich kann wohl sagen, erschütternd war der Augenblick für uns alle, als die Frau, Fremde und Vorgesetzte Dr. Schimmels hier vortraten und Ehrenerklärungen abgaben, und ich muß ferner sagen, daß in diesem Augenblicke, wo die Ehrenerklärungen abgegeben wurden, das Gefühl der Verantwortlichkeit alle an dem Prozesse beteiligten Beamten fast erdrückt hat. Wir mußten uns fragen, kann denn ein Mann, dem solche Ehrenerklärungen gegeben werden, die That begangen haben? Ist es nicht möglich, daß er die That nicht begangen hat? Man wurde wirklich vor der Verantwortung, die auf uns lastete, in dieser verhängnisvollen Sache bange. Aber die Richter, die Strafverfolgung, dürfen vor Gefühlen nicht zurückweichen, sie müssen die Thatfachen, die vorgebracht sind, prüfen. Und so oft ich dies gethan habe, es bleiben mir noch zwei Momente übrig, für die ich aus der Beweisaufnahme eine andere Erklärung nicht finde, als die, daß Dr. Schimmel mit Baumann in Verbindung gestanden haben muß, nämlich daß alle die Leute, die Baumann zu Dr. Schimmel nach Magdeburg geschickt hat, freigegeben sind, und daß andere Leute aus diesem Gegend von Baumann nicht nach Magdeburg geschickt worden und dort auch nicht eingestellt worden sind. Diese Rätsel kann ich mir nicht anders erklären, als daß Baumann mit Dr. Schimmel in Verbindung gestanden hat, und weil eine andere Erklärung dafür nicht vorhanden ist, so muß ich die Anklage wegen Verführung aufrecht erhalten. Man könnte sagen, daß Baumann sich vielleicht des Betrugs schuldig gemacht habe, aber dies trifft nicht zu, denn er hat gehalten, was er versprochen hat, und wo ihm die Verführung nicht gelungen ist, hat er das Geld zurückgezahlt.

Versammlungen.

Der Deutsche Textilarbeiter-Verband (Zirkel I) hielt am 27. April 1901 seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Die Kassenabrechnung vom I. Quartal ergab eine Einnahme von 1422,56 M. und eine Ausgabe von 879,62 M., mithin bleibt ein Bestand von 542,94 M. Ferner bewilligte die Versammlung 50 M. aus der Zirkelkasse für die Streikenden in Gumbwald.

Hummelsburg. Am Sonntag, den 28. April d. J., tagte die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Hummelsburg und Umgebung im Lokal von Gledath, Hauptstr. 87. Zum ersten Punkt gab der Kassierer Bitterhoff den Kassenbericht des verflochtenen Quartals. Es betrug die Einnahme 720,04 M., die Ausgabe 683,04 M., so daß ein Ueberschuß von 37 M. vorhanden ist. Der Bibliothekar berichtet, daß 81 Bücher im letzten Quartal geleistet worden sind, eine Summe, die vorher noch nicht erreicht worden ist. Bei der Statutenberatung wird das vom Kreis entworfen Statut mit einigen Änderungen angenommen. Zu verschiedenen entpinnst sich eine lebhafteste Debatte über die Apotheker-Frage, in der sämtliche Redner die Forderungen der Arbeiterklassen als gerecht erkannten und empfahlen, dieselben zu unterstützen und sämtliche Medikamente aus den im „Vorwärts“ genannten Apotheken zu beziehen.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis 27 (Süd-Brandenburg). Sonntag, den 5. Mai, vormittags 10 Uhr, bei G. Romlow, Schönhäuser Allee 126: Sitzung.

Wochen- Spielplan.	Sonntag 5.	Montag 6.	Dienstag 7.	Mittwoch 8.	Donnerstag 9.	Freitag 10.	Sonabend 11.	Sonntag 12.
Opernhaus	Vajaz Küchenbrödel	Die Hugenotten	Der Gevangelmann Bergheimnacht	Das goldene Kreuz Küchenbrödel	Samson und Dafila	Haniel und Gretel Küchenbrödel	Die Hugenotten	Die verkaufte Braut Küchenbrödel
Schauspiel- haus	Macbeth	Renaissance	Macbeth	Johanniss. des Fiedes D. einged. Kranke	D. Berührung des Fiedes zu Genua	Macbeth	Zwei Eifen im Feuer	Zwei Eifen im Feuer
Schiller- Theater	Der Kaufmann von Venedig (Herb. Bonn)	Faust II. Teil 2. Abend	Der Raub der Sabinerinnen	Die Jüdin von Toledo (Herb. Bonn)	Die Jüdin von Toledo (Herb. Bonn)	Die Jüdin von Toledo (Herb. Bonn)	Die Jüdin von Toledo (Herb. Bonn)	Der Wissens- murm. Rahm.: Die Jgfr. v. Orf.
Deutsches Theater	Das Pumpen- gefeind	Rosenmontag	Der Reiter von Palmyra	Der Probelandibat	Das Pumpen- gefeind	Rosenmontag	Ein Volksheld	Ein Volksheld Rahm.: Faust
Leffing- Theater	Die Zwillinge- schweizer	Hochmann als Erzieher	Die Zwillinge- schweizer	Hochmann als Erzieher	Die Zwillinge- schweizer	Johannissfeier	Hochmann als Erzieher	Die Zwillinge- schweizer. Rahm.: Figaros Hochzeit
Neues Theater. (Schliersee)	Der Amerikaseppel	Gewissenswurm	Jägerblut	Alles von Schliersee	Gewissenswurm	Klemerausch und Gedewich	Klemerausch und Gedewich	Klemerausch und Gedewich
Theater des Westens	Norma	Urbine	La Traviata	Hoffmanns Erzählungen	Romeo und Julia	Fidelio	Der Zigeunerbaron	Romeo und Julia Rahm.: Urbine
Luisen- Theater	Durchgegangene Weiber	Die Anna-Effe	Kabale und Liebe	Die Anna-Effe	Kabale und Liebe	Die Anna-Effe	Ein toller Einsack	Ein toller Einsack Rahm.: Die Anna-Effe
Hranio- Theater Lanbenst. 48/49	Unser Rhein	Unser Rhein	Zur Kriegszeit durch China	Unser Rhein	Kuf den niedersten Lebensstufen	Unser Rhein	Charakterbilder der Mark	—

Ständiges Repertoire: **Neues Opern-Theater (Kroll).** Diesen Sonntag: Mikado. Sonabend: Marcella Sembrich. II. Barbiera di Siviglia. Sonntag: Madame Sand-Güne (Paula Conrad). — **Berliner Theater.** Alle Abende: Gastspiel der Götter. Von Dienstag an: Die Pariser Affäre. — **Reichens-Theater.** Abends: Leontine Schumann. Vorher: Terentia. — **Thalia-Theater.** Sonntag bis Donnerstag: Die Hiebemanns. Freitag und Sonnabend: Die schöne Helena. — **Recessions-Bühne.** Alle Abende: Gastspiel G. v. Wolzogens Puppentheater (Ueberbrett). — **Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.** Sonntag bis Dienstag: M. Wepfika. Mittwoch und Donnerstag: L'Auberge du Tohu-Bohu. Freitag und Sonnabend: Der Damschneider. — **Belkallion-Theater.** Alle Abende: Gastspiel der Schwarzwälder: Die Rühle im Schwarzwald. — **Carl-Weiß-Theater.** Alle Abende: Der Bräutigam vom Himmel. Freitag: Opern-Gastspiel. — **Apollo-Theater.** Frau Luna. — **Metropol-Theater.** Spezialitäten.

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16-17
Ecke Leipzigerstrasse.



Belle Alliancestrasse 1-2
Am Blücherplatz.



Gr. Frankfurterstrasse 113
Ecke Andreasstrasse.

Kleiderstoffe.

Lodenstoffe in verschieden. Melangen, doppeltbreit, Meter 60 Pfg.
Lawntennistoffe, neueste Muster, Meter 55, 95 Pfg. 1,50 Mk.
Homespun, ... Meter 1,65 1,95 2,45 Mk.
Alpacca u. Mohairstoffe, glatt u. gemustert Meter 75, 95 Pfg. 1,25 1,75 Mk.
Fantasiestoffe, modernste Musterungen, Meter 1,25 1,65 2, 2,50 Mk.
Bareges, glanzreicher Sommerstoff, Meter 1,50 1,75 1,90 Mk.

Waschstoffe.

Kattune Meter 25, 33, 38 Pfg.
Ripsiqués und Batiste . . . Meter 40, 45, 50, 60 Pfg.
Organdys, moderne Muster . . . Meter 60, 75, 95, Pfg. 1,20 Mk.
Batiste u. Organdys weiss gemustert Meter 40, 45, 50, 60, 75 Pfg.
Zephyr in neuesten Streifen und Karos, Meter 40, 45, 50 Pfg.
Kleider-Satin, neueste Muster, Meter 90 Pfg. 1,— 1,10 Mk.

Waschseide, grosse Auswahl, Mtr. 1²⁰ Mk.

Reste und Abschnitte ca. 2¹/₂ oder 4 Meter 98 Pf.
elegant gemusterter Waschstoffe, Stück

Damen-Strümpfe.

Damen-Strümpfe, engl. lang, schwarz oder lederfarbig . Paar 30, 38, 48, 65 Pfg.
Damen-Strümpfe, deutschlang, schwarz oder lederfarbig . Paar 48, 55, 60, 85 Pfg.
Damen-Strümpfe, engl. lang, bunt geringelt Paar 48, 70, 95 Pfg.

Herren-Strümpfe.

Herren-Socken, maccofarbig, schwarz oder lederfarbig Paar 18, 28, 33, 45, 50 Pfg.
Herren-Schweisssocken Paar 15, 27, 33, 48, 60 Pfg.
Herren-Socken, bunt geringelt, Paar . . . 55, 70 Pfg.

Kinder-Strümpfe.

Diamantschwarz, 1x1 engl. lang, für das Alter
von ca. 1—2 2—3 3—4 4—5 5—6 6—8 8—10 10—12 Jahre
Paar 18 20 25 28 30 33 35 38 Pfg.

Bunt geringelt, 1x1 engl. lang, für das Alter
von ca. 1—2 2—3 3—4 4—5 5—6 6—8 8—10 10—12 Jahre
Paar 35 40 48 53 58 65 72 80 Pfg.

Schürzen.

Tändelschürze, weiss mit Stickerei Stück 65 Pfg.
Tändelschürze, bunt mit Spitze Stück 95 Pfg.
Damen-Achselbandschürze, einfarbig, elegant bekurbelt Stück 95 Pfg.
Damen-Achselbandschürze, gestreift, mit Stickerei-Einsatz . Stück 1,05 Mk.
Damenkleiderschürze, einfarbig oder gestreift Stück 2,25 Mk.
Hausschürze mit Tasche, weit : Stück 75 Pfg.
Kinderhängeschürze für das Alter

von ca. 1—2, 2—3, 3—4, 4—5 Jahren
gestreift, mit Besatz . . . 80 Pfg. 90 Pfg. 1,— 1,10 Mk.
einfarbig, hübsche Ausführung 95 Pfg. 1,05 1,15 1,25 Mk.

Staubmäntel Stück 2⁹⁵ Mk., 3⁷⁵ Mk., 4⁹⁵ Mk.

Tricotagen.

Herren-Hemden, macco- u. normalfarbig Stück 1,45 1,55 1,65 Mk.
Herren-Hemden, mit Vorderschluss Stück 2,25 2,45 2,65 Mk.
Herren-Hosen, maccofarbig Stück 1,40 1,55 1,65 Mk.
Herren-Hosen, normalfarbig Stück 1,65 1,85 2,05 Mk.
Herren- und Damen-Jacken, maccofarbig, weiss und normalfarbig Stück 75, 85, 95 Pf.
Netzjacken Stück 28, 60 Pf.
Herren-Sporthemden Stück 1,50 1,85 2,50 2,75 3,25 Mk.
Knaben-Sporthemden Stück . . . 1,45 1,65 1,85 Mk.
Sport- und Turner-Gürtel, grosse Auswahl, von 18 Pfg. an.

Schlafdecken buntfarbig Stück 1³⁵ Mk., 1⁹⁵ Mk., 2⁷⁵ Mk.

Sonnenschirme mit Futteral in verschiedenen Farbenstellungen Stück 2,60 5,40 Mk.

Waschschirme mit Einsatz, Stück 1,80, m. Spitze u. Einsatz 2,90 Mk.

Reisekissen Stück 53 Pfg.

Coul. Damen-Glacé-Handschuhe mit Druckknöpfen und Ausstattung . . . Paar 75 Pfg., 1,15 Mk.

Coul. u. schwarze Damen-Glacé-Handschuhe elegante Ausstattung, weiches Leder mit Druckknopf . . . Paar 1,95 Mk.

Die mit * versehenen Artikel werden an Wiederverkäufer nicht abgegeben.

Gerichts-Beitrag.

Der Mord in der Schulzendorferstraße. Am Montag beginnt eine auf 7 Tage berechnete neue Tagung des Schwurgerichts am Landgericht I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Oppermann. Am 6. steht der Mord in der Schulzendorferstraße zur Verhandlung an. Am 14. Oktober v. J. wurde in dem Hause Schulzendorferstraße 7 die Leiche der geschiedenen Frau Auguste Kerner geb. Böttcher unter Umständen aufgefunden, die den Verdacht rechtfertigten, daß dieselbe eines gewaltsamen Todes gestorben war. Die Kerner war eine Prostituierte der niedrigsten Sorte. An der Leiche konnten äußere Verletzungen nicht festgestellt werden, dagegen war das Gesicht der etwa 40 Jahre alten Person vollständig mit geronnenem Blut bedeckt. Die Leiche war von dem Hausverwalter Eysigarth in dem zum Keller des Hauses führenden dunklen Vorzimmer unter der Treppe aufgefunden worden, sie hatte ein Taschentuch im Munde und die Leichenschändung ergab, daß Frau Kerner durch Hineinstecken des Fingers in den Mund getötet, also ersticht worden ist. Das Tuch war so fest hineingesteckt, daß die Frau es unmöglich selbst eingeführt haben konnte; für die angewendete Gewalt sprach auch die Tatsache, daß ihr einige Zähne ausgestoßen worden sind. Außerdem hatte die Ermordete einige Kratzenwunden am Hals und am Arm. Als mutmaßlicher Täter wurde von der Kriminalpolizei der 33-jährige Arbeiter Richard Müller festgenommen. Durch Zeugen war bekannt worden, daß sich die Ermordete in der Nacht vor der That in Gesellschaft eines Manns befunden habe, der mit ihr verschiedene Schauffolien besuchte und in ihrer Gesellschaft auch in der Lindowstraße gesehen worden ist. Müller, der anfänglich zunächst jede Verührung mit der Ermordeten bestritten hatte, gab schließlich zu, mit Frau Kerner in der Lindowstraße gegangen zu sein, behauptet aber, daß dann ein Unbekannter gekommen sei, ihm seine Begleiterin abgenommen habe und mit ihr weitergegangen sei. Müller, ein Mann, der schon wegen Raubes und Diebstahls mit Jugendhaus verurteilt ist, hat sich durch falsche und widersprechende Angaben über sein Alter und Treiben am Abend vor dem Mord schwer verdächtig gemacht; in seinen Kleidungsstücken sind Blutflecke vorgefunden worden; außerdem sind mehrere Zeugen vorhanden, die mit Bestimmtheit bekunden, daß sie ihn in der Nacht zum 14. Oktober in fester Umschlingung mit der Kerner in der Thürstraße des Hauses Schulzendorferstraße 7 gesehen haben. — Zur Ueberführung des Angeklagten soll ein so umfangreicher Zeugen-Apparat in Bewegung gesetzt werden, daß die Verhandlung drei Sitzungstage in Anspruch nehmen wird. Als Officialverteidiger des Angeklagten ist Rechtsanwalt Dr. Meidinger bestellt worden.

Eine Umzugsgefahr. beschäftigt gestern die 9. Strafkammer des Landgerichts I, vor der sich der Führer Konrad Bilz wegen Erpressung zu verantworten hatte. Der Angeklagte hatte erfahren, daß der Rechtsanwalt Meyer am 2. Oktober v. J. von der Alten Jakobstraße nach der Neuen Hofstraße ziehen wollte. Ende September sandte Bilz einen Arbeiter zum Rechtsanwalt, der die Ausführung des Umzugs anbieten und im zugehörigen Falle den Preis vereinbaren sollte. Rechtsanwalt Meyer ging darauf ein, zeigte dem Beauftragten den Inhalt seiner Stuben, der zu befördern war, und vereinbarte mit ihm einen Preis von 30 M. Am 2. Oktober wurden dann auch 2 Möbelwagen vollgeladen und nach der nur 10 Minuten entfernten liegenden neuen Wohnung gefahren, wo der Rechtsanwalt bereits

anwesend war. Als der kleinere der beiden Wagen entladen war, fragte der Angeklagte den Rechtsanwalt, welcher Preis vereinbart sei. Als dieser erwiderte: „30 M.“, erklärte der Angeklagte: „Das ist viel zu billig. Sie müssen 75 M. zahlen, sonst lade ich den zweiten Wagen nicht aus.“ Rechtsanwalt Meyer verhielt sich ablehnend und nun fuhr der Angeklagte mit dem Wagen, der die besten und wichtigsten Möbel enthielt, davon. Er brachte den Wagen nach seinem Hof in der Vergamuststraße, wo er ihn stehen ließ. Der Rechtsanwalt geriet in arge Verlegenheit, denn auf dem Wagen befanden sich seine sämtlichen Akten. Er nahm die Polizei in Anspruch, die aber erst am folgenden Morgen eintrifft. Da der Angeklagte auf seiner Weigerung beharrte, so ließ der Rechtsanwalt, um in den Besitz seiner Akten zu gelangen, sich zu einer Einigung herbei und verstand sich dazu, dem Angeklagten 45 Mark nebst 8 Mark Trinkgeld für die Leute zu zahlen. Im Termin bekundete der Sachverständige, Expedient Sauer, allerdings, daß 30 M. ein zu niedriger Preis gewesen und 45 M. angemessen wäre; wenn der Angeklagte aber einmal auf den billigen Preis eingegangen wäre, hätte er auch daran festhalten müssen.

Staatsanwalt v. Beyng beantragte, den Angeklagten wegen Erpressung mit sechs Monaten Gefängnis zu bestrafen, der Gerichtshof erkannte auf vier Monate Gefängnis.

Wegen eines ganz raffiniert inszenierten Betrugs. bezw. wegen Diebstahls und Urkundenfälschung standen gestern der Arbeiter Paul Bernhöft, der Handwerker Otto Bauer und der Arbeiter Eugen Flöther vor dem zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Schauplatz ihrer Straftaten war die Central-Markthalle, in welcher sich die Angeklagten aufzuhalten pflegten, um gelegentlich Gänge für die Standinhaber zu verrichten. Bernhöft war mit den geschäftlichen Gepflogenheiten der Halle und Jederhändler ziemlich gut vertraut. Am 23. März bemerkte er, daß auf dem Ladentisch des mit einem Drohgeflecht abgeschlossenen Verkaufshandes Nr. 184 — Inhaber Geflügelhändler Meißner — ein Zettel lag, der ihm wertvoll genug schien, sich um seinen Besitz zu bemühen. Es war nämlich eine Benachrichtigung, auf Grund deren die Standinhaber die für sie angelommenen Güter von der Güterabfertigungsstelle der Eisenbahn in Empfang nehmen können. Er verabredete sich mit Bauer, diesen Schein zu eskamotieren; er selbst stand Schmiere und der andere holte mit Hilfe eines Stodes, den er durch das Drohgeflecht steckte, den Benachrichtigungsschein langsam aber sicher zu sich heran. Auf den Wunsch der beiden unterschrieb ihn Flöther mit dem Namen Meißner, Bauer bezahlte die Pracht in Höhe von 50 Pf. und bekam darauf den Korb mit Geflügel überantwortet. Letzterer enthielt 23 Hühner und etwa 40 Tauben, die die beiden ersten Angeklagten zu Geld machten. Den Erlös teilten sie sich. Flöther hat für seine Liebesmüh nichts erhalten, sondern ist leer ausgegangen. Er hat seine Gefälligkeit mit zwei Monaten Gefängnis zu büßen. Bernhöft wurde zu sechs, Bauer zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Als kleiner Sternberg wurde eine ultramontane Größe entlarvt. Der Lehrer Titus Hartig in Bellingried bei Ingolstadt hatte mit 2 kleinen Mädchen unter 12 Jahren sehr häufig unzüchtige Geschichten getrieben. Sein Pfarrer stellte ihm ein sehr gutes Zeugnis aus und der erwiderte Sinder selbst verführte momentane geistige Erkrankung vorzuschützen. Das Landgericht München II war aber anderer Meinung und verurteilte ihn zu sieben Monaten Gefängnis.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Hülle (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementzahl beizulegen. Fragen ohne solche Angaben werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Bei Anfragen juristischer Art ist es praktisch, Zeit sparend und darum sehr zu empfehlen, wenn man abkürzt: Redaktion des „Vorwärts“, Juristische Briefkasten, Beuthstr. 2, Hof II.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Mildorf. Bei der Kaiserin 1900 sprach vormittags Richard Fischer und abends Wilhelm Viehbeck im Gymnasium.

G. A. Berem gegen Verarmung, Bureau Deutscher Dom, Gendarmenmarkt, Vorsitzender Wirklicher Geheimrat Legationsrat Reichardt, Schöneberger Wer 24.

P. G. Je nach Größe der Zimmer sind die Preise für ein Bett in der Herberge des Gewerkschaftshauses verschieden; Mindestpreis ist 40 Pf. Ein junger Mann aus der Provinz, der bisher keine Gelegenheit hatte, sich einer Organisation anzuschließen, findet hierzu am ersten Tage seines Dienstes Gelegenheit.

Abonnement, Pimach i. S. Morawski, Berlin, Stralauer-Platz 21. Personal-Verleih, Anstalt betreffend. Wir haben schon einmal auf die Einrichtung aufmerksam gemacht. Wenn Sie nähere Angaben machen können, dann möchten Sie einmal persönlich vorsprechen; am besten abends nach 5 Uhr.

2. 11. Haushalts-Unterricht wird jungen Mädchen zum Teil in den städtischen Fortbildungsschulen gegen ein sehr mäßiges Schulgeld erteilt, ferner im Vetterverein, wo der Kochkursus 75 M. kostet; der Unterricht in der unter Aufsicht des Vereins stehenden Haushaltungsschule, Gellertstraße 27a, kostet mit Wohnung und Verpflegung für den einjährigen Kursus 400 M., ohne Wohnung 250 M. Ferner besteht am Schneberger Wer 24 der Berliner Verein für Volkserziehung, wo der Kochunterricht für 1-3 Monate 12-100 M., der Hausarbeits-Unterricht 15-200 M. kostet. Unentgeltlichen Kochunterricht erteilt das Heimatshaus für Töchter höherer Stände, Neuenburgerstr. 1a, ebenso die Haushaltungsschule des Vereins zur unentgeltlichen Erziehung schulfähiger Mädchen (Marinsfelde, Köpckestraße). Schließlich nennen wir noch den Berliner Hausfrauen-Verein, in dessen Kochschule, Köpckestr. 22, der dreimonatige Kursus 30 M. kostet.

R. 459. Ueber Anträge auf Erteilung der Erlaubnis zum Betriebe der Landwirtschaft oder Schankwirtschaft, zum Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus beschließt in Landgemeinden der Kreis- oder Stadt-Ausschuss, in Stadtkommunen mit mehr als 10000 Einwohnern der Magistrat. Wird die Erlaubnis verweigert, so steht dem Antragsteller innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungskreiterverfahren vor dem Kreis- beziehentlich Stadt-Ausschuss zu. Hatte die Gemeinde oder die Ortspolizeibehörde Widerspruch erhoben, so darf die Erteilung nur auf Grund mündlicher Verhandlung im Verwaltungskreiterverfahren erfolgen. Gegen die Entscheidung des Kreis- oder Stadt-Ausschusses ist Berufung an den Bezirksausschuss zulässig; dessen Entscheidung ist endgültig. — **R. 2.** Der dem Arbeitgeber wegen verordneter Materialien, wegen Entschädigung für Kontraktbruch und dergleichen zustehende Anspruch darf seit dem 1. Januar 1900 nicht mehr vom Lohn abgezogen werden: § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. — **Forkerstraße.** Die Ansicht, daß Gehälter nur dann der Beschlagnahme unterliegen, wenn eine feste Anstellung auf mindestens ein Jahr oder wenigstens Vierteljahr - Bindung vorliegt, ist seit dem 1. Januar 1900 irrig. Beantragen Sie also Gehaltsbefreiung.

P. R. 100. 1. Da Sie erblindet sind, möchten Sie die Erklärung sowie den Antrag auf Umschreibung des Namens zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll abgeben. In der Protokollierung werden zwei Zeugen oder ein Gerichtsschreiber oder ein zweiter Notar hinzugezogen. 2. Wenn der Vorname des Kindes keine Zustimmung zur Namensänderung verweigern sollte, so legen Sie Bescheid beim Amtsgericht (Vorstandschaftsgericht) ein. 3. Mit der Umschreibung des Namens erhält das Kind lediglich der neuen Familiennamen, aber nicht die Stellung eines ehelichen Kindes zum Vaters seiner Mutter. Um dies zu erreichen, möchten Sie das Kind adoptieren. Zur Adoption ist Genehmigung des Amtsgerichts erforderlich. — **G. J. Ja.**



Chausseestrasse 24a u. 25

Zwischen Invalidenstr. und Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.

11 Brückenstrasse 11

Zwischen Jannowitzbrücke u. Köpenickerstr. (Ecke Rungestr.)

Gr. Frankfurterstr. 20

Ecke Koppenstrasse, am Bürgerhospital.

En gros.
En detail.

Fabrikation und Maass-Anfertigung guter Herren- und Knaben-Bekleidung.
Lieferanten an die preussische Armee
Lieferanten an ausländische Gesellschaften.

Lieferanten an Garderoben-Geschäfte.
Lieferanten an Waren-Häuser.

Lieferanten an Vereine.
Lieferanten an Institute.

Export.
Import.

Zum Pfingst-Feste.

Sommer-Anzüge	für Herren	30.-	36.-	9 Mk.
Crêpe-Anzüge	für Herren.	30.-	25.-	18.-
Sommer-Paletots	für Herren.	36.-	27.-	24.-
Gummi-Paletots	für Herren.	Sehr preiswerth.	21.-	15.-
Elegante Hosen	für Herren.	15.-	12.-	9.-
Piqué-Westen	für Herren.	6.50.-	5.-	4.50.-

Radfahrer-Anzüge	für Herren.	27.-	21.-	6 Mk.
Radfahrer-Hosen	für Herren.	8.-	6.-	3 Mk.
Coden-Joppen	für Herren.	6.75	5.-	2, 25 Mk.
Wetter-Havelocks	für Herren.	21.-	18.-	6, 75 Mk.
Knaben-Anzüge	Entzückende Auswahl.	12.-	10.-	8.-
Schul-Anzüge	10.-	8.-	6.-	4.-

Vornehme, tadellose Maass-Anfertigung.

Herren-Hosen nach Maass 21.-, 18.-, 15.-, 12.-, 10.-, 9.-, 7 Mk.
Herren-Anzüge nach Maass 75.-, 65.-, 55.-, 45.-, 36.-, 30.-, 24 Mk.

Grösste Auswahl.
Billigste Preise.
Baar-Verkauf.
Feste Preise.

Achtung! **Achtung!**
Socialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Diensttag, 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Schneiders Gesellschaftshaus,
Belfortstr. 15:
Versammlung.
T.D.: Vortrag des Abgeordneten Gaudert über: Die Posten im
Dienst der Freiheit. Diskussion. 247/7
Gäste willkommen. Der Vorstand.

Achtung, Bevölkerung Berlins!
Mittwoch, den 8. Mai 1901,
abends 8 1/2 Uhr, finden

2 öffentl. Versammlungen

für den Norden in „Eiskeller“, Chausseestraße 88,
Referent: Herr Dr. C. Freudenberg
für den Süden bei Bugenhagen, am Moritzplatz
Referent: Herr Dr. R. Friedberg.
Tagesordnung in beiden Versammlungen:
1. Die Ausbeutung der Bevölkerung durch den Einzelhändler.
Wie kann Abhilfe geschaffen werden? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
272/12 Die Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Stock- u. Celluloid-Arbeiter. Achtung!
Diensttag, den 7. Mai, abends 9 Uhr, in Stechert's Kaffeehaus,
Andreasstraße 21 (oberer Saal):
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wahl der Obmannen und Beiratsmitglieder.
2. Wahl eines Beiratsmitglieds.
3. Brandangelegenheiten.
Um 8 Uhr findet eine öffentliche Versammlung der Stodarbeiter statt.
Wir erlauben die Kollegen, recht pünktlich zu erscheinen. Siehe Annonce
Stodarbeiter. Die Kommission.

Achtung! Parkettbodenleger!
Diensttag, den 7. Mai 1901, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15. Saal 10, 1. Treppe:

Kommissions-Sitzung mit Vertrauensleuten.
Die Kollegen Frigge, Gimmerich, Lange und Köpfer sind hierzu eingeladen.
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder aus dem Deutschen
Holzarbeiter-Verband ausgeschlossen wurden, weil sie in der geprüften Firma
Bied gearbeitet haben: Wiktor Julius Kleinast, Stellmacher Aug. Wollkat,
Gimmerich Stedtel, Zimmerer Paul Gasko, Zimmerer Hermann Dorow.
91/4 Die Kommission.

**Central-Verband der Handels-,
Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.**

**Versammlung der Haus- u. Geschäfts-
diener, Bäcker und Kutscher.**
Tages-Ordnung: 1. Die Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen
bei der Firma Hermann Tich und in anderen Warenhäusern.
Referent: Kollege Oswald Schumann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
angelegenheiten. Die Sektionsleitung.

Deffentliche Versammlung
für das gesamte
Handels-, Transport- u. Verkehrsgewerbe
am Sonntag, den 5. Mai, abends 7 Uhr,
in den Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20.
Tages-Ordnung:
Die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Frau Emma Ihrer.
Nach der Versammlung: 67/9
Geselliges Beisammensein mit Tanz.
Kollegen, da die Versammlung am 1. Mai wegen Nichtanmeldung nicht
stattfinden konnte, ersuchen wir Euch, in der Versammlung am 5. Mai recht
zahlreich zu erscheinen, um dieselbe zu einer imponierenden Kundgebung zu
gestalten.
Die Einberufer.

**Verband deutscher Schneider
und Schneiderinnen**
(Filiale Berlin).
Diensttag, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr,
in der Berliner Bourse, Kommandantenstraße 57:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über das Genossenschaftswesen. Referent: Herr Dr. Leo
Arons. 2. Abrechnung vom Streit und vom 1. Quartal 1901. 3. Be-
schlußfassung über den Antrag des Hauptvorstands betreffend die Verlegung
der Geschäftsstelle und Wahl eines ersten Beiratsmitglieds.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersuchen wir die Mitglieder,
zahlreich und pünktlich zu erscheinen. — Es haben nur Mitglieder Zutritt.
142/13 Die Ortsverwaltung.

**Große öffentliche
Schuhmacher-Versammlung**
am Montag, den 6. Mai, abends 8 Uhr,
in Cohn's großem Saal, Venthstraße 19.
Tages-Ordnung:
1. Berichtsetzung über die Durchführung des Minimaltarifs und
Beschlußfassung über die eventuelle Arbeitsniederlegung. 2. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Lackierer.
Diensttag, 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer Nr. 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über Gabels Beiratsarbeit. Referent: Dr. R. Steiner.
2. Diskussion. 3. Wahl eines Schriftführers und zwei Vertreter zur Arbeits-
nachweis-Kommission. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Teilzahlung!!
Herren- und Knaben-Garderoben-Specialgeschäft.
Charlottenburg, 45 Wilmsdorferstr. 45.

Central-Verband der Maurer.
Zahlstellen Berlin und Umgegend.
Diensttag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, in Louis Kellers Kaffeehaus, Koppen-Strasse 29:
General-Versammlung
aller zum Vertragsgebiete Berlin u. Umgegend gehörigen Verbandszahlstellen.
Tages-Ordnung:
1. Das Resultat der Mai-Ausperrung und unsere Stellungnahme dazu.
2. Wahl der Richter-Kommission zum neuen Verträge.
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Eintritt.
Zur Kenntnisnahme unserer Mitglieder! Die Bureau zur Abkempfung der Kontroll-
karten für die Mai-Gemahregelten in den Vierteln und Zahlstellen des Vertragsgebiets sind mit Sonnabend, den
4. Mai, aufgehoben. Das Material bitten wir bis spätestens Montagabend an die Verbandsleitung abzugeben.
Am Montag, den 5. Mai, werden Abkempfungen der Kontrollkarten nicht vorgenommen. Mai-Gemahregelte,
welche noch am Dienstag arbeitslos sind, wollen sich zur weiteren Kontrolle täglich während der Vormittags-
stunden im Bureau Engel-Ufer 15, Zimmer 29, melden, wofür die Abkempfung am Montag mit abgekempft wird.
137/11* Die Verbandsleitung.

**Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen
beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umg.**
Montag, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
Ausserordentl. General-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Der Verlauf der Kasse. 2. Unterfütterungsfrage. 3. Verschiedenes.
Eintritt gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuchs.
Das Erscheinen aller Kollegen erwartet. 82/11
Der Vorstand.

**Anherordentliche Mitglieder-Versammlung
der
Bretterträger und Brettschneider**
am Montag, abends 8 Uhr,
im Königsplatz-Kaffeehaus (oberer Saal), Holzmarktstr. 72.
Tages-Ordnung:
Wie stellen sich die Kollegen zu den Gemahregelten vom 1. Mai betreffend
der Unterfütterung derselben. 84/9
Sämtliche Kollegen, welche zum Streikfonds beitragen, sind
verpflichtet, zu erscheinen. Die Lohnkommission.

Bereinigung der Maler.
Diensttag, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Engel-Ufer 15,
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Vortrag des Genossen Rechtsanwalt G. Heine-
mann. 3. Bericht der Ortsverwaltung über das erste Quartal.
Mitgliedsbuch legitimiert. 124/8
Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer.
Diensttag, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn
Wille, Andreasstraße 20: 177/19
Bezirks-Versammlung für den Osten.
Vortrag des Genossen Theodor Metzner über: Gleiches Recht
für alle. Die Verbandsleitung.

Steinarbeiter!
Diensttag, 7. Mai, abends 8 Uhr, im Engl. Garten,
Alexanderstraße 27c:
Deffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vierteljahr-Abrechnung. 2. Die Gemahregelten von der Minister.
3. Die Konferenz in Schöten. 4. Wahl eines Kandidaten. 5. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vertrauensmann.

Achtung! Marmorarbeiter.
Diensttag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, im Englischen Garten,
Alexanderstraße Nr. 27c:
Deffentl. Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vierteljahr-Abrechnung. 2. Die Gemahregelten von der Minister.
3. Die Konferenz in Schöten. 4. Wahl eines Kandidaten. 5. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vertrauensmann.

Musikinstrumenten-Arbeiter!
Montag, den 6. Mai d. J., abends 8 1/2 Uhr,
Naunynstraße 27 bei Graumann:
Mitglieder-Versammlung
des Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann über: „Himmel,
Gölle und deren Bewohner!“ 2. Diskussion. 3. Der Streit bei
Reichow und der Verlauf der diesjährigen Meißner in unserem
Beruf. 4. Vereinsangelegenheiten.
Kollegen! Erscheint Mann für Mann in dieser Versammlung, da die
Tagesordnung eine wichtige ist. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
141/11 Der Vorstand.

Urania.
Zu der Vorstellung am 16. Mai (Himmelfahrtstag), nachmittags
4 Uhr, sind noch Billets zu haben in dieser Versammlung. D. C.

Samariter-Kursus
für Arbeiter und Arbeiterinnen.
Morgen, Montag, abends 9 Uhr, beginnt der Sommer-Kursus
in der Central-„Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45. Vortrag über
Jugend und Giele des Kurios und Anatomie. In der Filiale beginnt
der Kursus am 13. Mai. Heute nachmittags: Spielplatz nach
Zehmergendorf. Treffpunkt 3 Uhr Restaurant „Sandsouci“. 261/5

**Verband der Bau-, Erd- und
gewerblichen Hilfsarbeiter**
Deutschl., Zahlstelle Berlin I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
das Vorstandsmitglied, Herr
Hermann Fricke
am 4. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag,
den 7. d. M., nach 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Neuen Jakobikirche
aus statt. 11666
M. Stahlmann, Vorsitzender.

Verband der Vergolder.
Todes-Anzeige.
Am 3. Mai cr. verstarb unser Ver-
bandskollege
Wilh. Hentschel
im Alter von 67 Jahren am Gehirn-
schlag.
Seine letzten Wünsche! Heute,
Sonntag, den 5. Mai, nach 4 Uhr
auf dem Vorhof des Reichs-
Anstalts, Berlin, (Friedhof) statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet.
225/8 Der Vorstand.

Dankagung.
Allen denen, die meinem Mann die
letzte Ehre erwiesen, insbesondere dem
Metallarbeiter-Verband, sowie den
Kollegen und Bekannten der Fabrik von
Kudwig Wöbe meinen herzlichsten Dank.
11196 Anna Jedlitzka.

Bekanntmachung.
Gewerbegericht zu Berlin.
3. Nr. 211 Gew.-Ger. 61.
Berlin, den 3. Mai 1901.
In Sachen betreffend die Errichtung
eines neuen Tarifvertrags für den
Verband der Baugeschäfte Berlins
und der Vororte einerseits und ihre
Maurergesellen andererseits ist dem
Gewerbegericht zu der Bekannt-
machung vom 1. Mai cr. seitens der
centralsyndikatisierten Maurer Berlins
und Umgegend folgende Erklärung
zugegangen:
Mit Rücksicht darauf, daß circa
1/3 der sämtlichen Arbeitnehmer in
der Maurerbranche dem Central-
verbande als Mitglieder angehören,
die legal berufene Versammlung der-
selben aber dem Schiedsspruch des
Gewerbegerichts nicht zustimmen
wollte, ist für die Mitglieder
des Centralverbandes und
somit für die große Mehrheit der
Maurer Berlins und Umgegend
der fragliche Schiedsspruch als an-
genommen.

**Orts-Krankenkasse
der Schuhmacher.**
**Allgemeine Arbeitgebers-
u. Mitglieder-Versammlung**
Mittwoch, 8. Mai, abds. 8 1/2 Uhr,
im Engl. Garten, Alexanderstr. 27c.
Tages-Ordnung:
1. Der Kampf der Krankenkassen
gegen die Apotheken. Referent: Herr
Dr. Weyl.
2. Die Versicherungspflicht der
Heimarbeiter.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen bitten!
11356 Der Vorstand.
Verola Rixdorfer Wohnungsmieter.
Donnerstag, den 9. Mai, abends
8 1/2 Uhr, im „Deutschen Wirtschaftshaus“,
Bergr. 137
Öffentlicher Vortrag.
1. Die Erweiterung des Gemein-
degrundbesitzes, ein Segen für die Mieter
und Steuerzahler. 2. Ein neuer Tarif
gegen den Mieterverein. — Darauf
freie Aussprache und Verschiedenes.
Alle Wirtsdorfer Mieter, Frauen und
Männer laden dazu ergebenst ein
H. A. A. Fr. Fricke, I. Vorsitzender.
Som. 15. Mai ab praktiziere ich
wieder in 63/8
Bad Meinerz.
Dr. Stern,
kraft. Arzt u. Spezialarzt für
Ohren, Nasen, Hals u. Bruchleiden.
Ich habe mich als
Specialarzt für Chirurgie u.
Orthopaedie
niedergelassen. Dr. Isert Perl,
11296 Wilhelmstr. 30/31.
Bernstr.-Knecht. VI. 3259.

Chrenenerklärung.
Die Befriedigung, die ich gegen
Kond am 30. April d. M. dem Haus-
besitzer Herrn Marzinski, in und
vor seinem Lokal, Althensbergerstr. 38,
zugefügt habe, nehme ich zurück und
erkläre den Herrn für einen Ehren-
mann. 11576
Reinhold Rötter, Möbelpolierer.

Zeppiche! Iporbillia
mit faum sichtbaren Druckfehlern
F. Stoehr, Wanz-Strasse 17,
am Königsgraben. 15042.

**Berliner
Spar- u. Bau-Verein**
Eingetrag. Genossenschaft
mit beschränkter Haftung.
Bilanz am 31. Dezember 1900.
Activa.
1. Grund- und Boden-
Conto 1 57 787,50
2. Bau-Conto 1 161 500,—
3. Grund- und Boden-
Conto 2 56 292,50
4. Bau-Conto 2 161 500,—
5. Grund- und Boden-
Conto 3 32 836,—
6. Bau-Conto 3 90 500,—
7. Grund- und Boden-
Conto 4 94 850,—
8. Bau-Conto 4 281 925,—
9. Grund- und Boden-
Conto 5 94 190,—
10. Bau-Conto 5 321 645,—
11. Grund- und Boden-
Conto 6 178 500,—
12. Bau-Conto 6 431 479,34
13. Inventar-Conto 400,—
14. Anlage-Conto d. Sie-
fried Voss-Schenkung 50 000,—
15. Rückständige Mieten 320,90
16. Geschäftsguthaben bei
der Deutschen Central-
Genossenschaft 195,—
17. Bank-Guthaben 4 950,49
18. Kassenbestand 3 200,15
Ca. 2 022 070,88
Passiva.
1. Geschäftsguth. - Conto 94 839,10
Bermehrung i. J. 1900 21 378,30
116 217,40
2. Spareinlagen-Conto 175 602,—
3. Reservefonds-Conto 5 479,21
4. Siegfried Voss-Schenkung 50 000,—
5. Verfügung-Conto der
Siegfried Voss-Schenkung 132,85
6. Schuldverschreibungen-
Conto 44 980,—
7. Hypotheken-Conto 1 200 000,—
8. Hypotheken-Conto 2 200 000,—
9. Hypotheken-Conto 3 101 000,—
10. Hypotheken-Conto 4 318 000,—
11. Hypotheken-Conto 5 390 000,—
12. Hypotheken-Conto 6 300 000,—
13. Restantguth. - Grund-
stück 6 100 000,—
14. Creditoren-Conto 16 736,—
15. Vorausbezählte Miete 75,—
16. Reingewinn 3 839,52
Ca. 2 022 070,88
Gewinnverteilung.
34/3 Proz. Dividende auf
Geschäftsguthaben am
31. Dezember 1900 3 131,33
Dem Reservefonds gut-
geschrieben 702,19
R. 3 833,52
Mitgliederzahl.
Am 1. Januar 1900 1 293
Eingetretene im Laufe des Jahres
1900 806
2 099
Am 31. Dezember 1900 (schieden
aus infolge Ausstufung, Tod,
Verzug und Auswanderung) 149
Bestand an Mitgliedern am
1. Januar 1901 1 949
Die Passivsumme sämtlicher Mitglieder
betrug am Schluss des Geschäfts-
jahres 1900 392 900
Dieselbe hat sich vermehrt
um 196 800
Gesamt: Passivsumme am
Schluss des Geschäfts-
jahres 1900 589 700
Der Vorstand.
L. Schmidt. Ernst Roscher.

Großer Vortrag
(Damen und Herren)
am Dienstag, 7. Mai, abends
8 1/2 Uhr, in Berlin N., Badstr. 58
(Zimmermann).
Thema I: Die Gesundheits-
pflege des Arbeiters.
Thema II: Die Aufgaben der
Krankenkassen in sozialer und
hygienischer Beziehung.
Hervor: Freie Aussprache!
Referent: Herr Georg Wagner,
Schriftführer, Charlottenburg.
Gäste zahlen 15 Pf. Eintrittsgeld.
Um recht reichliche Agitation und
um recht regen Besuch bitten
Der Vorstand des „Neuen Natur-
heilvereins Charlottenburg-Berlin“.
(H. Nr. 590.) J. A.: J. Lange,
Charlottenburg, Godesse du Corpsstr. 9.
Heute Sonntag nachm. 2 1/2—7 Uhr:
„Rückspiele“ in der Zeestraße
(neben der Kirche). 287/6

Deffentlich
beklinde ich, daß das über mich ver-
breitete Gerücht, Herrn Meier aus-
gemietet zu haben, nur auf Klatsch
beruht. Mein Kontrakt ist erst
4 Wochen nach dessen Kündigung
erfolgt. 11126
Hermann Krüger, Restaurateur,
Danz.

S kauft man am
besten und billigsten
nur direkt in der Fabrik
B. Strohmandel, Berlin S.,
72, Wall-Strasse 72,
wo auch alle Decken aufgearbeitet
werden. 12278

Roh-Tabak
480* Max Jacoby, Streifg. Nr. 52.
Roh-Tabak
zu billigen Preisen. 1876L*
E. Erbe,
Auguststraße Nr. 36.

Fr. Hahn.

Berlin. Landsbergerstrasse 62/63. Am Alexanderplatz.

Gegründet 1825. — Fernsprecher VII 5544.

14642*

Besonders vorteilhaftes Angebot!

Beige reine Wolle Mtr. 0,75.	Melange Engl. Neuheit Mtr. 0,95.	Alpaca schwarz gemustert Mtr. 1,00.	Tennis schöne Streifen Mtr. 1,20.
Seiden - Satin herrliche Muster Mtr. 1,00	Rips - Piqué grosse Auswahl Mtr. 0,38	Organdy sehr effektiv Mtr. 0,50	Washseide für Blusen Mtr. 0,90
Wash-Oberhemden guter Percal und Zephyr 1,85.	Blusen Mull und Organdy 3,25.	Kinderkleider guter Washstoff 0,90.	Unterröcke guter Alpaca 2,50.

Ein großer Posten Blusen und Oberhemden von letzter Saison 0,95, 1,00, 1,50.

Herrenwäsche. Damenwäsche. Kinderwäsche.

Tricotagen — Bade-Artikel — Gardinen — Teppiche — Portieren — Steppdecken — Schirme — Krawatten — Linoleum — Wachstuche.

Geschäftsschluss des Abends 8 Uhr!

Fahrräder! Neue und gebrauchte sehr billig. **Memelerstr. 48 a,** Bequeme Teilzahlungen. **Carl Röper.** Königsbergerstrasse.

Grösstes Möbel-Kaufhaus
für complete Wohnungseinrichtungen u. einzelne Stücke auf **!!Credit!!**
bei kleiner Anzahlung u. auf Jahre hinaus verteilten Raten
Kompl. Einrichtungen von Mk 300 bis Mk 5000 und mehr auf Teilzahlung
Central-Möbel-Halle
S. Kommandantensir. 51 Ecke Alexandrinenstr.
Büro die 7. Stockwerk Schauensteinstr. 10

Gesundheit ist Reichtum!
Dampf- und Heissluft-Bäder
wirksamstes, erfolgreichstes und billigstes Mittel gegen **Erkältung, Gicht und Rheumatismus.**
Versorgung an sämtliche Krankentassen. 1142L*
Bad Frankfurt | **Ritter-Bad**
136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Ritter-Strasse 18.
Specialität:
Russ. bezw. Dampfbaden-, Röm. bezw. Heissluft-, Lohannis-, Sool- und Schwefelbäder
täglich für Damen und Herren.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“.
1. Invalidenstr. 100. | 4. Gr. Frankfurterstr. 115
2. Oranienstr. 31. | 5. Brunnenstr. 92.
3. Belle-Alliancestr. 107 am Bücherplatz.
6. Bernickendorferstr. 24-a. (1269L*)
7. Charlottenburg, Wilhelmsdorferstr. 55.
Für Kinder und Erwachsene.
Polster-Betten 6,50—21,00.
Lieferant des Post-Spar- und Vorschuss-Vereins.
Campf. Bett-Einrichtungen.
Betten 10, 15—20 Mk. Bettfedern.
Auch Teilzahlung 1,00 pro Woche.

VIII. VIII.
Berliner Pferde-Lotterie.
Ziehung in Berlin im Kaiserhof am 10. Mai 1901.
3333 Gewinne Wert Mark
100 000
Hauptgewinn: M. 10 000, 8000 etc.
Lose a 1 Mark, 11 Lose = 10 Mark,
Porto u. Liste 20 Pf., versendet gegen Briefmarken oder Nachnahme
Carl Heintze, Berlin W.
Unter den Linden 3.

Konkurs-Ausverkauf
bez
H. Schlesinger'schen Konfektmanufaktur
Erste Berl. Patent-Schlafmöbelfabrik,
Spandauerstrasse 48, am Marktplatz.
Die bedeutenden Bestände in Patent-Bett-Cosac, Bett-
kissen, Chaiselongues, Metallbettstellen, Kinderbetten,
Matrassen, Daunendbetten, Waschischen, Klappstühlen,
Kinderstühlen etc. sollen zu billigen Tagespreisen ausverkauft
werden. Der Verkauf findet statt
Vormittags 8—12 Uhr,
nachmittags 2—5 Uhr.
Der Verwalter.

Kinderwagen - Kuhlücke
Hauptl.: Neue Königl. 53, a. Alexanderpl.
II. Lager: Königsbergerstr. 84.
9082*)
Kinderwagen 8,00, 12,00, Sam-
miralder 15-20 etc.
Kinderbettstellen 8,00, 12,00
bis 20 etc.
Kindersportwagen 5,00, hoch-
eleg. m. ver-
stellb. Fußstü-
hle 6,50—20 etc.
Riesenauswahl
hochzeitl. Neu-
heiten.
— Musterbücher gratis. —

J. Baer,
BERLIN N. (11419*)
26, Badstraße 26,
Ecke Prinzen-Allee,
u. 37 Schillmannstrasse 37
empfiehlt, wie bekannt, in reellster Aus-
führung und überbilligen Preisen:
**Herren- u. Knaben-
Garderobe.**
Arbeitsachen.
Grosses Stofflager
zur Anfertigung nach Mass.

Kinderwagen-Haus
August Götz,
Brunnenstr. 145,
Ecke Altes Rathaus,
empfiehlt
Kinderwagen,
Puppen-, Sport-,
Kasten- und Leiterwagen, Kinder-Bettstellen,
Kindermöbel.
Billigste Preise.
13162*)

Metzners Korbwaren - Fabrik.
Berlin, Mühlendammstr. 23.
II. Geschäft: Brunnenstr. 95
III. Geschäft: Bernickelstr. 67.
IV. Geschäft: Leipzigerstr. 54/55
V. Geschäft: Stralauerstr. 19
Puppenwagen, Leiterwagen, Sportwagen, Kinderstühle.
Kinderwagen, Grösstes Lager
Kinderbettstellen. Berlins.
1000 Mark Belohnung zahle ich jedem, der mir in Berlin ein
gründliches Specialgeschäft in der Branche
als das meinige nachweist. Diese Belohnung biete ich schon seit 15 Jahren
aus und ist meine Konkurrenz gar nicht in der Lage, diese 1000 M. zu verdienen.

**Arkonabad Lohannis-
Bäder.**
34, Anflamerstr. 34 (Schragg über der
Bismarckstrasse).
Dampfb. u. medizinische Bäder sowie russisch, römische
u. vorzügliche Kaffeebäder (Kohlenbäder) mit Ein-
packung, Massage etc. Annahme ärztlicher Besordnungen
für Bäder der Provinz, Jümmungs-, Heil- und freien Bäder.
Krankentassen Berlin und Umgebend. (10953*)

Künstl. Zähne
ohne Entfernung der Wurzel
Schmerzloses Zahnziehen.
Plomben sowie sämtliche
Zahnoperationen schmerzlos.
Teilzahlung per Woche 1 Mk.
Meine 15jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und
gewissenhafte Ausführung. 11354*)
Franz Sieffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.

Schmerzloses Zahnziehen ohne Narkose!
Specialität: Plattenloser Zahnersatz.
Absolut feststehend, vorzüglich beim Sprechen, Singen etc.
Plomben, Nervtöten, Reinigen etc.
Franz B. v. H. schreibt u. a.:
Durch zwei mich behandelnde Aerzte zu
Ihnen empfohlen, kann ich Ihnen für Ihre
überaus geschickte und schmerzfreie Behand-
lung nur den grössten Dank sagen.
Herr Dr. B. schreibt:
Ich habe während der Operation selbst
als auch in der Folge keine Schmerz-
empfindung gehabt etc. etc.
Zahn-Arzt Dr. Lind und Linde
Brücken - Strasse 6a.
a. d. Jannowitz-Brücke.
Sprechstunden: 9—6. Sonntags 9—12.
Telephon VII. 7898.

Central-Leihhaus, Jägerstrasse 72, Ecke Kanonierstrasse
Grösstes Geschäft seiner Art
in Berlin.
Täglicher Verkauf von eleganten, modernen Frühjahrs- und Sommer-Paletots und Anzügen von Mk 10, 12, 15, 20, 25—30 Prima.
Knaben- und Jünglings-Anzüge, Kammgarn-Anzüge, Hochzeits-Anzüge.
Alles fabelhaft billig. Teppiche, Herren- u. Damenschuhe. Tausende eleganter Herren-Garderoben sind zum Verkauf gestellt,
und sind auch Sachen, selbst für die korpulentesten Herren passend, in grosser Auswahl vorhanden. 1359L*
Bitte genau auf Hausnummer 72 zu achten. Auch Sonntags geöffnet von 7—10, 12—2.
Verantwortlicher Redacteur: Heinrich Wehler in Gr. Lichterfelde. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Ed. Glöde in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Literarische Rundschau.

Paul Kampffmeyer. Wohin steuert die ökonomische und staatliche Entwicklung? Berlin, Verlag der „Socialistischen Monatshefte“, 54 S. 1 M.

Was uns Kampffmeyer da giebt, ist gerade nichts Neues und auch nichts sehr Bedeutsames. Aber immerhin, da das Wöchlein typisch ist, besand für uns kein Grund, den Wunsch der Redaktion nach seiner Besprechung abzulehnen.

Typisch ist die Schrift vor allem dadurch, daß Kampffmeyer ebenso wie fast alle seine Gesinnungsgenossen gegen einen anonymen Feind kämpft. Er kritisiert nicht eine bestimmte Schrift oder eine bestimmte Theorie eines bestimmten Autors, sondern die Ansichten eines nicht näher bezeichneten „Zusammenbruchstheoretikers“, wobei er es uns völlig freiläßt, ob wir darunter Marx oder Engels oder Hans Rast verstehen sollen. Es dürfte Kampffmeyer schwer fallen, ein Exemplar dieses schmutzigen Theoretikers lebend oder auch nur ausgestopft zu präsentieren. Vielleicht stellt die Zusammenbruchstheorie, die Kampffmeyer hier überwindet, seine eigene ehemalige Auffassung dar, die er vor etwa zehn Jahren hegte. Was sie den Geist des Marxismus nennen, das ist wohl im Grunde der Herren eigener geistiger Geist und mehr für sie als für jenen bezeichnend.

Wenn der Kampffmeyer von heute den Kampffmeyer von damals kritisch überwindet, so läßt sich dagegen nichts einwenden. Wohl aber müssen wir uns entschließen dagegen zu verfahren, daß der Marxismus und seine Schule für die Zusammenbruchstheorie, die Kampffmeyer kritisiert, in irgend einer Weise verantwortlich gemacht werden.

Diesem anonymen Zusammenbruchstheoretiker gegenüber beweist nun Kampffmeyer aufs eindringlichste, daß zweimal zwei vier ist, das heißt, daß Gewerkschaften, Arbeiterkassen, Genossenschaften, politische Freiheit für den Fortschritt der Arbeiterklasse unentbehrlich sind — offenbar ganz funktionslose Entdeckungen, die bisher von den dogmenfanatischen Zusammenbruchstheoretikern aufs hartnäckigste geleugnet wurden und erst neuerdings durch den freien kritischen Sozialismus in der Socialdemokratie zu Ehren gebracht worden sind.

Aber man muß zugeben, Kampffmeyer begnügt sich nicht damit, zu demonstrieren, daß zweimal zwei vier ist. Er wird auch originell und macht einige Menschenfehler dabei. Er begnügt sich nicht damit, in den Gewerkschaften, dem Arbeiterschatz zc. unentbehrliche Hilfsmittel des proletarischen Emanzipationskampfes zu sehen, er dichtet ihnen gleich die wunderbaren Kräfte an.

„Die Gewerkschaften Englands“, bemerkt er z. B., S. 39, „steuern dem großen Ziele zu, die Berufsangehörigen einer ganzen Nation in eine Gewerkschaft zu vereinigen. Denkt man sich nur diese nationalen Berufsvereine mit einander verbunden, fördert, so haben wir einen förmlichen industriellen Staat mitten im Staat. Dieser industrielle Staat garantiert den Angehörigen der einzelnen Berufe ein anständiges Einkommen, eine gesunde Verfassung, eine geregelte Arbeitszeit.“

In der That, was will man mehr? Zunächst ist freilich zu bemerken, daß dieser „industrielle Staat im Staat“ nicht den Staat der gesamten industriellen Arbeiterklasse, sondern nur den Staat einer Arbeiteraristokratie bedeutet. Von den erwachsenen Arbeitern Englands sind noch keine 20 Proz. gewerkschaftlich organisiert, und die Ausdehnung der gewerkschaftlichen Organisation über die ihr bisher zugesicherten Berufe hinaus geht sehr langsam vor sich. Von 1892–98 nahm die Zahl der englischen Gewerkschaften von 1508 282 auf 1849 231 zu, um ca. 9 Proz., nicht rascher als die Bevölkerung Englands, dem 1/12 der Gewerkschaften des vereinigten Königreichs angehören. Nur von 1898 auf 1899 ist eine raschere Zunahme der Gewerkschaften zu konstatieren. Sie vermehren sich in dem einen Jahre um 133 287.

Wir haben also die Tatsache, daß nur in Zeiten ungewöhnlichen wirtschaftlichen Aufschwungs die englischen Gewerkschaften rascher wachsen als die Bevölkerung. Die herrliche Garantie des „industriellen Staats“ wird sich also für absehbare Zeit nur auf eine Minorität der englischen Arbeiterklasse erstrecken. Wird sie aber auch nur dieser zu teil werden? Kampffmeyer operiert sehr einfach: „Denken wir uns die Gewerkschaften föderiert, so haben wir einen industriellen Staat mitten im Staat.“ Nein, verehrter Genosse! So lange wir uns die Föderation der Gewerkschaften bloß denken, haben wir den industriellen Staat nicht mitten im Staat, sondern nur mitten in dem Papier Kampffmeyerischer Proschüren, und diese Garantie scheint uns doch nicht ganz zureichend zu sein. Die tatsächliche Entwicklung hat im Gegensatz zur gedachten gegeligt, daß überall dort, wo eine starke Gewerkschaftsbewegung sich entwickelt, die nicht mit sozialistischem Geist erfüllt, nicht von einer socialdemokratischen Parteibewegung beeinflusst ist, der Partikularismus der einzelnen Berufsorganisationen eher zu als abnimmt.

Aber nehmen wir an, alle die gedachten Vorbedingungen sind erfüllt, woraus entspringen dann die Garantien, die sie angeblich gewährt? Wer garantiert es den Gewerkschaften, daß sie auch gegen Monopole (private und staatliche) siegreich bleiben, denen gegenüber selbst die Webbs sich hoffnungslos ähnen? Und was wird aus der Garantie des industriellen Staats im Staate, wenn die Unternehmer ihn links liegen lassen und Nullis holen?

Wenn's jemals eine Utopie gegeben hat, so ist es die der Garantie einer autokratischen Existenz der Arbeiterklasse durch die Gewerkschaften. Dies Ziel ist nur zu erreichen durch den Sieg der Socialdemokratie. Können es die Gewerkschaften allein erzwingen, wozu brauchen wir dann unsere Partei?

Ebenso wie die möglichen Erfolge der Gewerkschaften werden die der Verkürzung der Arbeitszeit maßlos übertrieben. Eine planmäßige und allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit müßte sofort die Reservearmee gewaltig zusammenschrumpfen lassen.“ (S. 37).

Wesentlich wird von den Vereckern der Verkürzung der Arbeitszeit immer darauf hingewiesen, daß die Produktivität der Arbeit im allgemeinen darunter nicht leidet. Ist dem aber so, woher dann das „gewaltige Zusammenschrumpfen“ der industriellen Reservearmee? Sicher ist auch eine Verkürzung der Arbeitszeit denkbar, die so weit geht, daß sie die Produktivität der Arbeit verringert, also die Nachfrage nach Arbeitern vermehrt. Aber wir haben bereits gesehen, daß eine sociale Reform dadurch, daß man sie denkt, noch nicht durchgeführt ist. Daß selbst der achtstündige Arbeitstag noch nicht die Produktivität der industriellen Arbeit einschränkt, scheint erwiesen. Wenn er sie in einigen Berufen verringern würde, glückte sich das dadurch aus, daß er sie in anderen erhöhte. Man müßte also, um die Reservearmee sofort gewaltig zusammenschrumpfen“ zu lassen, den Arbeitstag etwa auf sechs Stunden reduzieren. Galt Kampffmeyer das nicht bloß für denkbar, sondern in der kapitalistischen Produktionsweise vom kapitalistischen Staate für erreichbar?

Auf der Seite vorher schreibt er: „Um den Reichtum des Tages darf nicht mehr gestritten werden, der muß gesetzlich dekretiert sein“. Leider hat diese Dekretierung Kampffmeyers noch nicht die Wirkung gehabt, den Reichtum dekretieren zu verwehren. Es muß leider trotz alledem noch um ihn gestritten werden. Weiter als bis zum Reichtumstag versteigt sich aber Kampffmeyers Phantasie auf Seite 38 nicht, auf der nächsten Seite begeistert er sich jedoch für

die sofortige gewaltige Zusammenschrumpfung der Reservearmee durch Verkürzung der Arbeitszeit!

Aber er hat noch ein andres probates Mittel dafür: die Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise, die für uns die angenehmsten Ueberraschungen in Petto hat.

„Das kapitalistische Weltwirtschaftssystem befindet sich noch in seinen Anfängen“, verkündet er uns, „ein riesiges Gebiet öffnet sich noch für das anlagestrebende Kapital, noch goldene Tage winken dem Kapitalismus.“

Man sollte meinen, diese Ueberzeugung, daß die kapitalistische Ausbeutung jetzt erst recht anfangen wird, zu leben und sich zu entfalten, müßte auf einen Socialdemokraten, der sie teilt, recht niederdrückend wirken. Mit nichten, niemand ist hoffnungsfreudiger wie Kampffmeyer. Und das ist wieder typisch. Gerade jene Leute, die nicht laut genug die Rangleibigkeit und Unerfüllbarkeit des Kapitalismus ausposaunen können, das sind dieselben, welche in den zweifelhaftesten Konzeptionen an die Arbeiterklasse bereits den Anfang des Sozialismus sehen.

So auch Kampffmeyer. Wie andern, hat es auch ihm die Ministerchaft Millerands angethan. „Das internationale Proletariat ist seit den letzten Decennien so erstarkt, daß es in allen Kulturländern vor die große Frage gestellt ist: Welche Rolle hat es in den bürgerlichen Regierungen zu spielen. Der socialistische Minister und der socialistische Regierungsrat sind keine Romanfiguren mehr“, jubelt er; „... Aber diese ganze Minister- und Regierungsrats-Äffäre verschwindet zu einer läppischen Nichtigkeit gegenüber der Tatsache, daß der Staat ein proletarisches Werkzeug erhalten hat... Ein Staat, dessen Fundament die Arbeitermassen selbst bilden, muß eine kapitalistische Hülle nach der andern abwerfen. Und diesem sich völlig erneuernden, sich an Haupt und Gliedern umgestaltenden Staate können wir getrost die Lösung der großen, socialpolitischen Aufgaben des Erfurter Programms anvertrauen.“

Welch' beneidenswerter Optimismus! Und welch' merkwürdiges Zusammentreffen! Gerade jetzt, wo Kampffmeyer am Staat „ein proletarisches Werkzeug“ entdeckt, entdeckt er auch, daß die kapitalistische Weltwirtschaft erst in ihren Anfängen steht. Die Stärkung des proletarischen Rückgrats geht also offenbar Hand in Hand mit der Erweiterung des kapitalistischen Mangels. Wir stehen gleichzeitig in den Anfängen der socialistischen und der kapitalistischen Weltwirtschaft. Kampffmeyer ist wohl stark im Denken des Nichtrealisierbaren, aber um diese beiden Anfänge auch nur in Gedanken zu vereinigen, dürfte selbst sein Denkfähigkeit sich zu schwach erweisen.

Und doch hat er nicht ganz unrecht. Das Ministerium, dem der socialistische Minister Millerand angehört, kriecht augenblicklich vor den Faren im Interesse der kapitalistischen Weltwirtschaft. Der brutale Vertreter alles dessen, was Kultur und Intelligenz in seinem Reiche repräsentiert, ist in großen Räten, diplomatischen Räten und Geldbüros. Dieser Rüststand des Absolutismus ist über beste Verhältnisse, der freirechtlichen Elemente, die sich jetzt im russischen Reiche regen. Ihm abgesehen, dem Absolutismus die Mittel zu geben, um die freirechtliche Bewegung abermals niederzuschlagen, das ist jetzt das eifrigste Bestreben der Regierung, in der ein Mann sitzt, der sich einen Sozialisten nennt. Hat dieses Streben den Erfolg, die Placierung einer neuen russischen Anleihe in Frankreich und die schättsfräftige Unterstützung der russischen Politik in China zu bewirken, dann allerdings „öffnet sich ein riesiges Gebiet für das anlagestrebende Kapital und goldene Tage winken dem Kapitalismus“ — aber das „proletarische Rückgrat des Staats“ gerät dabei in ganz bedenkliche Verfallungen.

Thui nichts. Das scharfe Auge Kampffmeyers steht heute nicht bloß in Frankreich, sondern in allen Kulturländern das Proletariat vor die Frage gestellt, welche Rolle es in bürgerlichen Regierungen zu spielen hat. Offenlich rechnet er Deutschland auch zu den Kulturländern. Das Proletariat aber, welches bei uns die Frage der Anteilnahme an der bürgerlichen Regierung diskutiert, dürfte jenes sein, das seine Arbeitszeit in einem oder zwei Koffeinhäusern in Berlin W verbringt.

Für Kampffmeyer hat die Teilnahme eines Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung nichts Ungeheuerliches an sich. Eine bürgerliche Regierung hat die kapitalistische Wirtschaft zu fördern. Diese Förderung liegt aber seiner Ansicht nach auch im Interesse des Proletariats.

„Mit der Ausdehnung des kapitalistischen Wirtschaftssystems erweitert sich der Marktmangel beträchtlich. Raum für ungeheure Warenquantitäten ist nun vorhanden. Und bei einer Verdoppelung und Verdreifachung des Warenkonsums kann eine erhebliche Nachfrage nach Arbeit eintreten... Und deshalb kann uns heute noch kein Prophet mit Sicherheit sagen, ob nicht etwa durch die wachsende Nachfrage nach Arbeit der schädliche, lohnbrückende Einfluß der Reserve-Armee zum Teil aufgehoben werden wird.“ (S. 24, 25).

Kampffmeyer drückt sich hier zu vorsichtig aus. Auch ohne Prophet zu sein, kann man mit Bestimmtheit sagen, daß bei Verdoppelung und Verdreifachung des Warenkonsums eine so erhebliche Vermehrung der Nachfrage nach Arbeit eintreten wird, daß die Reserve-Armee ganz beseitigt wird. Vorbedingung ist allerdings, daß diese Verdoppelung und Verdreifachung innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums vor sich geht und sich in kurzen Zwischenräumen wiederholt. Dann brechen freilich goldene Tage für die Arbeiterklasse an.

Aber leider kann man, ohne gerade ein Prophet zu sein, auch mit voller Bestimmtheit sagen, daß die Erwartung einer derartigen raschen Verdoppelung und Verdreifachung einfach ein Unfuss ist. Wohin aber Kampffmeyer etwa eine Verdoppelung binnen hundert Jahren? Dann wird seine ganze Ausführung eine reine Verhöhnung des Lesers. Leider hat Kampffmeyer in der Eile, die er hat, die Reserve-Armee abzuschießen, gerade das entscheidende Moment, den Zeitraum der Verdoppelung, völlig vergessen.

Seine ganze so verheißungsvolle Darstellung reduziert sich also auf die Erwartung, die Ausdehnung des vom Kapitalismus beherrschten Gebiets werde eine vermehrte Nachfrage nach Waren und damit nach Arbeitern erzeugen. Das ist gerade nichts Neues, das kann man seit Jahren in jedem weltpolitischen Artikel und Buche lesen. Die Leistung Kampffmeyers besteht darin, daß er diese Verheißung von unseren Weltpolitikern kritisch übernimmt und durch den Hinweis auf eine nebelhafte Verdoppelung und Verdreifachung des Konsums ins Ungeheuerliche überreibt.

Dagegen vergißt er ganz, auch die andere Seite der Medaille hervorzubringen.

Es ist ganz richtig, daß jede rasche Erweiterung des „Marktmangels“ eine vermehrte Nachfrage nach Arbeitern hervorruft, die unter besonders günstigen Umständen so weit gehen kann, daß sie die ganze Reserve-Armee absorbiert. Aber je rascher diese Erweiterung des Markts, desto größer die Erwartungen, die daran geknüpft werden, desto schwindelhafter die Spekulation, wenn sie sich auch kaum jemals zur Höhe des kritischen Sozialismus erhebt und mit einer Verdoppelung und Verdreifachung des Konsums als

praktischer Aufgabe rechnet. Das notwendige Resultat eines jeden wirtschaftlichen Aufschwungs ist daher die Ueberproduktion, die Krise, die wirtschaftliche Depression, die um so größer, je größer die vorhergehende Prosperität. Je größer diese, je stärker die Nachfrage nach Arbeitern gewesen, je mehr Arbeitskräfte sie der Industrie zugeführt hat, desto größer auch beim folgenden Sturz die Zahl der Arbeitslosen und das Elend. Den „Marktmangel“ für das kapitalistische Wirtschaftssystem erweitern, heißt nicht die Reserve-Armee beseitigen, sondern durch eine weitergehende Einschränkung derselben ihre nachfolgende Vergrößerung vorbereiten. Daran kann nichts geändert werden, so lange die Kunst nicht erfunden ist, eine kapitalistische Prosperitäts-Ära ohne nachfolgende Krise herbeizuführen.

Aber die Sache hat noch eine andere Seite. Die Erweiterung des kapitalistischen Ausbeutungsgebiets vollzieht sich in der Weise, daß in ökonomisch bisher rückständigen Ländern die alte handwerksmäßige Industrie vernichtet und den Bauern die Geldwirtschaft aufgezwungen wird. Das bedeutet Schaffung eines zahlreichen Proletariats, Verschuldung der Bauern und schließlich Verkommen der bäuerlichen Wirtschaft in jenen Ländern. Die Erweiterung des kapitalistischen Wirtschaftsgebiets bedeutet für das kapitalistische Europa das wechselnde Spiel von Prosperität und Krise, von Ueberarbeit und Arbeitslosigkeit; für die neueröffneten Gebiete, wie Italien, Rußland, Indien, China, bedeutet sie Verelendung breiter Volksmassen, fährliche Hungersnot auf weiten Gebieten und Schaffung einer Reservearmee, die schließlich ihre Ausläufer bis in die alten kapitalistischen Gebiete entsendet.

Das sind die „goldenen Tage“, welche uns die Ausdehnung des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems verheißt.

Diese Proben dürfen genügen, den neuen, freien, kritischen Sozialismus zu kennzeichnen, den Kampffmeyer vorzüglich repräsentiert. Kritisch steht er bloß jenen Sozialisten gegenüber, die der heutigen Gesellschaftsordnung kritisch gegenüberstehen. Er sucht sie zu überwinden durch die Kritik einer von ihm selbst fabrizierten Vogelsscheue, die er Zusammenbruchstheorie benennt. Dagegen übernimmt er kritisch von den bürgerlichen Ökonomen alle ihre Erwartungen von der Verbesserung der Lage des Proletariats in der heutigen Produktionsweise, und übertrumpft sie noch durch übertriebene Ausmalung der Ansichten, welche Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeiterkassen, die Erweiterung des Weltmarkts der Arbeiterklasse unter dem kapitalistischen Regime erschließen.

Diese Ueberhebung ins Utopische ist das Einzige, was den neuen freien Sozialismus vom Liberalismus unterscheidet und ihm, von der Ferne gesehen, einen socialistischen Anstrich verleiht.

Dem entspricht es auch, daß in der Kampffmeyerischen Proschüre die charakteristische Seite der Socialdemokratie völlig unberücksichtigt geblieben ist. Wir finden nichts von Klassengegnerschaft und daraus hervorgehenden Klassenkämpfen.

Statt sich in der Verneinung von Zusammenbruch- und Verelendungs- und Lohntheorien zu gefallen, die zum Teil der Vergangenheit angehören, zum Teil nie von einem ernsthaften Menschen geteilt wurden, hätte er auf den Kernpunkt des Marxismus und der socialdemokratischen Bewegung überhaupt eingehen müssen, auf die Frage: Verhärtet sich der Klassengegnerschaft zwischen dem Proletariat und der Kapitalistenklasse oder wird er im Lauf der Entwicklung immer mehr abgeschwächt? Ist das letztere der Fall, dann ist der Marxismus als politische Erscheinung, als Grundlage der socialdemokratischen Bewegung, aber auch diese selbst überwunden. Die socialdemokratische Partei in ihrer bisherigen Form wird überflüssig, wenn der Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse immer geringer wird, wenn wir der Periode eines sozialen Friedens entgegengehen.

Verhärtet sich aber dieser Gegensatz, dann sind alle Spekulationen von Kampffmeyer und Genossen auf seine unmerkliche Aufhebung haltlos. Und dieser Gegensatz verhärtet sich. Gleich den liberalen Verteidigern des Kapitalismus weisen die Kampffmeyer immer nur auf die Fortschritte hin, welche die Arbeiterklasse gemacht hat; sie zeigen, wie ganz anders ihre Lage heute sei als vor hundert Jahren. Sie vergessen, die gleichzeitigen Fortschritte des Kapitalismus in Erwägung zu ziehen.

Kein Zweifel, die Arbeiterklasse ist an Zahl und Intelligenz, an ökonomischer und politischer Kraft in stetigem Wachstum begriffen. Ihr gegenüber nehmen die bisherigen Stützen des Staats, Handels- und Bankierschaft an Zahl, Intelligenz, ökonomischer und politischer Kraft zusehends ab. Aber gleichzeitig mit dem Proletariat erhebt sich sein Gegenpol, das Kapital und in mancher Beziehung rascher als jenes. Man weiß auf die wachsenden Mittel der Arbeiter-Konsumverneinung hin. Aber wie sehr vergrößern sie gegenüber der Accumulation des Kapitals! Man weiß auf das Wachstum der Gewerkschaften hin, aber so grobartig dieses ist, noch grobartiger ist die Entwicklung der Unternehmerverbände, deren Ordnung bisher der amerikanischen Stahltrakt mit seinen 4 1/2 Milliarden Kapital bildet. Man weiß auch auf die Arbeiterkassen-Vergrößerung hin, allerdings nur sehr verächtlich, denn diese ist völlig ins Stocken geraten und lebt nur noch von Versprechungen und Erwartungen. Aber diesem bürgerlichen Staatshilfs für die Arbeiter steht eine ganz andere Staatshilfe für die Kapitalisten gegenüber, in Gestalt von Subventionen, Prämien, Zöllen und Kriegen, die oft nur im Interesse einzelner Finanzgruppen geführt werden.

Zimmer gewaltiger erhebt sich die Macht des Proletariats. Wer es nur allein betrachtet, mag sich versucht fühlen, anzunehmen, es brauche sich bloß in der bisherigen Richtung weiter zu entwickeln, und es werde allmählich in eine Position hineinwachsen, in der es sich mit Staat und Gesellschaft verführe.

Aber nicht minder gewaltig und drohend als das Proletariat erhebt das Großkapital sein Haupt; immer mehr entwickelt es seine Organisationen, immer rücksichtsloser preßt es die Staatsgewalt in seinen Dienst. Immer gewaltiger und gemeinschädlicher wird das Großkapital, immer mehr wird der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit der vorwiegende Inhalt der inneren Politik moderner Staaten und immer wichtiger wird für den Ausgang des Kampfs der beiden Klassen die Haltung der Staatsgewalt.

Nicht ein Wachstum des sozialen Friedens steht uns bevor, sondern ein Wachstum des sozialen Kriegs. Wir haben schwere Kämpfe zu erwarten, die an Ausdehnung immer mehr wachsen und sich schließlich zu einem Kampf um die gesamte Staatsgewalt zuspitzen müssen. Die ein Ende erst finden können, wenn das Proletariat die Staatsgewalt erobert und mit ihrer Hilfe dem Großkapital seine ökonomischen Machtmittel entwindet hat. Dann wird der Weg frei werden zu einer sozialen Entwicklung, so friedlich, wie Kampffmeyer sie schildert. Heute dagegen können die faulen Blüten seiner Phantasie nur Illusionen erwecken, die harmlos bleiben, so lange sie sich auf ihre Urheber beschränken, die aber unsere Sache endlich schädigen können, wenn sie Anlaß werden, alle diejenigen Parteifreie, die Kampfesmut und Kampfbereitschaft verbreiten wollen, durch unsinnige Unterschiebungen herabzusetzen und Zwiespalt in unsere Reihen zu tragen.

K. K.

Ueber Arbeiterinnen-schutz-Gesetzgebung

Der Redner ging nun zu einer Kritik der einzelnen Arbeiterinnen-
schutz-Forderungen über. Unbedingt zu wünschen sei das Verbot,
und zwar das absolute Verbot der Nacht- wie der Sonntags-
arbeit, ebenso die Freigabe des Sonnabendnachmittags. Dagegen
sei die Forderung, die Frauenarbeit in hervorragend gesundheits-
schädlichen Gewerben überhaupt zu verbieten, in dieser Form schwer
durchführbar, weil hier kaum eine Grenze für den Begriff des Ge-
sundheitsgefährlichen zu finden sei. Wollte man den Frauen
wirklich alle an sich gesundheitsgefährlichen Beschäftigungen
regelmäßig untersagen, so läme dies schließlich dem Ausschluß der
Frauenarbeit aus der Industrie gleich. So habe sich z. B. die
Nähmaschinenarbeit als sehr gefährlich für den weiblichen Organis-
mus erwiesen; sei es aber deshalb möglich, das Maschinenmännchen
für die Frauen völlig zu verbieten? Auch habe die Erfahrung
ergeben, daß selbst in sehr gesundheitsgefährlichen Berufen eine starke
Verkürzung der Arbeitszeit den besten Schutz gegen Gesundheits-
gefahren darstelle. Darum sei vor allem andern auf eine allgemeine

In seinem Antwortwort betonte der Referent, daß einzelne Fabrikbesitzer schon seit 6 Wochen vor und 6 Wochen nach der Einführung bei voller Lohnzahlung die Arbeit einstellen lassen, auch sei es nicht wahrscheinlich, daß selbst nach monatelanger Pause die Fabrikanten auf die Arbeit der Frau Verzicht leisten könnten. Die Industrie bedürfe der Frauenarbeit und werde sich deshalb auf veränderten Bedingungen anpassen.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 4. Mai 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 5091 Rinder, 1042 Kälber, 9090 Schafe, 8269 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf.): a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 62—65, b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 55—60; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 53—55; d) gering genährte jeden Alters 48—52. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 55—60; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 52—55; c) gering genährte 45—50. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes 50—50, b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 52—53; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 49—50; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 42—45.

Verlauf und Tendenz. Das Rindergeschäft wickelte sich ganz langsam ab und hinterläßt nicht unerheblichen Ueberschuß. Der Kalberhandel gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen war der Geschäftsgang ruhig, es bleibt etwas Ueberschuß. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird geräumt.

nach Ermittlungen des sgl. Polizeipräsidiums.

Welsen, gut D. & Tr.	17,65	17,62	Portofleisch, neue, D. & Tr.	7,—	5,—
„ mittel „	17,59	17,56	Hindfleisch, Reute 1 kg	1,60	1,20
„ gering „	17,53	17,50	„ do. „	1,30	1,—
Woggen, gut „	14,85	14,80	Schweinefleisch „	1,60	1,20
„ mittel „	14,75	14,70	Rindfleisch „	1,80	1,—
„ gering „	14,65	14,60	Lammfleisch „	1,60	1,—
Gerste, gut „	15,80	14,—	Butter „	2,60	2,—
„ mittel „	14,80	14,—	Eier 60 Stück	3,60	2,40
„ gering „	13,90	13,10	Karpfen 1 kg	2,20	1,20
Hafer, gut „	16,40	16,70	Hale „	2,80	1,—
„ mittel „	15,60	15,—	Bander „	2,60	1,20
„ gering „	14,90	14,30	Heute „	2,—	1,20
Nichtstroh „	7,—	6,66	Bariche „	1,80	0,80
Sen „	8,50	5,70	Schiete „	3,—	1,20
Erbsen „	40,—	25,—	Biele „	1,20	0,70
Erbsensöhnen „	45,—	20,—	Krebie per Schock	18,—	3,—
Lin/en „	70,—	30,—			

Produktenmarkt vom 4. Mai. Am Frühmarkt machte sich anfangs zügelte Haltung mit abgemäßigten Preisen; für beide Brotsorten geltend da die Kaufkraft wesentlich nachgelassen hat, Amerika rückgängige Schlusspreise meldete und vom dem übrigen Auslande Anregung kaum geboten wurde. Weizen griff eine Erholung der Tendenz, als die Wagnisburger Wettermarke fühleres Wetter und sogar Rostfröhe ankündigte. Weizen und Roggen wurden um eine Kleinigkeit höher gehalten als gestern. Das Barenangebot hielt sich in engeren Grenzen, effektiver inländischer Roggen war sehr schwer zu haben und wurde wesentlich höher bezahlt als gestern. Mehl war unverändert, Oafer still, Mais fester auf Deckungen für den laufenden Monat. Rüböl war auf Realisierungen nachgebend, Gerstenerfahrungen behauptet.

Spiritus 10 Pf. geößert, 70er loco 44,40 M.

Witterungsüberzicht vom 4. Mai 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C. u. F.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C. u. F.
Stoisenebe	762 22 23		3 heiter		9	Pararanda	762 22		4 Schnee		-1
Damburg	766 22 23		2 heftig		7	Veiersburg	—		—		—
Berlin	763 22 23		2 heiter		11	Lort	773 22		2 heiter		11
Frankf. M.	767 20		2 heiter		14	Aberdeen	772 22 23		1 heiter		12
London	767 23		5 wolfig		9	Paris	768 22		3 wolffell		10
Wien	762 22 23		3 heiter		11						

Wetter-Prognose für Sonntag, den 5. Mai 1901.

Kühler bei ziemlich frischen nordwestlichen Winden und zunehmender Bewölkung; später etwas Regen.

Berliner Wetterbureau.

(Zinghofer) Söhne) Hunkeler Markt Nr. 4.
1444°
Wegen Umbau und Erweiterung
der Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner
Zeppiche! Gardinen!
Steppdecken! Portieren!
zu außergewöhnlich billigen Preisen
Ansverkauf!
Einzelne schlechteste Exemplare
für die Hälfte des Wertes.

Abteilung Fruchtsaftpresserei u. Obst- u. Beerenwein-Kellerei.

Himbeersaft

anerkannt vorzüglich a Ltrfl. M. 1.40.
Feinst. **Kirsch-** u. **Johannisbeersaft** a Ltrfl. M. 1.60.
Feinst. Erdbeersaft a Ltrfl. M. 2.10, Citronenlim-Saft a Ltrfl. M. 1.30.
Ned. Citronensaft zur Kur a Flasche M. 1,—, 2,—, 3,—.

Pa. Export-Aepfelwein

garantiert rein
a Flasche **0.40 Pf.** exkl. **50** Flaschen M. 15,— exkl.

Frischer Maitrank

ausgezeichnet im Geschmack
a Flasche **0.60 Pf.** exkl. **10** Flaschen M. 5.50 exkl.

Pomril

(alkoholfreier Aepfelsaft)
bestes erfrischendes Getränk $\frac{1}{16}$ Ltrfl. **0.50 Pf.** inkl.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Eugen Neumann & Co. SW. 13.
Amt IV. 9576.

Belle-Allianceplatz 8a. Neue Friedrichstr. 81. Genthinerstr. 29.
Oranienstr. 190. Grüner Weg 60. Elsasserstr. 71. Putbus-
strasse 35. Wilsnackerstrasse 25. **Schöneberg**, Hauptstr. 129.
Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48. **Steglitz**, Albrechtstr. 18.

Warenhaus A. Wertheim.

Versand-Abteilung Berlin W. Leipzigerstr. 132-133. — Frühjahrs-Preisliste kostenlos.

Montag, Dienstag, Mittwoch

bringen wir folgende Sommer-Kleiderstoffe zu ungewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf:

Wasch-Kleiderstoffe

Brocatstoffe 45 Pf.
gemustertes Gewebe, bedruckt, Mtr.

Zephyr 28 u. 45 Pf.
Streifen u. Karos, deutsch. Fabrik.

Batist-Foulard 90 Pf.
mit Seidenappretur, bedruckt, Mtr.

Organdy 45 Pf.
klares Gewebe, bedruckt, Mtr.

Zephyr 58 u. 75 Pf.
Streifen u. Karos, engl. Fabr., Mtr.

Lawntennisstoff 95 Pf.
helle und dunkle Farben, Mtr.

Zephyr-Waschseide Mtr. 95 Pf.

Seidenstoffe

Taffet 1,65 u. 1,90 Mk.
effektvolle Streifenmuster, Mtr.

Surah 1,85 Mk.
dunkelblau-weiss bedruckt, Mtr.

Foulard 1,20 Mk.
mit Atlasstreifen, dunkelblau-weiss bedruckt, Mtr.

Liberty-Seide 1,75 Mk.
dunkelblau-weiss bedruckt, Mtr.

Ein grosser **Reinseidene Regenschirme** mit Futteral, Paragon-Gestell, elegante Stöcke 5,75 u. 7,50 Mk.
Posten

Gebrüder Wolff

— Gründung 1884. —

BERLIN N., Invalidenstrasse 134, Ecke Gartenstrasse.

Die neuesten

Waschstoffe

sind in mehr als 1000 verschiedenen Mustern bei uns ausgestellt und werden zu sehr billigen Preisen verkauft. Die Auswahl sowohl in billigen als in besseren Qualitäten ist sehr bedeutend. Wir verkaufen waschechte **Gattune** für 20 Pfg., waschechte **Cretonnes** und **Nessel** für Hauskleider für 30 Pfg., waschechte **Levantine**, **Madapolames** und **Zephirs** für 38 Pfg.

Waschechte **Cachemires**, **Foulards** und **Brocats** für 45 und 60 Pfg., hochfeine waschechte **Mull-Bruchés**, **Foulardriche** und **Satins** für 65 und 75 Pfg., waschechte **Jaconets** und **Organdis** für 60, 70 und 90 Pfg. Waschechte **Pips-Piqué** und **Cotelines** für 33 und 45 Pfg., waschechte **Ginghams** für Haus- und Küchenkleider für 33 und 48 Pfg., waschechte **Batist-Filét**, **Lappets** und **Panadères** für 45, 60 und 70 Pfg., waschechte **Mouseline de laine** von 40 Pfg. an.

Ferner empfehlen wir

Reste für Blusen und einzelne Roben liegen in einer besonderen Abteilung; jeder Rest ist 2¹/₂ Meter groß und kostet durchschnittlich 65 Pfg. Eine Partie hochfeiner **Blusen-Reste**, jeder Rest 2¹/₂ Meter groß, durchschnittlich der Rest 95 Pfg. Eine Partie **Schürzenstoff-Reste**, jeder Rest 2 Meter groß, durchschnittlich 65 Pfg.

Man verlange an der Kasse Rabatt-Marken.

Sandmanns u. Wolfgangs Liqueure die Besten.

SPREE-NIXE
hochfeiner
TAFEL-LIQUEUR



Sandmann & Wolfgang
Comm. Ges. — Gebrüder. — BERLIN, S.W.

Sandmanns u. Wolfgangs Liqueure die Besten.

Hugo Rendelmanns
bekannte Glückskollekte
Berlin, Friedrichstr. 205, Mauer- und Zimmerstrasse,
zwischen empfiehlt
Wohlfahrts-Lose
1. Hauptgewinn: **100 000 Mk.**
Ziehung: 31. Mai und folgende Tage.
a 3,30 Mk. — 3,60 Mk. mit Porto und Liste.
Marienburger u. Berliner Pferde-Lose
Ziehung 9. und 10. Mai.
a 1 Mk., 11 Lose 10 Mk. (auch gemischt) Porto und Liste 30 Pf.
Die höchsten Treffer fielen schon in meine Kollekte, 2mal der Hauptgewinn der Berliner Pferde-Lotterie.



Vorzugs-Preise: Montag, Dienstag, Mittwoch.
Ein grosser Posten Waschstoffe in überraschender Auswahl
 Meter 25, 30, 40, 50 Pf.
Ein grosser Posten wollene Kleiderstoffe,
 gemustert und einfarbig, Meter 0,45, 0,60, 1,00 bis 1,50 Mk.
Grosse Sortimente Seidenstoffe für Kleider u. Blusen in hervorragenden Farbenstellungen
 Meter 60, 75 Pf., 1-1,50 Mk.

Reste und Schaufenster-Roben zur Hälfte des regulären Wertes.

S. Weissenberg, Gr. Frankfurter Strasse 126
 Ecke Koppen-Strasse
 Specialhaus für Damen-Kleiderstoffe, Blusen- und Jupon-Fabrik.

Bitte die Dekoration meiner 8 Schaufenster zu beachten.

Jedes Wort: **5 Pfennig.**
 Nur das erste Wort voll. Worte mit mehr als 10 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Dönhofsstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Rekoration frankfurter Halber fort für Inventarpreis zu verkaufen. Anstandslos bei Anders, Salzweberstr. 8. 1485

Gardinenhand Große Frankfurter Strasse 9, parterre. 145*

Vorläufige elegante Herrenmode und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag und Montag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Wäschezüge, Wäschebänder, sowie Stoffstücke sehr billig. Hoffmann, Veteraniensstrasse 14. 5658*

Stegeln, Schleifstriche 70, Edeleisenwaren: Voger fertiger Herren-, Knaben- und Arbeitergarderobe. Anfertigung nach Maß zu soliden Preisen. Fritz Damburg.

Kleiderstoffe, reines Wolle und Seide, laufend billig im Kontorwollen-Ausverkauf, Ringstrasse 7.

Damenkleider mit halber Handbänder, wenig angemessen, 1,30, 2,00, 2,50, 3,00, 3,50, 4,00, 4,50, 5,00, 5,50, 6,00, 6,50, 7,00, 7,50, 8,00, 8,50, 9,00, 9,50, 10,00, 10,50, 11,00, 11,50, 12,00, 12,50, 13,00, 13,50, 14,00, 14,50, 15,00, 15,50, 16,00, 16,50, 17,00, 17,50, 18,00, 18,50, 19,00, 19,50, 20,00, 20,50, 21,00, 21,50, 22,00, 22,50, 23,00, 23,50, 24,00, 24,50, 25,00, 25,50, 26,00, 26,50, 27,00, 27,50, 28,00, 28,50, 29,00, 29,50, 30,00, 30,50, 31,00, 31,50, 32,00, 32,50, 33,00, 33,50, 34,00, 34,50, 35,00, 35,50, 36,00, 36,50, 37,00, 37,50, 38,00, 38,50, 39,00, 39,50, 40,00, 40,50, 41,00, 41,50, 42,00, 42,50, 43,00, 43,50, 44,00, 44,50, 45,00, 45,50, 46,00, 46,50, 47,00, 47,50, 48,00, 48,50, 49,00, 49,50, 50,00, 50,50, 51,00, 51,50, 52,00, 52,50, 53,00, 53,50, 54,00, 54,50, 55,00, 55,50, 56,00, 56,50, 57,00, 57,50, 58,00, 58,50, 59,00, 59,50, 60,00, 60,50, 61,00, 61,50, 62,00, 62,50, 63,00, 63,50, 64,00, 64,50, 65,00, 65,50, 66,00, 66,50, 67,00, 67,50, 68,00, 68,50, 69,00, 69,50, 70,00, 70,50, 71,00, 71,50, 72,00, 72,50, 73,00, 73,50, 74,00, 74,50, 75,00, 75,50, 76,00, 76,50, 77,00, 77,50, 78,00, 78,50, 79,00, 79,50, 80,00, 80,50, 81,00, 81,50, 82,00, 82,50, 83,00, 83,50, 84,00, 84,50, 85,00, 85,50, 86,00, 86,50, 87,00, 87,50, 88,00, 88,50, 89,00, 89,50, 90,00, 90,50, 91,00, 91,50, 92,00, 92,50, 93,00, 93,50, 94,00, 94,50, 95,00, 95,50, 96,00, 96,50, 97,00, 97,50, 98,00, 98,50, 99,00, 99,50, 100,00, 100,50, 101,00, 101,50, 102,00, 102,50, 103,00, 103,50, 104,00, 104,50, 105,00, 105,50, 106,00, 106,50, 107,00, 107,50, 108,00, 108,50, 109,00, 109,50, 110,00, 110,50, 111,00, 111,50, 112,00, 112,50, 113,00, 113,50, 114,00, 114,50, 115,00, 115,50, 116,00, 116,50, 117,00, 117,50, 118,00, 118,50, 119,00, 119,50, 120,00, 120,50, 121,00, 121,50, 122,00, 122,50, 123,00, 123,50, 124,00, 124,50, 125,00, 125,50, 126,00, 126,50, 127,00, 127,50, 128,00, 128,50, 129,00, 129,50, 130,00, 130,50, 131,00, 131,50, 132,00, 132,50, 133,00, 133,50, 134,00, 134,50, 135,00, 135,50, 136,00, 136,50, 137,00, 137,50, 138,00, 138,50, 139,00, 139,50, 140,00, 140,50, 141,00, 141,50, 142,00, 142,50, 143,00, 143,50, 144,00, 144,50, 145,00, 145,50, 146,00, 146,50, 147,00, 147,50, 148,00, 148,50, 149,00, 149,50, 150,00, 150,50, 151,00, 151,50, 152,00, 152,50, 153,00, 153,50, 154,00, 154,50, 155,00, 155,50, 156,00, 156,50, 157,00, 157,50, 158,00, 158,50, 159,00, 159,50, 160,00, 160,50, 161,00, 161,50, 162,00, 162,50, 163,00, 163,50, 164,00, 164,50, 165,00, 165,50, 166,00, 166,50, 167,00, 167,50, 168,00, 168,50, 169,00, 169,50, 170,00, 170,50, 171,00, 171,50, 172,00, 172,50, 173,00, 173,50, 174,00, 174,50, 175,00, 175,50, 176,00, 176,50, 177,00, 177,50, 178,00, 178,50, 179,00, 179,50, 180,00, 180,50, 181,00, 181,50, 182,00, 182,50, 183,00, 183,50, 184,00, 184,50, 185,00, 185,50, 186,00, 186,50, 187,00, 187,50, 188,00, 188,50, 189,00, 189,50, 190,00, 190,50, 191,00, 191,50, 192,00, 192,50, 193,00, 193,50, 194,00, 194,50, 195,00, 195,50, 196,00, 196,50, 197,00, 197,50, 198,00, 198,50, 199,00, 199,50, 200,00, 200,50, 201,00, 201,50, 202,00, 202,50, 203,00, 203,50, 204,00, 204,50, 205,00, 205,50, 206,00, 206,50, 207,00, 207,50, 208,00, 208,50, 209,00, 209,50, 210,00, 210,50, 211,00, 211,50, 212,00, 212,50, 213,00, 213,50, 214,00, 214,50, 215,00, 215,50, 216,00, 216,50, 217,00, 217,50, 218,00, 218,50, 219,00, 219,50, 220,00, 220,50, 221,00, 221,50, 222,00, 222,50, 223,00, 223,50, 224,00, 224,50, 225,00, 225,50, 226,00, 226,50, 227,00, 227,50, 228,00, 228,50, 229,00, 229,50, 230,00, 230,50, 231,00, 231,50, 232,00, 232,50, 233,00, 233,50, 234,00, 234,50, 235,00, 235,50, 236,00, 236,50, 237,00, 237,50, 238,00, 238,50, 239,00, 239,50, 240,00, 240,50, 241,00, 241,50, 242,00, 242,50, 243,00, 243,50, 244,00, 244,50, 245,00, 245,50, 246,00, 246,50, 247,00, 247,50, 248,00, 248,50, 249,00, 249,50, 250,00, 250,50, 251,00, 251,50, 252,00, 252,50, 253,00, 253,50, 254,00, 254,50, 255,00, 255,50, 256,00, 256,50, 257,00, 257,50, 258,00, 258,50, 259,00, 259,50, 260,00, 260,50, 261,00, 261,50, 262,00, 262,50, 263,00, 263,50, 264,00, 264,50, 265,00, 265,50, 266,00, 266,50, 267,00, 267,50, 268,00, 268,50, 269,00, 269,50, 270,00, 270,50, 271,00, 271,50, 272,00, 272,50, 273,00, 273,50, 274,00, 274,50, 275,00, 275,50, 276,00, 276,50, 277,00, 277,50, 278,00, 278,50, 279,00, 279,50, 280,00, 280,50, 281,00, 281,50, 282,00, 282,50, 283,00, 283,50, 284,00, 284,50, 285,00, 285,50, 286,00, 286,50, 287,00, 287,50, 288,00, 288,50, 289,00, 289,50, 290,00, 290,50, 291,00, 291,50, 292,00, 292,50, 293,00, 293,50, 294,00, 294,50, 295,00, 295,50, 296,00, 296,50, 297,00, 297,50, 298,00, 298,50, 299,00, 299,50, 300,00, 300,50, 301,00, 301,50, 302,00, 302,50, 303,00, 303,50, 304,00, 304,50, 305,00, 305,50, 306,00, 306,50, 307,00, 307,50, 308,00, 308,50, 309,00, 309,50, 310,00, 310,50, 311,00, 311,50, 312,00, 312,50, 313,00, 313,50, 314,00, 314,50, 315,00, 315,50, 316,00, 316,50, 317,00, 317,50, 318,00, 318,50, 319,00, 319,50, 320,00, 320,50, 321,00, 321,50, 322,00, 322,50, 323,00, 323,50, 324,00, 324,50, 325,00, 325,50, 326,00, 326,50, 327,00, 327,50, 328,00, 328,50, 329,00, 329,50, 330,00, 330,50, 331,00, 331,50, 332,00, 332,50, 333,00, 333,50, 334,00, 334,50, 335,00, 335,50, 336,00, 336,50, 337,00, 337,50, 338,00, 338,50, 339,00, 339,50, 340,00, 340,50, 341,00, 341,50, 342,00, 342,50, 343,00, 343,50, 344,00, 344,50, 345,00, 345,50, 346,00, 346,50, 347,00, 347,50, 348,00, 348,50, 349,00, 349,50, 350,00, 350,50, 351,00, 351,50, 352,00, 352,50, 353,00, 353,50, 354,00, 354,50, 355,00, 355,50, 356,00, 356,50, 357,00, 357,50, 358,00, 358,50, 359,00, 359,50, 360,00, 360,50, 361,00, 361,50, 362,00, 362,50, 363,00, 363,50, 364,00, 364,50, 365,00, 365,50, 366,00, 366,50, 367,00, 367,50, 368,00, 368,50, 369,00, 369,50, 370,00, 370,50, 371,00, 371,50, 372,00, 372,50, 373,00, 373,50, 374,00, 374,50, 375,00, 375,50, 376,00, 376,50, 377,00, 377,50, 378,00, 378,50, 379,00, 379,50, 380,00, 380,50, 381,00, 381,50, 382,00, 382,50, 383,00, 383,50, 384,00, 384,50, 385,00, 385,50, 386,00, 386,50, 387,00, 387,50, 388,00, 388,50, 389,00, 389,50, 390,00, 390,50, 391,00, 391,50, 392,00, 392,50, 393,00, 393,50, 394,00, 394,50, 395,00, 395,50, 396,00, 396,50, 397,00, 397,50, 398,00, 398,50, 399,00, 399,50, 400,00, 400,50, 401,00, 401,50, 402,00, 402,50, 403,00, 403,50, 404,00, 404,50, 405,00, 405,50, 406,00, 406,50, 407,00, 407,50, 408,00, 408,50, 409,00, 409,50, 410,00, 410,50, 411,00, 411,50, 412,00, 412,50, 413,00, 413,50, 414,00, 414,50, 415,00, 415,50, 416,00, 416,50, 417,00, 417,50, 418,00, 418,50, 419,00, 419,50, 420,00, 420,50, 421,00, 421,50, 422,00, 422,50, 423,00, 423,50, 424,00, 424,50, 425,00, 425,50, 426,00, 426,50, 427,00, 427,50, 428,00, 428,50, 429,00, 429,50, 430,00, 430,50, 431,00, 431,50, 432,00, 432,50, 433,00, 433,50, 434,00, 434,50, 435,00, 435,50, 436,00, 436,50, 437,00, 437,50, 438,00, 438,50, 439,00, 439,50, 440,00, 440,50, 441,00, 441,50, 442,00, 442,50, 443,00, 443,50, 444,00, 444,50, 445,00, 445,50, 446,00, 446,50, 447,00, 447,50, 448,00, 448,50, 449,00, 449,50, 450,00, 450,50, 451,00, 451,50, 452,00, 452,50, 453,00, 453,50, 454,00, 454,50, 455,00, 455,50, 456,00, 456,50, 457,00, 457,50, 458,00, 458,50, 459,00, 459,50, 460,00, 460,50, 461,00, 461,50, 462,00, 462,50, 463,00, 463,50, 464,00, 464,50, 465,00, 465,50, 466,00, 466,50, 467,00, 467,50, 468,00, 468,50, 469,00, 469,50, 470,00, 470,50, 471,00, 471,50, 472,00, 472,50, 473,00, 473,50, 474,00, 474,50, 475,00, 475,50, 476,00, 476,50, 477,00, 477,50, 478,00, 478,50, 479,00, 479,50, 480,00, 480,50, 481,00, 481,50, 482,00, 482,50, 483,00, 483,50, 484,00, 484,50, 485,00, 485,50, 486,00, 486,50, 487,00, 487,50, 488,00, 488,50, 489,00, 489,50, 490,00, 490,50, 491,00, 491,50, 492,00, 492,50, 493,00, 493,50, 494,00, 494,50, 495,00, 495,50, 496,00, 496,50, 497,00, 497,50, 498,00, 498,50, 499,00, 499,50, 500,00, 500,50, 501,00, 501,50, 502,00, 502,50, 503,00, 503,50, 504,00, 504,50, 505,00, 505,50, 506,00, 506,50, 507,00, 507,50, 508,00, 508,50, 509,00, 509,50, 510,00, 510,50, 511,00, 511,50, 512,00, 512,50, 513,00, 513,50, 514,00, 514,50, 515,00, 515,50, 516,00, 516,50, 517,00, 517,50, 518,00, 518,50, 519,00, 519,50, 520,00, 520,50, 521,00, 521,50, 522,00, 522,50, 523,00, 523,50, 524,00, 524,50, 525,00, 525,50, 526,00, 526,50, 527,00, 527,50, 528,00, 528,50, 529,00, 529,50, 530,00, 530,50, 531,00, 531,50, 532,00, 532,50, 533,00, 533,50, 534,00, 534,50, 535,00, 535,50, 536,00, 536,50, 537,00, 537,50, 538,00, 538,50, 539,00, 539,50, 540,00, 540,50, 541,00, 541,50, 542,00, 542,50, 543,00, 543,50, 544,00, 544,50, 545,00, 545,50, 546,00, 546,50, 547,00, 547,50, 548,00, 548,50, 549,00, 549,50, 550,00, 550,50, 551,00, 551,50, 552,00, 552,50, 553,00, 553,50, 554,00, 554,50, 555,00, 555,50, 556,00, 556,50, 557,00, 557,50, 558,00, 558,50, 559,00, 559,50, 560,00, 560,50, 561,00, 561,50, 562,00, 562,50, 563,00, 563,50, 564,00, 564,50, 565,00, 565,50, 566,00, 566,50, 567,00, 567,50, 568,00, 568,50, 569,00, 569,50, 570,00, 570,50, 571,00, 571,50, 572,00, 572,50, 573,00, 573,50, 574,00, 574,50, 575,00, 575,50, 576,00, 576,50, 577,00, 577,50, 578,00, 578,50, 579,00, 579,50, 580,00, 580,50, 581,00, 581,50, 582,00, 582,50, 583,00, 583,50, 584,00, 584,50, 585,00, 585,50, 586,00, 586,50, 587,00, 587,50, 588,00, 588,50, 589,00, 589,50, 590,00, 590,50, 591,00, 591,50, 592,00, 592,50, 593,00, 593,50, 594,00, 594,50, 595,00, 595,50, 596,00, 596,50, 597,00, 597,50, 598,00, 598,50, 599,00, 599,50, 600,00, 600,50, 601,00, 601,50, 602,00, 602,50, 603,00, 603,50, 604,00, 604,50, 605,00, 605,50, 606,00, 606,50, 607,00, 607,50, 608,00, 608,50, 609,00, 609,50, 610,00, 610,50, 611,00, 611,50, 612,00, 612,50, 613,00, 613,50, 614,00, 614,50, 615,00, 615,50, 616,00, 616,50, 617,00, 617,50, 618,00, 618,50, 619,00, 619,50, 620,00, 620,50, 621,00, 621,50, 622,00, 622,50, 623,00, 623,50, 624,00, 624,50, 625,00, 625,50, 626,00, 626,50, 627,00, 627,50, 628,00, 628,50, 629,00, 629,50, 630,00, 630,50, 631,00, 631,50, 632,00, 632,50, 633,00, 633,50, 634,00, 634,50, 635,00, 635,50, 636,00, 636,50, 637,00, 637,50, 638,00, 638,50, 639,00, 639,50, 640,00, 640,50, 641,00, 641,50, 642,00, 642,50, 643,00, 643,50, 644,00, 644,50, 645,00, 645,50, 646,00, 646,50, 647,00, 647,50, 648,00, 648,50, 649,00, 649,50, 650,00, 650,50, 651,00, 651,50, 652,00, 652,50, 653,00, 653,50, 654,00, 654,50, 655,00, 655,50, 656,00, 656,50, 657,00, 657,50, 658,00, 658,50, 659,00, 659,50, 660,00, 660,50, 661,00, 661,50, 662,00, 662,50, 663,00, 663,50, 664,00, 664,50, 665,00, 665,50, 666,00, 666,50, 667,00, 667,50, 668,00, 668,50, 669,00, 669,50, 670,00, 670,50, 671,00, 671,50, 672,00, 672,50, 673,00, 673,50, 674,00, 674,50, 675,00, 675,50, 676,00, 676,50, 677,00, 677,50, 678,00, 678,50, 679,00, 679,50, 680,00, 680,50, 681,00, 681,50, 682,00, 682,50, 683,00, 683,50, 684,00, 684,50, 685,00, 685,50, 686,00, 686,50, 687,00, 687,50, 688,00, 688,50, 689,00, 689,50, 690,00, 690,50, 691,00, 691,50, 692,00, 692,50, 693,00, 693,50, 694,00, 694,50, 695,00, 695,50, 696,00, 696,50, 697,00, 697,50, 698,00, 698,50, 699,00, 699,50, 700,00, 700,50, 701,00, 701,50, 702,00, 702,50, 703,00, 703,50, 704,00, 704,50, 705,00, 705,50, 706,00, 706,50, 707,00, 707,50, 708,00, 708,50, 709,00, 709,50, 710,00, 710,50, 711,00, 711,50, 712,00, 712,50, 713,00, 713,50, 714,00, 714,50, 715,00, 715,50, 716,00, 716,50, 7